



8. Februar 1926

ALWIN SAENGER • DIE ABFINDUNG DER EHEMALIGEN DEUTSCHEN FÜRSTEN

WIR schreiben das 8. Jahr der deutschen Republik. Wo stehen wir heute? In diesem 8. Jahr seines republikanischen Daseins muß sich das deutsche Volk mit einigen Dutzend ehemaliger Fürsten herumstreiten, wie es in dieser Zeit grenzenloser Not Gewinnsucht und Habgier befriedigen soll.

Zur geschichtlichen Seite dieses Problems sei einiges bemerkt. Die Behauptung, alle deutschen Fürsten und Landesväter in den Jahrhunderten seien nur schlechte Kerle und unzulängliche Regenten gewesen, wäre eine unsinnige Übertreibung. Nichts im geschichtlichen Erleben eines Volkes war und ist ohne Zweck. Aber heute überblicken wir Europa und das Weltgeschehen in der sichersten Überzeugung, daß die geschichtliche Zeit der Fürsten und Dynastien hinter uns liegt. Das deutsche Fürstentum hat niemals ein gesamt nationales Interesse gekannt, hinter das der dynastische Haus egoismus zurückgetreten wäre. Darum steht heute noch das politische Schicksal Deutschlands hinter dem Englands und Frankreichs. Die Wittelsbacher haben noch 1917, in der Stunde höchster nationaler Not, ihre Hausinteressen verfochten. Rupprecht von Wittelsbach hat in dem Brief an den Reichskanzler Hertling vom 19. Juli 1917 verlangt, daß die Reichsverfassung umgestaltet werde: aber nicht im parlamentarisch republikanischen Sinn sondern so, »daß die Autorität der Einzelstaaten eine Hebung erfährt und die Reichsverfassung mehr der Form eines Staatenbundes als eines Bundesstaates angenähert werde«. Aus den Tagebüchern des 2. bayrischen Ludwig wissen wir heute, daß zwar dem Volk das Schauspiel einer feierlichen Begrüßung des spätern Friedrichs III in Bayerns Hauptstadt nach dem Krieg von 1870-1871 geboten wurde, daß aber die wahre Reichsfreundschaft Ludwigs II bis zum Anspucken der Büste Friedrichs III in den Wittelsbachischen Schlössern ging. Und von der Unterstützung der das Reich Karls des Großen bedrohenden Avarn durch bayrische Herzöge bis zu dem Wittelsbach-Hohenzollernschen Hausstreit über die Aufteilung Elsaß-Lothringens im Weltkrieg erkennen wir in einer einzigen Geraden den Kampf der Dynastie für das Haus und gegen die Nation.

Es mußte ein englischer Herzog, der Herzog von Richmond, im englischen Oberhaus am Ende des 18. Jahrhunderts die Worte über den schändlichen Handel der deutschen Fürsten mit eigenen Landeskindern sprechen, die Welt auf die Verwerflichkeit partikularer Geldinteressen des deutschen Fürstentums aufmerksam machen, und ein Herder schrieb zur dauernden Charakterisierung des Zustandekommens der deutschen Fürstenvermögen: »Stirbt der Sklave, streicht der Herr den Sold ein, die Witwe darbt, die Waisen ziehen den Pflug und hungern. Nun, das schadet nicht, der Fürst braucht einen Schatz.« Heinrich von Treitschke kennzeichnete das nationale Verhalten von Deutschlands Fürsten in den Tagen des Wiener Kongresses mit den heute recht lebendigen Worten: »Wie das Geschmeiß hungerriger Fliegen stürzte sich Deutschlands hoher Adler [die Fürsten] auf die blutigen Wunden seines Vaterlandes. Die hochgeborenen Bekämpfer der Revolution bettelten um Talleyrands Gnade, machten seiner Maitresse den Hof, trugen sein Schoßhündchen zärtlich auf den Händen. Das Gold der kleinen Höfe, das sie nicht finden konnten, wenn das Reich sie zur Verteidigung des Vaterlandes aufrief, floß jetzt in Strömen. Jeder Mann in der diplomatischen Welt kannte den Tarif der französischen Unterhändler und wußte, wie hoch sich der Kurswert einer Stimme im Fürstenrate des Reichstages stellte.« Das Feilschen um Kurstimmen und Königskronen, das die deutsche Geschichte vom frühen Mittelalter bis zu den deutschen Königskronen von des "Erbeindes" Gnaden erlebte, fand seinen artigen Abschluß in dem Streit der Wettiner, Hohenzollern, Hessen usw. um Herzogshüte im Baltikum am Ende des Weltkriegs.

Diesen treuen deutschen Fürsten gegenüber soll das deutsche Volk die moralische und rechtliche Verpflichtung haben fürstlichen Unterhalt und Einkommen zu gewähren. Heute schreiben die Nationalisten von einem schreienden Unrecht, das den deutschen Fürsten zugefügt werden soll. Noch Jahr und Tag nach der Staatsumwälzung 1918 las man es anders. Die nationalistischen Münchener Neuesten Nachrichten beurteilten die Wilhelminische Epoche noch am 10. Januar 1920 so: »In der Tat, wer heute mit dem Gefühl tiefer Scham die entsetzliche Geistlosigkeit, Frivolität und Armut des politischen Denkens wahrnimmt, die als ein vernichtendes Argument wider das Prinzip der erblichen Monarchie aus den Briefen Wilhelms II zum Himmel schreit, der mag denen beistimmen, die jenen Tag als den Beginn von Deutschlands Niedergang verfluchen, an dem Wilhelm der Unselige sein eigener Kanzler wurde.« Und die deutschnationale München-Augsburger Abendzeitung schrieb am 3. November 1919 über die herrliche Zeit Wilhelms II und die Gründe des Zusammenbruchs: »Noch einen gemeinsamen Nutzen von anderer Art bieten die Briefe der beiden Kaiser [es handelt sich um den Briefwechsel Wilhelms II mit Nikolaus III] unserer Innenentwicklung dar. Sie erweisen, daß es unerläßliche Notwendigkeit war unsere Staatsform zu ändern. Eine Monarchie, in der ein geistig unzulänglicher Herrscher über das Schicksal eines großen Volkes verfügen und entscheiden kann, ist ein unerträglicher Widersinn. Für jeden Monarchisten ist es heute eine peinliche Beschämung aus den Offenbarungen kaiserlicher Denkart, wie sie in den Randbemerkungen und Briefen Wilhelms II vorliegen, erkennen zu müssen, daß das Reich tatsächlich letzten Endes an dieser Monarchie zugrunde gegangen ist.« Diese Monarchie also, die nach nationalistischen Zeugnissen das deutsche Volk in tiefes Elend und Not

brachte, soll von den dankbaren Untertanen mit Gold noch nachträglich bezahlt werden. Wenn das Recht die höhere Zweckbestimmung hat die Dinge des staatlichen Gemeinschaftslebens in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Sittlichkeit zu regeln, so ergibt sich ohne weiteres schon aus dem Vorstehenden die Unmöglichkeit sogenannter Rechtsansprüche der Fürsten auf angemessene Abfindung. Die Rechtsfrage ist aber auch aus einer Reihe anderer Gesichtspunkte zugunsten des Volkes zu entscheiden.

Die Erfüllung der Fürstenansprüche ist schon unter dem einfachen staatsrechtlichen Begriff der staatlichen Notwehr zu versagen. Die Rechtsanschauung, daß mein eigenes Leben mir näher steht als das Leben eines Dritten, findet sich im Begriff der sogenannten Notwehr im Strafgesetzbuch. Es ist anerkanntes Recht, daß dieser Begriff der Notwehr auch für das Leben der Gesamtheit der Bürger eines Staates, für den Staat selbst Geltung hat. Dieses Deutschland hat nicht in erster Linie durch die Unfähigkeit des fürstlichen Regiments den letzten Tropfen seines Bluts im Krieg hergegeben und liegt, um des Lebens tägliche Notdurft kämpfend, heute noch am Boden. Die Gesundheitsberichte, die vom Preußischen Wohlfahrtsministerium und vom Reichsministerium des Innern vor kurzem herausgegeben worden sind, die ungeheure Wirtschaftskrise, das andauernde Elend und tägliche bittere Not von Millionen Bürgern der Republik beweisen, wie dieses Deutschland sich im Kampf um seine Lebensexistenz befindet. Für dieses Deutschland wird der Begriff der Staatsnotwehr noch für Jahrzehnte hinaus eine reale Existenzberechtigung haben. Im Namen des Rechts darf sich die deutsche Republik gegenüber den ehemaligen deutschen Fürsten und ihren Ansprüchen auf die Notwehr des deutschen Staates berufen.

Das sogenannte private Vermögen der deutschen Fürsten geht zudem in der Hauptsache auf jene Zeiten des deutschen Staatslebens zurück, da die Fürsten nach herrschender Lehre ihre Person schlechthin mit dem Staat identifizierten. In der Zeit des absoluten Fürstentums war ja der Fürst als Privatperson überhaupt nichts; der Fürst lebte nur als Träger des Staates. Die Hohenzollern beriefen sich einmal, nach der Quelle ihres Vermögens befragt, auf die "Rechtsanschauung", daß ihnen als Markgrafen von Brandenburg ja an und für sich ganz Brandenburg gehört hätte. Was die deutschen Fürsten heute besitzen, was sie vor allem von der deutschen Republik heute verlangen, ist Volksgut und Volksvermögen. Die Hohenzollern beanspruchen heute als Privatvermögen die Schackgalerie zu München. Der Mecklenburger Schack hatte diese Galerie dem Kaiser auf Grund eines Geschäfts vermacht: Es wurde ihm nämlich dafür vereinbarungsgemäß der Grafentitel verliehen. Es ist offenbar, daß die Verleihung des Grafentitels nicht ein Privatakt des frühern Kaisers war sondern nur durch den Staat über den Träger der Staatsmacht und des Staatsgedankens geschehen konnte. So hat denn auch Wilhelm II die Zahlung einer Erbschaftssteuer für Mecklenburg abgelehnt, eben mit der Begründung, daß er die Schackgalerie ja nicht privat erhalten hätte. Heute bezeichnet Wilhelm II die Schackgalerie als sein Eigentum. Andere Beweise für die staatsrechtliche Natur des Fürstenvermögens sind in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit so zahlreich genannt worden, daß an dieser Stelle weitere Ausführungen unnötig erscheinen.

Über das Juristische der Angelegenheit möge im einzelnen noch bemerkt werden: Die Argumente, daß es sich bei einer Enteignung um eine Verletzung

der Grundsätze der Verfassung von Weimar handele, gehen von denen aus, die sich als die Todfeinde des republikanischen Verfassungswerks bezeichnen. Schon dies gibt solchen Ausführungen von vornherein keine große Beweiskraft. Es ist merkwürdig, daß, je einfacher und klarer gesetzliche Bestimmungen abgefaßt sind, um so mehr die Zunft und die parteipolitische Laienwelt Mühe aufwenden den klaren Sinn gesetzlicher Bestimmungen zu verdunkeln. Die Partikularisten kommen in ihrer Einfalt mit der Behauptung, daß das Reich überhaupt nicht enteignen könne. Der Artikel 7 der Verfassung hat dem Reich ausdrücklich die Gesetzgebung über das Enteignungsrecht vorbehalten. Die Verteidiger des unantastbaren Fürstenvermögens glauben sich auf den Artikel 153 der Verfassung berufen zu können, wonach das Eigentum von der Verfassung gewährleistet wird. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß bereits der 2. Satz dieses 1. Absatzes die Einschränkung bringt, daß Inhalt und Schranken des Eigentums sich aus den Gesetzen ergeben. Vor allem aber läßt der 2. Absatz des genannten Artikels 153 eine Enteignung mit Entschädigung und eine entschädigungslose Enteignung zu. Die einzigen 2 Voraussetzungen der in der Reichsverfassung ausdrücklich vorgesehenen Enteignung sind, daß sie zum Wohl der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden muß. Wenn der Artikel 153 den Satz aufstellt, daß die Enteignung gegen angemessene Entschädigung erfolgt, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt, macht der jetzt zum Volksentscheid vorgelegte Gesetzentwurf zur Enteignung des Fürstenvermögens lediglich von einer, in der Reichsverfassung selbst bereits vorgesehenen gesetzgeberischen Möglichkeit Gebrauch. Die Proteste gegen eine angebliche Verletzung von Recht und Verfassung fallen daher in sich zusammen. Die Behauptung, eine entschädigungslose Enteignung stelle eine Verfassungsänderung dar, ist angesichts der eindeutigen Bestimmung im 2. Absatz des Artikels 153 unhaltbar. Eine Verfassungsänderung liegt eben dann nicht vor, wenn das geschieht, was die Verfassung selbst erlaubt. Es sei ausdrücklich auch noch bemerkt, daß die Verfassung die entschädigungslose Enteignung einem einfachen Reichsgesetz vorbehält.

Nachdem die Sozialdemokratische Partei den Volksentscheid angerufen hat, ist darauf hinzuwirken, daß jener ganze juristische Disput, ob eine entschädigungslose Enteignung eine Verfassungsänderung ist oder nicht ist, durch die Abstimmung bei diesem Volksentscheid gegenstandslos wird. 20 Millionen Stimmen für ein Gesetz aufzubringen kann allerdings niemals das Werk eines Augenblicks sein. Die nötigen 20 Millionen Stimmen für die Enteignung können nur das Ergebnis eines mit politischen Kräften geführten politischen Kampfes sein. Die Ungeheuerlichkeit des Begehrens deutscher Fürsten ist so groß, die antinationale Gesinnung der deutschen Fürstengeschlechter gerade darin so evident, daß man einen vollen Erfolg des Volksentscheids annehmen kann. Ein anderer Ausdruck als antinationale Gesinnung ist hier nicht am Platz. Deutsche Fürsten berufen sich gegenüber "ihrem" verarmten Volk auf den Versailler Friedensvertrag, um Grund und Boden in unerhörtem Ausmaß in die Hände zu bekommen. An russische und montenegrinische Hoheiten soll das republikanische Deutschland weiter zahlen. Angesichts derartiger Tatsachen ist es nicht verständlich, daß auch Vertreter der Demokratie ihre Zustimmung zu einem Gesetzentwurf gegeben haben, der jetzt als eine Kompromißlösung der Öffentlichkeit unterbreitet wird. Dieser Gesetzentwurf enthält zahlreiche Unmöglichkeiten. Unmöglich

ist es, daß der Gesetzentwurf Grund und Boden den Fürsten geben will; unmöglich ist es, daß in seinem § 2 das geplante Reichssondergericht sich nicht mit den bisher abgeschlossenen und nicht bestrittenen Abfindungsverträgen befassen soll. Es ist nicht ersichtlich, wie eine derartig ungleichartige Behandlung der einzelnen Fürstenvermögen gerechtfertigt werden könnte. Unmöglich aber ist es vor allem nach den Erfahrungen der deutschen republikanischen Justiz der letzten Jahre, daß das Reichssondergericht in der Hauptsache aus Berufsrichtern zusammengesetzt sein soll. Was bei einer solchen Richterbesetzung bei Abwägung der Volks- und der Fürsteninteressen herauskäme, kann man sich nach der bisherigen Rechtsprechung auf diesem Gebiet lebhaft vorstellen. Der Kompromißentwurf verlangt, daß den vormals regierenden Häusern eine würdige Lebenshaltung gewährt werde. Wo ist das würdige Verhalten der deutschen Hoheiten gegenüber der deutschen Nation, das einen Rechtsanspruch auf Gewährung der Mittel zu würdiger Lebenshaltung durch die Nation rechtfertigte?

Das Ansehen im Ausland, das dem wilhelminischen Deutschland verloren ging, werden wir um so schneller und um so besser zurückgewinnen, wenn die Republik in der Frage der sogenannten Fürstenabfindung, die längst hätte erledigt sein müssen, eine gerade republikanische Haltung einnimmt. In den großen Fragen des Staates darf man sich nicht mit halben Lösungen zufrieden geben. Und schließlich darf man auch wohl etwas aus der Geschichte lernen. 1866 haben die Kollegen auf den Thronen sich gegenseitig ihre Vermögen abgenommen. Bismarck konnte im preußischen Landtag unter dem Beifall der konservativ-liberalen Mehrheit die entschädigungslose Entzweiung des hannöverschen Kollegen damit begründen, daß »über juristische Zwirnsfäden die Königlich preußische Regierung nicht stolpern« werde in der »Ausführung der Pflicht für den Frieden des preußischen Staates zu sorgen«. Heute steht den deutschen Fürsten ein Partner mit besserm Recht gegenüber. Es ist das deutsche Volk, das im Angesicht der Flucht deutscher Dynasten durch Treue, Aufopferung und Mut den deutschen Staat und die Zukunft der deutschen Nation gerettet hat.

Das nunmehr eingeleitete Volksbegehren ist in der deutschen Republik die erste große politische Aktion, die in der Hauptsache von den Arbeitermassen geführt wird. Diese stehen heute in 2 politischen Parteilagern. Die Sozialdemokratische Partei weiß, was sie will. Die Kommunistische Partei hingegen scheint heute noch auf dem Standpunkt zu stehen, daß der Sinn politischen Könnens nicht der Erfolg sondern der Skandal sein müsse. Es scheint, als ob das kommunistische Führertum in Deutschland, soweit man von einem solchen sprechen kann, auch bei der großen entscheidenden Frage der Fürstenabfindung sich dem infantilen Sinn ergeben hat, wichtiger als die Erledigung der Fürstenabfindung zugunsten des Volkes sei der politische Umtrieb, den die Kommunisten bei dieser Gelegenheit bei der Sozialdemokratie zu machen erfolglos versuchen. Daß ein solch lächerliches Beginnen das Ganze schädigen und den Erfolg in Frage stellen muß, wissen die Führer der Kommunisten, mindestens diejenigen unter ihnen, die etwas von politischem Augenmaß haben. Sie sollen aber auch weiter daran denken, daß das Proletariat in seiner Gesamtheit den Schaden zu tragen hat, wenn diese erste gemeinsame politische Kampfkation der Massen, die an ein neues Weltbild glauben und dafür kämpfen, Schiffbruch erleidet.

LUDWIG QUESSEL · REICHSHAUSHALTSPLAN UND AUSWÄRTIGE POLITIK



ZWISCHEN Staatshaushalt und auswärtiger Politik bestehen enge Verbindungen. Man kann sagen, daß so ziemlich alle außenpolitischen Beziehungen und Verpflichtungen ihren Niederschlag in den Voranschlägen der Einnahmen und Ausgaben finden, die die Kabinette ihren Parlamenten alljährlich vorzulegen verpflichtet sind. Ja man darf sogar behaupten, daß selbst die im allgemeinen ängstlich geheimgehaltene Orientierung der auswärtigen Politik der Großmächte sich bis zu einem gewissen Grad aus den Zahlen des Staatshaushalts ablesen läßt. Bekannt ist, daß der Staatshaushalt Deutschlands von den anderen Großmächten Europas immer als ein Dokument der auswärtigen Politik angesehen worden ist. Auch heute wird trotz Versailles und seinen Entwaffnungsbestimmungen der deutsche Reichshaushaltsplan von Europa als ein Dokument betrachtet, das von außenpolitischer Einstellung aus aufsorgsamste geprüft und gewertet werden muß.

Zunächst gibt, nachdem der Schleier der Inflation zerrissen ist, der deutsche Etat den europäischen Großmächten Aufschluß über die Finanzkraft Deutschlands. Gerade in Friedenszeiten bildet die Finanzkraft eines Landes einen wichtigen Faktor der auswärtigen Politik, bei der heute die wirtschaftlichen Probleme den Primat gegenüber den militärischen behaupten. Der Etat des Vorjahrs ließ über die Finanzkraft Deutschlands nach der Stabilisierung noch keine festen Schlußfolgerungen zu, weil seine Solleinnahmen der festen Basis der Isteinnahmen des vorhergehenden Jahres entbehrten. Anders steht es mit dem Entwurf des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1926, der auf den Isteinnahmen des Finanzjahrs 1925 aufgebaut ist. Der erste Eindruck des neuen Reichshaushaltsplans in allen Auswärtigen Ämtern Europas wird der einer märchenhaften Steigerung der deutschen Finanzkraft gewesen sein. Die Solleinnahmen des Reichs, die 1913 auf Grund der Isteinnahmen des Vorjahrs auf 3 696 033 000 Mark veranschlagt wurden, erreichten im Reichshaushaltsplan von 1926, der auf den Isteinnahmen von 1925 aufgebaut ist, die fabelhafte Höhe von 7 713 873 515 Reichsmark, obwohl der Goldwert der Reichsmark dem der kaiserlichen Mark durchaus ebenbürtig ist. Da kein Grund vorliegt das finanzpolitische Können der Auswärtigen Ämter zu hoch einzuschätzen, scheint es notwendig den Eindruck der märchenhaften Steigerung der deutschen Finanzkraft unter der Republik, die der Wirklichkeit durchaus nicht entspricht, zu zerstören.

Vorerst sei bemerkt, daß sich in der Republik eine radikale Umgestaltung der Finanzverhältnisse zwischen Reich und Ländern vollzogen hat. Der föderative Charakter des deutschen Finanzbaus, der den Ländern eine gewaltige finanzielle Verantwortung überließ, ist von Grund aus zerstört worden. An seine Stelle ist ein steuerlicher Zentralismus getreten, der die Länder zu Kostgängern des Reichs ohne ausreichende Verantwortung macht. Es sollte auch in Deutschland bekannt werden, daß die Finanzsachverständigen in ganz Europa unter dem Eindruck stehen, die alte dynastische Ländereinteilung Deutschlands sei eine reichlich fließende Quelle der Verschwendung; 4 oder 5 Länderverwaltungen an Stelle der jetzt bestehenden 15 würden zu einer Erleichterung der Gesamtsteuerlast führen, die man bei

rationellem Vorgehen in ihrem Endeffekt auf nahezu 10 % veranschlagen könnte, sofern den neugeschaffenen Länderverwaltungen ausreichende Steuerhoheit gelassen wird. Über die Finanzierung der Länder durch den Reichshaushaltsplan 1926 werden folgende Angaben gemacht:

Überweisungen an die Länder	Betrag für 1926 (in Mark)
Aus der Einkommensteuer	1 575 000 000
Aus der Körperschaftsteuer	187 500 000
Aus der Umsatzsteuer	450 000 000
Aus der Grunderwerbssteuer	19 200 000
Aus der Kraftfahrzeugsteuer	67 200 000
Aus der Rennwettsteuer	38 400 000
Aus Zöllen und Verbrauchsabgaben an Österreich	19 700
Zusammen	2 337 319 700

Man weiß, daß Helfferich im Jahr 1914 das Jahreseinkommen des Reichs auf rund 3 Milliarden, das der Länder auf rund 6 Milliarden geschätzt hat. Darin waren aber die Betriebskosten der Staatsbetriebe des Reichs und der Länder (Eisenbahnen, Post, Forsten) enthalten, die er auf 3,5 Milliarden veranschlagte. Nach Abzug dieser Betriebskosten verblieben also für Reich und Gemeinden 5,5 Milliarden Mark. Dazu kamen die Ausgaben der Gemeinden, die Helfferich auf rund 2 Milliarden schätzte. Im ganzen ergab sich also für Reich, Länder und Gemeinden ein Jahresverbrauch von 7,5 Milliarden Mark. Diese Summe ist es, die mit der heutigen Jahreseinnahme des Reichs von 7,7 Milliarden verglichen werden kann. Sie ist nur um 0,2 Milliarden höher als die der Vorkriegszeit. Allerdings muß gesagt werden, daß die Überweisungen an die Länder nicht deren einzige Einnahmequelle bilden. In Preußen betragen im Finanzjahr 1925-1926 die Überweisungen rund 1100 Millionen Mark, während aus selbsterhobenen Steuern, als Überschüsse der Staatsbetriebe und an sonstigen Einnahmen rund 750 Millionen eingehen sollten. Die eigenen Solleinnahmen Preußens betragen zurzeit also rund 40% der Gesamteinnahmen, und das Verhältnis der Überweisungen zu den eigenen Einnahmen ist wie 60 zu 40. Überträgt man die Verhältnisse Preußens auf die Gesamtheit der Länder, so wird sich für diese 1926 ein Einkommen von 2300 Millionen Überweisungen + 1500 Millionen eigene Einnahmen, also eine Gesamteinnahme von 3,8 Milliarden Mark ergeben. Da die Reineinnahmen der Länder in den letzten Jahren vor dem Krieg nach Helfferich auf 3 Milliarden zu veranschlagen sind, aus denen jedoch 20 Milliarden Mark Länderschulden mit 4 bis 5% verzinst werden mußten, so gewinnt man den Eindruck, daß die Länder zurzeit auf wesentlich verkleinerter Fläche erheblich mehr verbrauchen als zur Kaiserzeit. Die Hauptquelle dieses Übels wird man in der Kleinstaaterei suchen müssen, die die Errichtung billig wirtschaftender Verwaltungsgebiete mit weitgehender Staatshoheit nicht zuläßt.

Nach Abzug der Überweisungen an die Länder verbleiben dem Reich von den 7713 Millionen Gesamteinnahmen immerhin noch 5376 Millionen, also 1680 Millionen mehr als im Jahr 1913. Auch dieses Plus von rund 1½ Milliarden Mark gegenüber 1913 stellt eine erstaunliche Zunahme der Finanzkraft Deutschlands dar, die man vor dem Krieg kaum für möglich gehalten hätte. Diesen vermehrten Einnahmen stehen freilich auch Kriegslasten gegenüber,

die von gewaltiger Wucht sind. Sie finden sich, leider nicht vollständig, in einem besondern Haushalt für die Kriegslasten nachgewiesen. Der Entwurf des Reichshaushaltsplans für 1926 umfaßt nämlich 2 Teile. Der 1. Teil enthält auf 589 Seiten 19 gesonderte Etats der Allgemeinen Reichsverwaltung; der 2. Teil auf nur 19 Seiten den Haushalt für die Kriegslasten. Man muß kritisch dazu sagen, daß diese Einteilung durchaus irreführt. Jeder Politiker weiß, daß die Kriegslasten, die Deutschland zu tragen hat, sowohl innerer als äußerer Natur sind. Einstweilen sind die inneren Kriegslasten immer noch weit schwerer als die äußeren. Sie umfassen einmal die Versorgungsgebühren für frühere Angehörige der Wehrmacht respektive für deren Hinterbliebene, und ferner die fortdauernden und einmaligen Ausgaben zugunsten deutscher Staatsangehöriger, die die immer noch erst teilweise vollzogene Liquidation des Weltkriegs erfordert. Von den inneren Kriegslasten sind aber nur die Liquidationskosten des Weltkriegs in dem Haushalt für Kriegslasten nachgewiesen, die Versorgungsgebühren für frühere Angehörige der Wehrmacht respektive für deren Hinterbliebene finden sich dagegen im Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds verzeichnet. Der Haushalt für die Kriegslasten ist so weit unvollständig, als er nur die Hälfte der gesamten Kriegslasten nachweist, nämlich 232 Millionen im ordentlichen und 1 285 Millionen im außerordentlichen Etat, während sich die gesamten Kriegslasten (Militärpensionen, Liquidationskosten und Reparationszahlungen) auf rund 3000 Millionen Mark im Jahr belaufen. Erst in dieser Gesamtzahl spiegelt sich die Größe des Schadens, die in ihrer Totalität die englische Orientierung der auswärtigen Politik des Kaiserreichs den deutschen Staatsfinanzen zugefügt hat, in erschreckender Klarheit wider. Wer unter Hinweis auf den deutschen Flottenbau etwa bestreiten will, daß die auswärtige Politik Wilhelms II und seiner Paladine im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg englisch orientiert gewesen sei, dem sei gesagt, daß, von Tirpitz abgesehen, alle anderen Staatsmänner des Kaiserreichs mehr oder weniger von der fixen Idee beherrscht waren, man müsse England, das uns freiwillig seine Liebe nicht bot, durch einen gewaltigen Flottenbau zur Liebe zwingen. Die Gegenwart hat übrigens gar keinen Grund sich über diese Idee der kaiserlichen Staatsmänner zu wundern oder zu entrüsten. Die Staatsmänner der deutschen Republik waren und sind zum Teil heute noch von der fixen Idee beherrscht, der industrielle Konkurrent Deutschlands auf allen Märkten der Welt habe kein sehnlicheres Verlangen als Deutschland von allen äußeren Kriegslasten freizumachen. Diese Zwangsvorstellung der Staatsmänner der Republik im Kabinett Cuno führte zum Ruhrkrieg, wie die gleichgeartete Zwangsvorstellung der kaiserlichen Staatsmänner, man könne England durch den Flottenbau zur Liebe zwingen, zum Weltkrieg geführt hat. Über die finanziellen Lasten des Ruhrkriegs finden sich im Etat für 1926 keine Nachweise. Seine Kosten, die man für den Staatshaushalt auf 10 000 Millionen veranschlagen darf, wurden im Weg der Vermögens- und Einkommenskonnfiskation (durch Inflationsbesteuerung) gedeckt. Ebenso wie der Weltkrieg ist aber auch der Ruhrkrieg für uns in ökonomischer Hinsicht immer noch lebendige Gegenwart. Die Wirtschaftskrise, die wir zurzeit durchleben, ist zu neun Zehnteln eine Liquidation des Ruhrkriegs.

Kehren wir nun zu den Weltkriegslasten, die ein Erbe der englischen Orientierung des Kaiserreichs sind, zurück, so ist festzustellen, daß die *inneren* Kriegslasten für 1926 auf 1 702 Millionen, die *äußeren* auf 1 220 Millionen

Mark veranschlagt werden. Die Zusammensetzung der inneren Kriegslasten ergibt folgendes Bild:

Innere Kriegslasten	Betrag für 1926 (in Millionen Mark)
Versorgungsgebühnisse für frühere Angehörige der Militärmacht	645,0
Versorgungsgebühnisse für Hinterbliebene der früheren Angehörigen der Militärmacht	780,8
Unterstützungen für Militärpersonen und Versorgung nach dem Kriegspersonenschädengesetz	44,2
Fortdauernde Ausgaben für die Liquidation des Weltkriegs	218,7
Einmalige Ausgaben für die Liquidation des Weltkriegs	13,6
Zusammen	1702,3

Zu der genannten Nachweisung der inneren Kriegslasten ist erläuternd zu sagen, daß sie sehr summarisch und wenig durchsichtig ist. In den Versorgungsgebühnissen, die im Haushalt des Allgemeinen Pensionsfonds enthalten sind, kann man Angaben über die Ausgaben für die einzelnen Besoldungsgruppen nicht finden. Es ist daher auch unmöglich aus dem Reichshaushaltsplan festzustellen, wie viel von den 1 470 Millionen Mark Versorgungsgebühnisse an die verschiedenen Gruppen der Offiziere der kaiserlichen Armee respektive deren Hinterbliebene fließen. Überhaupt kann man angesichts der Tatsache, daß im Krieg der gemeine Mann und der untere Offizier im Zivilverhältnis oft den oberen Einkommenstufen angehörten, im Zweifel darüber sein, ob für die Militärversorgung die Aufrechterhaltung von 20 Rangstufen wirklich gerechtfertigt ist. Jedenfalls darf man sich nicht einbilden, daß das Geschrei der Hugenbergpresse über die »Auszehrung Deutschlands« durch die Reparationszahlungen ein lautes Echo im Ausland finden wird, solange sich das Deutsche Reich finanziell kräftig genug fühlt an seiner 20 Gruppen umfassenden Rangordnung bei der Militärversorgung festzuhalten. Noch unklarer als der Nachweis der Ausgaben für die Militärversorgung ist die Aufzählung der Liquidationsausgaben, die sich im Haushalt für die Kriegslasten findet. Wir erfahren hier, daß für Gewaltschäden 62 Millionen, für das Ausgleichsverfahren 10 Millionen, für Wirtschaftsbeihilfen und Teuerungszuschläge 29 Millionen, als Entschädigung für die Rüstungsindustrie 2 Millionen, für den Abbruch der Befestigungsanlagen 2 Millionen usw. im Lauf des Rechnungsjahrs 1926 gezahlt werden sollen. Außerdem treten noch 4 Reichsministerien und die Allgemeine Finanzverwaltung mit Forderungen für die Liquidation des Weltkriegs auf, die sich zwischen 6 500 und 206 940 000 Mark bewegen. Wohin diese Summen fließen, ist nur selten klar ersichtlich. So finden sich 90 Millionen Mark als »vermischte Ausgaben« der Allgemeinen Finanzverwaltung verzeichnet, von denen lediglich gesagt wird, daß aus ihnen »die Kosten der Bauleitung einschließlich Reisekosten zu bestreiten« seien. Man muß sagen, daß diese Nachweisung einer Ausgabe von 90 Millionen merkwürdig dürftig ausgefallen ist. Das Vertrauen zu der Sparsamkeit bei der Liquidation des Weltkriegs wird durch eine so mangelhafte Nachweisung sicherlich nicht erhöht werden. Wesentlich geringer als die inneren sind die *äußeren* Kriegslasten im Rechnungsjahr 1926. Sie finden sich in dem Haushalt für die Kriegslasten auf Seite 16 unter der Überschrift Ausgaben in Erfüllung des Londoner Ab-

kommens nachgewiesen. An der Aufbringung der äußeren Kriegslasten im Rechnungsjahr 1926 sind Reichsbahn, Industrie und Reich beteiligt. Die Gesamtausgabe wird auf etwa 1 201 Millionen Mark veranschlagt, also auf ungefähr eine halbe Milliarde weniger als die inneren Kriegslasten. Die Gestaltung der Aufbringung der äußeren Kriegslasten zeigt folgendes Bild:

Außere Kriegslasten	Betrag für 1926 (in Millionen Mark)
Aus dem Schuldverschreibungsdienst der Reichsbahn	572,5
Aus der Verzinsung der Industrieobligationen	187,5
Aus der Beförderungssteuer	273,3
Aus dem allgemeinen Reichshaushalt	168,3
Zusammen	1201,6

Zu diesen Zahlen ist zunächst zu bemerken, daß die Beträge, die Reichsbahn, Industrie und Reich aufzubringen haben, auf das Reichsbankkonto des Generalagenten für Reparationszahlungen, S. Parker Gilbert, in Berlin einzuzahlen sind. Mit der Einzahlung ist die Reparationspflicht Deutschlands erfüllt. Die Übertragung dieser Summe an die Gläubigerstaaten, der sogenannte Transfer, der dem Kabinett Wirth unendliche Schwierigkeiten machte, ist Sache des Reparationsagenten, der, wie voraus bemerkt werden darf, diese Aufgabe im 1. Reparationsjahr spielend leicht zu lösen vermochte.

Bei der Aufbringung der Reparationszahlungen steht die Reichsbahn an 1. Stelle. Sie hat im Rechnungsjahr 1926 fast die Hälfte der äußeren Kriegslasten zu tragen. Es geschieht dies in der Rechtsform des Schuldverschreibungsdienstes. Der Dawesplan hat die durch die Inflation auf Null reduzierten Eisenbahnschulden voll aufgewertet, aber nicht zugunsten der deutschen Gläubiger, sondern zugunsten der Wiedergutmachung der Kriegsschäden der Siegerstaaten. Die aufgewertete Obligationsschuld der Reichsbahn, die 11 Milliarden Goldmark beträgt, ist mit 5% jährlich zu verzinsen und mit 1% zu tilgen. Eigentümerin der voll aufgewerteten Obligationen der Reichsbahn ist die Reparationskommission. Zinsen und Tilgungsquote sind an den Generalagenten für Reparationszahlungen in Reichsmark zu zahlen. Im 1. Reparationsjahr, 1924-1925, war die Verzinsung der Schuldverschreibungen der Reichsbahn, die zusammen mit der Schuldtilgung mit Beginn des Reparationsjahrs 1927-1928 660 Millionen Mark beträgt, auf 200 Millionen Mark ermäßigt worden. Im laufenden (2.) Reparationsjahr ist sie nur 65 Millionen niedriger als in den kommenden Normaljahren. Im allgemeinen wird man sagen können, daß der Zinsendienst der deutschen Reichsbahn nicht höher sein wird als die Zinsverpflichtungen, die die anderen europäischen Bahnen zu erfüllen haben.

Der 2. Posten der äußeren Kriegslasten, die Verzinsung der Industrieobligationen, sollte nach dem Dawesplan zum erstenmal im 2. Reparationsjahr gezahlt werden. Wie die Obligationsschuld der Reichsbahn ist auch die Obligationsschuld der Industrie durch Aufwertung entstanden. Von den Sachverständigen ist der deutschen Industrie die Obligationsschuld mit der Begründung auferlegt worden, daß sie sich durch die Inflation von allen Obligationsschulden freigemacht habe und daher zu einem Zinsendienst für Reparationszwecke sehr wohl in der Lage sei. Inzwischen hat das Aufwertungs-

gesetz allerdings eine Aufwertung der Industrieobligationen gebracht, die jedoch auf 15% des Goldmarkbetrags beschränkt worden ist. Dazu ist dann noch ein Genußrecht der Obligationäre am Reingewinn getreten, das indes praktisch von keiner großen Bedeutung sein wird. Nicht zu übersehen ist, daß der Aufwertungsbetrag in diesem und im nächsten Jahr nur mit 3% zu verzinsen ist. Trotz dem deutschen Aufwertungsgesetz bleibt mithin die Tatsache bestehen, daß die deutschen Industrie- und Kapitalgesellschaften sich ihren privaten Gläubigern gegenüber von 85% ihrer Schuld befreit haben. An Stelle der Enteigneten ist ihnen nun allerdings als Akt ausgleichender Gerechtigkeit in der Reparationskommission ein neuer Gläubiger erstanden, an den sie von 1927-1928 an 300 Millionen Mark Zins und Amortisation zahlen sollen. Im 1. Reparationsjahr war diese Verpflichtung auf 0 Mark herabgesetzt worden. In dem jetzt laufenden 2. Reparationsjahr beträgt sie nur 125 Millionen Mark, im 3. Jahr 250 Millionen, und erst im 4. wird sie die normale Höhe von 300 Millionen erreichen, welche Summe dem Zinsen- und Tilgungsdienst der Vorkriegszeit entspricht. Der Reichshaushaltsplan sieht allerdings eine etwas höhere Verzinsung der Industrieobligationen vor als der Dawesplan (187 statt 125 Millionen), was aber wohl darauf zurückzuführen ist, daß das Rechnungsjahr 1926 sich mit dem Reparationsjahr 1925-1926 nicht vollständig decken wird.

Aus den Steuermitteln des Reichs sind zur Erfüllung der äußeren Kriegslasten im Rechnungsjahr 1926 rund 441 Millionen aufzubringen, von denen 273 Millionen auf die Beförderungssteuer entfallen, die nach dem Dawesplan 1925-1926 250, 1926-1927 290 und später jährlich 300 Millionen ergeben sollte. Da die Beförderungssteuer von der Reichsbahn erhoben wird, werden die angegebenen Beträge auch von ihr an den Reparationsagenten unmittelbar abgeführt. Sieht man von der Beförderungssteuer ab, so sollen aus dem Reichshaushalt nach dem Dawesplan 1925-1926 250, 1926-1927 110, 1927-1928 500 und später jährlich 1 250 Millionen Mark gezahlt werden. Es ist interessant festzustellen, in welchem Verhältnis diese Summen zu der Gesamteinnahme des Reichs stehen. Im 1. Reparationsjahr, als infolge der Überziehung der Steuerschraube vom Reich rund 10 000 Millionen Steuern und Abgaben erhoben wurden, betrug die Belastung des Reichshaushalts durch Reparationszahlungen 0 Mark. Allerdings wurden nichtsdestoweniger 800 Millionen vom Reich auf das Konto S. Parker Gilbert bei der Reichsbank eingezahlt; aber diese Summe stammte aus einer auswärtigen Anleihe, deren Zinsendienst zu Lasten der festgelegten Jahreszahlungen fällt, der also die äußere Kriegslast des Reichs nicht erhöht. Zu diesen 800 Millionen aus der auswärtigen Anleihe erhielt S. Parker Gilbert noch 200 Millionen als Verzinsung der Reichsbahnschuldverschreibungen, die sich im Besitz der Reparationskommission befinden, von der Verwaltung der Reichsbahn ausgehändig. Im laufenden Reparationsjahr müssen dagegen nach dem Dawesplan, dessen Zahlen sich mit denen des Reichshaushaltsplans für 1926 allerdings nicht ganz decken, aus den Steuermitteln des Reichs (einschließlich der Beförderungssteuer) 500 Millionen Reichsmark an den Reparationsagenten gezahlt werden. Nach dem Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung für 1926 werden die Einnahmen des Reichs allein aus Steuern, Zöllen, Verbrauchsabgaben usw. auf 7 255 Millionen Mark veranschlagt. Daraus ergibt sich, daß die Reparationsleistungen aus dem Reichshaushalt (einschließlich der Beförderungssteuer) im 1. Reparationsjahr 0% bean-

spruchten, während sie im 2. Jahr 7 % der Gesamteinnahmen in Anspruch nehmen werden. Auf dieses Verhältnis muß angesichts der Haltung einer Reihe von Zeitungen, die ihre Spalten in den letzten Tagen mit sensationellen Artikeln über die Auszehrung Deutschlands durch den Dawesplan füllten, nachdrücklich hingewiesen werden.

Über das 1. Reparationsjahr, das jetzt schon 5 Monate hinter uns liegt, hat übrigens der Generalagent für Reparationszahlungen einen ausführlichen Bericht erstattet, der besondere Beachtung verdient, weil er uns zeigt, wie der Dawesplan eigentlich funktioniert. S. Parker Gilbert erhielt im 1. Reparationsjahr vom Reich 800 Millionen Reichsmark (aus der auswärtigen Anleihe) und 200 Millionen von der Reichsbahn. Was nun den Bericht des Reparationsagenten über die Übertragung dieser Goldmilliarde auf die Gläubigermächte zu einer fast spannenden Lektüre macht, ist der Umstand, daß wir aus ihm erfahren, wie leicht und reibungslos sich der Transfer einer Goldmilliarde im Verlauf eines Jahres vollzogen hat. Das Ziel S. Parker Gilberts war: die Übertragung der 1000 Millionen Reichsmark, die auf sein Konto bei der Reichsbank eingezahlt worden waren, ohne Inanspruchnahme von Devisen zu bewerkstelligen. Zu diesem Zweck richtete er seine Blicke zunächst einmal auf das Besatzungsheer am Rhein, das mit Reichsmark zu besolden, zu ernähren und zu kleiden ihm keine übermäßig schwere Aufgabe schien. In der Tat gelang es ihm von den 1000 Millionen Reichsmark 54,2 Millionen für die Besatzungstruppen, 13,7 Millionen für Zahlungen auf Grund des Rheinlandabkommens, 92,7 Millionen für Naturallieferungen im besetzten Rheinland und 30,4 Millionen für Naturallieferungen im Ruhrgebiet zu verwenden. Im ganzen wurden für die angegebenen Zwecke 201 Millionen Reichsmark, also ein Fünftel der Reparationssumme von 1924-1925, in Reichsmark verausgabt. Wie die Zahlungsverpflichtungen der Besatzungsmächte in den besetzten Gebieten, so ließen sich auch die Zahlungen auf Grund des Reparation Recovery Act mit Papiermark leicht bewerkstelligen. Wie dies vor sich ging, mag ein Beispiel verdeutlichen. Wenn eine pharmazeutische Fabrik in Deutschland an einen englischen Kaufmann 100 Pfund Aspirin liefert, darf dieser nur 90 Pfund davon dem deutschen Fabrikanten bezahlen, während er den Preis der restlichen 10 Pfund an das britische Schatzamt abzuführen hat. Aus diesem Vorgang darf aber nicht geschlossen werden, daß der deutsche Fabrikant für 10 Pfund Aspirin keine Zahlung erhält. Den Preis der restlichen 10 Pfund, die ihm sein englischer Kunde nicht bezahlen darf, erhält der deutsche Fabrikant eben in Reichsmark von S. Parker Gilbert in Berlin. Dieser finanziert alle, auf Grund des Reparation Recovery Act unbezahlt bleibenden Lieferungen an England und Frankreich. Im 1. Reparationsjahr hat er für unbezahlte Exporte (im Sinn des Reparation Recovery Act) 184,2 Millionen Mark an die deutsche Exportindustrie ausgezahlt, wovon auf Lieferungen nach England 155,5 Millionen, auf Lieferungen nach Frankreich 28,7 Millionen entfallen.

Wir haben gesehen, daß der Reparationsagent von den auf sein Konto bei der Reichsbank eingezahlten 1000 Millionen Reichsmark mehr als ein Drittel, nämlich 375 Millionen für Zahlungen und Lieferungen an die Besatzungstruppen und für die Finanzierung der auf Grund des Reparation Recovery Act unbezahlt bleibenden deutschen Exporte verwenden konnte. Noch größer hat sich die Bedeutung der Sachlieferungen für den Transfer heraus-

gestellt. Rund eine halbe Milliarde, genau 454,4 Millionen Reichsmark, fanden Verwendung, um für die Gläubigerstaaten deutsche Brennstoffe und Fabrikate aufzukaufen, und zwar für 236,6 Millionen Mark Kohle, Koks und Braunkohle, für 26,39 Millionen Farbstoffe und pharmazeutische Erzeugnisse, für 23,2 Millionen chemische Düngemittel und für 82,7 Millionen Fabrikate verschiedener Art. Daneben hat der Reparationsagent für den Abtransport der Brennstoffe noch 85,3 Millionen an die Reichsbahn bezahlt. Der dann noch verbleibende Rest hat für den Zinsendienst der Auslandsanleihe, für den Unterhalt des 135 Personen zählenden Personals des Bureaus des Reparationsagenten und für ähnliche Zwecke Verwendung gefunden. Mit Genugtuung stellt S. Parker Gilbert fest, daß er, abgesehen von dem Zinsendienst der Auslandsanleihe, für den Devisen im Betrag von rund 4 Millionen Reichsmark notwendig waren, im übrigen den Transfer der ersten Goldmilliarde des Dawesplans ohne Zuhilfenahme ausländischer oder inländischer Währung vollziehen konnte: »Während des 1. Jahres hat das Übertragungskomitee keine Barübertragungen an die Gläubigermächte vorgenommen, und die Ankäufe von Devisen bestanden hauptsächlich in den Beträgen, die für den Dienst der deutschen Auslandsanleihen von 1924 und für verschiedene nebensächliche Verwaltungsausgaben notwendig wurden.«

Der Bericht des Reparationsagenten gibt denjenigen recht, die den Transfer der Reparationszahlungen durch Sachleistungen für möglich hielten. Wir wissen jetzt, daß die erste Goldmilliarde tatsächlich ohne Zahlung in Devisen transferiert worden ist. Was die Zukunft des Transfers anlangt, so ist zu bemerken, daß sich im Bericht des Reparationsagenten nirgends die Ansicht ausgedrückt findet, daß das, was im 1. Reparationsjahr leicht und reibungslos vollzogen werden konnte, in den kommenden Jahren nicht mehr ausgeführt werden könnte. Es scheint jedoch, daß der reibungslose Transfer der ersten Moratoriumszahlung gewissen Kreisen in Deutschland, die in engen Beziehungen zu England und Amerika stehen, sehr ungelegen kommt. Der Berliner Lokalanzeiger eröffnete in den letzten Wochen eine so leidenschaftliche Kampagne gegen den Dawesplan, daß man den Eindruck gewinnt, ein neuer Reparationskrieg werde von dieser Seite mit angelsächsischer Unterstützung systematisch vorbereitet. Der Reparationsagent S. Parker Gilbert wird als »Fronvogt« gebrandmarkt, der die deutsche Wirtschaft »mit 3facher Fessel gebunden« hält. Dieser »Gentleman im nobelsten Sinne« wird als »Herr unserer verpfändeten Zölle und Steuern«, als »Diktator über unsere Eisenbahnen«, als »Gebiet über unsere Reichsbank, unsere Geldwirtschaft, unsere Industrie, unsern Handel, unsere Währung« verschrien. Einer seiner »Untervögte« sitze in der Reichsbank, durch einen 2. Untervogt beherrsche er Zölle und Steuern, ein 3. Untervogt habe darüber zu wachen, daß die Reichsbahn »die Zinszahlung für ihre fremden Herren« bewirke. Alles, was in Wahrheit Folge der ungeheuerlichen Inflationswirtschaft des Ruhrkriegs ist, wird dem Dawesplan zur Last gelegt. An allem ist er schuld. Die »Nervenzerrüttung der deutschen Hausfrau«, die »würgende Not der deutschen Arbeiter«, die »Hungerleiderei der deutschen Beamten«, das »Elend der abgebauten Angestellten«, die »Konkurse unserer Industrie«, der »Schwund unseres Handels«: alles sei sein Werk.

Die Wahrheit ist, daß ohne die Sachlieferungen des Dawesplans die Arbeitslosigkeit in Deutschland noch viel größer wäre als jetzt. Gewiß kann man

sagen, daß bei einem sozialistischen System des Wirtschaftens die Brennstoffe, die heute den Gläubigermächten zugeführt werden, den Arbeitern und Angestellten zu Heizzwecken zur Verfügung gestellt werden könnten. Bei dem kapitalistischen System jedoch ist dieser Ausweg nicht vorhanden. Die Brennstoffe wären, wenn sie nicht zu Reparationszwecken Verwendung fänden, ungefördert geblieben, weil ihr Export, da ihre Preise über dem Weltmarktpreis stehen, beim kapitalistischen System unmöglich ist. Ähnlich liegt es auch bei anderen Reparationsleistungen. Die Gläubigermächte müssen die Waren, die der Reparationsagent mit Reichsmark aufkauft oder deren Aufkauf er mit Reichsmark finanziert, tatsächlich in ihrem Land wesentlich unter den ihnen verrechneten deutschen Preisen verkaufen, um überhaupt Abnehmer zu finden. »Während des letzten Jahres«, sagt S. Parker Gilbert, »waren die heimischen Preise in Belgien und Frankreich, in Gold umgerechnet, im allgemeinen niedriger als in Deutschland . . . und während bei einzelnen Waren, zum Beispiel bei Farbstoffen, tatsächlich kein Verlust eintritt, wird der Verlust im allgemeinen auf 8 bis 15 % geschätzt.« Bei Preisen, die 8 bis 15 % über den ausländischen stehen, hätte im freien Verkehr nur ein Bruchteil der Sachleistungen zu Reparationszwecken exportiert werden können. Mögen daher auch die Sachleistungen die Nation steuerlich belasten, für den deutschen Arbeitsmarkt stellen sie eine Entlastung dar. Soweit die Reparationsleistungen durch Sachlieferungen erfüllt werden können, die von deutscher Arbeit aus heimischen Rohstoffen hergestellt werden, vergrößern sie zwar die Arbeitslosigkeit in England, aber sie vermindern die Anzahl der Erwerbslosen in Deutschland. Dies ist auch der Grund, warum die englischen Gewerkschaften Gegner, die deutschen Gewerkschaften jedoch Anhänger der Sachlieferungen zu Reparationszwecken sind.

Alles das hebt die Tatsache natürlich nicht auf, daß die Daweszahlungen eine schwere steuerliche Last für Deutschland darstellen. Sie sind jedoch von weit geringerm Gewicht als die Lasten, die Inflation und Ruhrkrieg dem Arbeiter- und Mittelstand auferlegten. Heute ist es der große Schmerz gewisser Kreise, daß ihnen der in der Inflations- und Ruhrkriegszeit wild zusammengeraffte Reichtum durch die vom Reparationsagenten gesicherte Stabilisierung der Mark wieder verloren zu gehen droht. Es wird die Aufgabe der unterrichteten Politiker sein darauf zu achten, daß allen Anschlägen auf den Reparationsfrieden, dessen Bruch nur englischen Absichten dienen, die deutsche Wirtschaft aber vollends ruinieren würde, der Erfolg versagt bleibt.

WILHELM REIMANN · DAS ERWERBSLOSEN-PROBLEM DER STADT BERLIN

IN besonders hohem Maß leidet unter der Wirtschaftskrise die Bevölkerung der Stadt Berlin. Von Woche zu Woche steigt die Anzahl der Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger. Ein Bild der katastrophalen Entwicklung des Berliner Arbeitsmarkts in den letzten 3 Monaten bieten die Zahlen der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen Berlins eingetragenen Arbeitssuchenden. Nach dem Bericht des Landesarbeitsamts war am 31. Oktober 1925 die Anzahl der eingetragenen Arbeitssuchenden 65 164, darunter 26 139 Erwerbslosenunterstützungsbezieher. Die Entwicklung in den folgenden Wochen prägt sich in den nachstehenden Zahlen aus:

Zeitpunkt	Eingetragene Arbeitsuchende			Erwerbslosenunterstützungs- bezieher		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
7. 11. 1925	50 311	23 803	74 114	23 633	5 718	29 351
14. 11. 1925	56 291	26 967	83 258	27 552	7 107	34 659
21. 11. 1925	62 117	29 819	91 935	31 790	8 873	40 663
28. 11. 1925	68 586	33 172	101 758	37 099	11 096	48 195
5. 12. 1925	83 269	36 722	119 991	44 226	13 507	57 733
12. 12. 1925	99 261	42 021	141 282	56 633	16 856	73 489
19. 12. 1925	107 954	45 469	153 423	70 399	21 372	91 771
4. 1. 1926	112 835	47 254	160 089	78 748	24 411	103 159
9. 1. 1926	120 157	50 690	170 847	88 970	27 386	116 356
16. 1. 1926	131 509	57 828	189 337	94 984	30 688	125 672
23. 1. 1926	147 908	62 623	210 551	104 316	34 614	138 930
1. 2. 1926	156 617	66 507	223 124	117 836	38 412	156 248

Damit nähert sich die Arbeitslosenzahl bedenklich der Höchstzahl der Arbeitslosen, die in Berlin jemals vorhanden waren. Am 31. Dezember 1923 wurden insgesamt 293 000 Erwerbslose festgestellt, wozu noch 35 000 unterstützte Kurzarbeiter kamen, deren Anzahl bei der jetzigen Krise eher höher als niedriger zu veranschlagen sein wird als die des Jahres 1923. Dabei wurden von der Statistik die sogenannten Werksbeurlaubten gar nicht erfaßt, das heißt die Arbeiterschaft derjenigen Betriebe, die nur zeitweilig geschlossen sind, ohne daß die Entlassung ausgesprochen wird. Jeder 20. Berliner ist heute arbeitslos, jeder 31. bezieht Erwerbslosenunterstützung. Obendrein zeigt die Arbeitslosigkeit diesmal ein ganz anderes Gesicht als in der kritischen Zeit 1923. Die Dauer der Arbeitslosigkeit für den einzelnen ist ungleich länger; Aussicht auf Beschäftigungsmöglichkeit, die damals immerhin bestand, ist heute nicht da. Die Ursachen der Krise sind ja auch wesentlich anderer Art. Bezeichnend ist, daß in unverhältnismäßig hohem Maß gerade die kaufmännischen Berufe von der Erwerbslosigkeit betroffen werden. Über die erschreckend lange Dauer der Erwerbslosigkeit dieser Berufe gibt eine Statistik Auskunft, die von der Reichsregierung dem Haushaltsausschuß des Reichstags vorgelegt worden ist. Hiernach wurden am 16. Juni 1925 im Reich 53 966 männliche und 13 019 weibliche, insgesamt 66 985 stellungslose Angestellte gezählt, von denen mehr als 20 000 bereits länger als 1 Jahr, davon rund 10 000 länger als 1½ Jahr erwerbslos waren. Berlin allein zählte am 16. Juni 1925 8 482 männliche und 3 239 weibliche stellungslose Angestellte, insgesamt 11 721. Ihre Anzahl hat sich ständig gesteigert und wird heute schätzungsweise mit 25 000 angegeben. Die Anzahl der jugendlichen Erwerbslosen betrug am 9. Januar 1926 4 302.

Was haben nun die Aufsichtsbehörden und die Stadt Berlin getan, um den Gefahren der Arbeitslosigkeit zu begegnen?

Schon im Frühjahr hat das Preußische Wohlfahrtsministerium zur Aufstellung eines Programms für Notstandsarbeiten eine Reihe Verhandlungen geführt, so mit dem Ruhrsiedlungsverband, dem Aachener Bezirk und anderen. Im Juli fand dann eine Besprechung mit sämtlichen Oberpräsidenten statt, die den Zweck hatte das Notstandsprogramm nochmals zu überprüfen und weiter auszubauen. Bei der Kapitalnot der Gemeinden rechnete die preußische Regierung von vornherein mit Schwierigkeiten und war darum bereit durch Darlehns erleichterungen aus den Mitteln der produktiven Er-

werbslosenfürsorge den Gemeinden zu helfen, stieß dabei allerdings auf Schwierigkeiten bei der Reichsregierung, namentlich beim Reichsfinanzministerium, die nur sehr schwer überwunden werden konnten. Man wird dem Wohlfahrtsministerium die Anerkennung für seine vorsorgende Tätigkeit nicht versagen können. Dagegen kann man dem Magistrat der Stadt Berlin gleiche Anerkennung nicht aussprechen. Gewiß liegen für Berlin die Verhältnisse ganz anders als für andere Teile des Reichs. Die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten ist aus Mangel an Objekten stark beschränkt. Meliorations-, Kanalarbeiten usw. vor den Toren Berlins kommen nur in geringem Umfang in Frage, ebenso der Bau neuer Verkehrswege. Aber all das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die behördlichen Stellen Berlins sehr wenig Aktivität entfaltet haben. Es bedurfte erst des Anstoßes durch die neugewählte Stadtverordnetenversammlung und des Ortsausschusses Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, um die leitenden Stellen aus ihrer Untätigkeit aufzuschrecken. Aber es ist ja nicht das erstemal, daß die Stadtverwaltung versagt. Es muß festgestellt werden, daß Berlin in den vergangenen Jahren aus eigenen Mitteln für den Wohnungsneubau sehr wenig getan hat. Nur unter den allergrößten Anstrengungen der Sozialisten war es möglich aus den Einnahmeüberschüssen des Jahres 1924 die Summe von 10 Millionen Mark für den Wohnungsneubau zur Verfügung zu erhalten. Es soll dabei nicht vergessen werden, daß ein großer Teil der finanziellen Kraft der neuen Stadtgemeinde durch die unbedingt notwendigen Erweiterungs- und Neubauten für die Kraft- und Lichtversorgung Berlins in Anspruch genommen wird, und daß zum Beispiel durch den Neubau des Rummelsburger Kraftwerks schätzungsweise 20 000 Arbeiter beschäftigt werden. Das Augenmerk der leitenden Männer hätte sich aber bereits im Sommer 1925 auf Inangriffnahme und Schaffung neuer Verkehrsmöglichkeiten richten müssen. Der Bau der Nordsüdbahn ging allmählich seiner Vollendung entgegen, während die teilweise fertiggestellten Arbeiten an der Schnellbahn der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, die den Gesundbrunnen im Norden Berlins mit Neukölln verbinden soll, eingestellt wurden. Gewiß ist es sehr schwierig hierzu die Mittel zu beschaffen. Die Finanzlage Berlins läßt es nicht zu aus den laufenden Einnahmen viel Geld für den Bau zur Verfügung zu stellen. Andererseits kann man eine Auslandsanleihe nicht aufnehmen, da den Kommunen nur Auslandsanleihen zu werbenden Zwecken, und dazu rechnet der Bau der Schnellbahnen nicht, gestattet sind. Neben dem Weiterbau der Schnellbahn der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wurden noch einige andere Projekte, wie Straßendurchbrüche, Errichtung von Spiel- und Sportplätzen und vor allem die Zuschüttung des Luisenstädtischen Kanals, vorbereitet. Von Interesse ist bei dem letztgenannten Plan, daß nach einem Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten die Bedingungen zum Erwerb des Kanalgeländes dem Berliner Magistrat am 5. Juni 1925 mitgeteilt wurden; die Antwort auf dieses Schreiben ist am 15. Januar 1926 eingegangen.

Ende November 1925 wandte sich der Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Magistrat und verlangte in einer Eingabe die Bereitstellung von Mitteln für Notstandsarbeiten. Die sozialdemokratische Fraktion brachte dazu folgenden Antrag ein:

»Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen den Magistrat zu beauftragen der Stadtverordnetenversammlung umgehend eine Vorlage zu unterbreiten, worin für alle Bedürftigen ausreichende Mittel zur Winterbeihilfe bereit gestellt werden.

Diese Beihilfen sind in Lebensmitteln, Brennstoffen, Bekleidungsgegenständen oder in bar zu gewähren. Die Versammlung ersucht den Magistrat Mittel zur Verfügung zu stellen, die es ermöglichen auch die ausgesteuerten Erwerbslosen bei den in verstärktem Maße in Angriff zu nehmenden Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Darüber hinaus ersucht die Versammlung den Magistrat bei Reich und Staat dahin zu wirken, daß 1. die Unterstützungssätze erhöht werden, 2. die Bedürfnisklausel beseitigt, 3. die Kurzarbeiterunterstützung wieder eingeführt wird, 4. bei Notstandsarbeiten die Tariflöhne zu zahlen sind. Ferner ersucht die Versammlung den Magistrat bei Reich und Staat darauf zu dringen, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit alle geplanten Arbeiten unverzüglich in Angriff genommen und begonnene Arbeiten weitergeführt werden.«

Außerdem lagen zur selben Materie Anträge der Kommunisten und anderer Parteien vor. Bereits am 27. November wurden die Anträge dem Erwerbslosenausschuß überwiesen und am 30. November von ihm behandelt. Der Ausschußantrag wie auch der Beschluß des Magistrats seien ihrer grundlegenden Bedeutung wegen wörtlich wiedergegeben. Der Ausschuß verlangte:

»Die Versammlung ersucht den Magistrat a) der Versammlung in der nächsten Sitzung eine Vorlage zu unterbreiten, durch die zur Bekämpfung der Not der Erwerbslosen und der sonstigen Unterstützungsempfänger zunächst die Summe von 10 Millionen Reichsmark flüssig gemacht wird, die den Wohlfahrtsämtern der Bezirke entsprechend den in den Bezirken vorhandenen Unterstützungsbedürftigen zur Verfügung gestellt werden, b) bei Reich und Staat darauf zu drängen, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit alle geplanten Arbeiten unverzüglich in Angriff genommen und begonnene Arbeiten weitergeführt werden, c) die im Haushaltsplan vorgesehenen Arbeiten im Hoch- und Tiefbau sofort in Angriff zu nehmen und beim Reich vorstellig zu werden, daß Mittel für weitere Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt werden, d) den Erwerbslosen, sowohl den Unterstützten wie auch den Ausgesteuerten, je Familie und Monat, mindestens 2 Zentner Kohle zu liefern, e) den Steuerauschuß sofort zusammenzurufen, um über die Bereitstellung der Mittel für eine großzügige Unterstützungsaktion für Erwerbslose, Kriegsopter, Sozial- und Kleinrentner sowie sämtliche Unterstützungsempfänger Vorschläge zu machen, f) bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß sie für die schleunige Beratung des Gesetzentwurfs über die Arbeitslosenversicherung eintritt.«

Der selben Versammlung ließ der Magistrat die folgende Vorlage zugehen:

»1. Sämtlichen Erwerbslosen, welche keinen Anspruch auf die gesetzliche Erwerbslosenfürsorge haben, wird nach Feststellung der Bedürftigkeit durch die amtlichen Stellen Unterstützung in Höhe der Erwerbslosenfürsorge aus Wohlfahrtsmitteln gewährt. Zu diesem Zweck werden die Wohlfahrtsmittel pro Monat um $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark, das heißt bis 31. März 1926 um 10 Millionen Mark aus laufenden Mitteln verstärkt. Der hierdurch im Haushalt 1925 entstehende weitere Fehlbetrag von 10 Millionen Mark ist durch die demnächst erfolgende Deckungsvorlage für den Haushalt 1925 aufzubringen. 2. Desgleichen wird für dieselben im Falle ihrer Beschäftigung bei Notstandsarbeiten an den Trägern der Maßnahme der Förderungsbetrag vom Wohlfahrtsamt erstattet. 3. Ferner wird sämtlichen Bedürftigen einschließlich der Erwerbslosen eine Winterbeihilfe von 2 Zentner Kohle je Familie und Monat nach Maßgabe der Winterbeihilfe für die sonstigen Unterstützungsempfänger gewährt. Der hierfür über die im Haushaltsplan vorgesehenen Mittelschätzungsweise erforderliche Betrag von 750 000 Mark wird aus laufenden Mitteln bewilligt. Der hierdurch im Haushalt 1925 entstehende weitere Fehlbetrag von 750 000 Mark ist durch die demnächst erfolgende Deckungsvorlage für den Haushaltsplan 1925 aufzubringen. 4. Die im Haushaltsplan Kapitel XIV für Notstandsarbeiten im Hochbau vorgesehenen, noch nicht verwendeten Mittel in Höhe von noch 1,2 Millionen Mark werden zur sofortigen Verwendung freigegeben. 5. Die Kanalisationsverwaltung hat Kanalisationsarbeiten in Höhe von 6 Millionen Mark sofort zu beginnen, sobald hierfür die nötigen Mittel vom Arbeitsministerium aus dem Hundertmillionenfonds darlehnsweise zur Verfügung gestellt sind. 6. Die Tiefbauverwaltung hat die Arbeiten für den Bau der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft-Bahn sofort einzuleiten. Hierfür werden ihr die $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark, welche die Städtische Straßenbahngesellschaft vom 1. Oktober 1925 ab für das Rechnungsjahr 1925 als Abgabe zu leisten hat, überwiesen. Der hierdurch im Haushalt 1925 entstehende weitere Fehlbetrag von $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark ist durch die demnächst er-

folgende Deckungsvorlage für den Haushaltsplan 1925 aufzubringen. 7. Die Arbeiten an der Nordsüdbahn werden mit aller Energie bis zur Fertigstellung gefördert. 8. Für Förderung des Wohnungsbaues ist die Zuweisung einer größeren Quote aus der in Berlin aufkommenden Hauszinssteuer mit aller Energie vom Staate zu fordern. 9. Es ist bei Reich und Staat der Antrag zu stellen, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit alle geplanten Arbeiten unverzüglich in Angriff genommen, begonnene Arbeiten weitergeführt und die Mittel für Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt werden. 10. Bei der Reichsregierung ist vorstellig zu werden, daß sie für schleunige Beratung des Gesetzentwurfs über die Arbeitslosenversicherung eintritt.»

Die Vorlage überraschte im allgemeinen durch ihre Großzügigkeit, und man geht wohl nicht fehl, wenn man hinter dieser Vorlage die nunmehr stark treibende Kraft des Oberbürgermeisters sieht. Die Mittel hierfür sollten, entsprechend einer Vorlage des Magistrats, so aufgetrieben werden: 5 Millionen Mark durch eine Erhöhung des Grundvermögenssteuerzuschlags für 1925 von 100 auf 112 $\frac{1}{2}$ %, 2 Millionen durch eine Erhöhung der Bruttoabgabe der großen Werke von 5 auf 8 % vom 1. Januar 1926 ab, 4 Millionen durch Mehreinnahmen aus den Elektrizitätswerken, zusammen also 11 Millionen Mark. Die Städtischen Werke sollen alle Arbeiten, die für spätere Zeit vorgesehen sind, sofort in Angriff nehmen. So wurden die Elektrizitätswerke veranlaßt sofort mit der Verlegung von zirka 80 Kilometer Kabelleitungen zu beginnen, wobei 300 bis 500 Arbeiter Beschäftigung finden. Die Wasserwerke nehmen Erweiterungen und Auswechselungen der Verteilungsnetze und Neuverlegung von Hauptdrucksträngen vor; hierzu braucht man etwa 1000 Arbeiter.

Die Verhandlungen über die Zuschüttung des Luisenstädtischen Kanals sind abgeschlossen, mit den Arbeiten kann begonnen werden. Zugleich beschloß die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Magistrats den Ankauf der Rehberge im Norden Berlins, die zu einem Park mit Erholungs- und Sportplätzen umgewandelt werden sollen. Diese Arbeiten werden teilweise mit Unterstützung der produktiven Erwerbslosenfürsorge durchgeführt. Insgesamt sind bereits 365 000 Tagewerke durch die Aufsichtsbehörden genehmigt; das bedeutet Arbeitsmöglichkeit für rund 4000 Menschen auf ein halbes Jahr. Die Arbeiten an der Schnellbahn der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft kommen langsam in Fluß, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß es der Energie des Oberbürgermeisters Böß und des Kämmerers Karding gelingt die Finanzierung der Arbeiten zu sichern. Dabei muß im Vordergrund der Gedanke der Vereinheitlichung des Berliner Verkehrs stehen. Auf einen Antrag der Sozialdemokraten hin, der erhöhte Fürsorge für die jugendlichen Erwerbslosen verlangt, hat der Magistrat Richtlinien vorgelegt, nach denen die Fürsorge in den Bezirken durchgeführt werden soll. Aufenthaltsräume, Betätigungs- und Fortbildungsmöglichkeiten, Rat- und Auskunftstellen sollen geschaffen, Speisen verabfolgt werden, um die Jugendlichen den moralischen Gefahren der Arbeitslosigkeit zu entrücken.

Rückblickend können wir sagen, daß heute die städtischen Körperschaften mit großer Energie arbeiten, und arbeiten müssen, um in kostbarer Zeit Versäumtes nachzuholen. Dabei geben wir uns nicht dem Glauben hin, daß durch die Beschäftigung von höchstens 10 000 Erwerbslosen das Problem der Erwerbslosigkeit gelöst wird, wie es überhaupt mit Erwerbslosenunterstützung und Notstandsarbeiten nicht gelöst werden kann. Aber brachliegende Arbeitskraft, wenn auch nur teilweise, zu nützen ist Gewinn am Volksvermögen. Von diesem Gesichtspunkt aus wird man die Tätigkeit der preussischen Landesbehörden und der städtischen Körperschaften werten müssen.

HUGO HÄRING · ASPEKTE DES STÄDTEBAUS



UFGEFORDERT konkrete städtebauliche Aufgaben Groß Berlins zu umreißen, um für die im Augenblick so sehr fließende Begriffsbildung des Städtebaus bestimmte Gesichtspunkte zu gewinnen, muß ich zunächst dieses feststellen: Um über die Bedeutung selbst der kleinsten Bauaufgabe ein Urteil zu bekommen, ist es nötig zu wissen, was diese Aufgabe im ganzen Plan der Stadt soll. Aber gerade dieser Plan des Ganzen fehlt, und darum ist eine Urteilsbildung im einzelnen gar nicht möglich, nicht einmal eine Stellungnahme zu Einzelaufgaben. Deshalb muß ich mich darauf beschränken nur die Situation einzelner Aufgaben festzuhalten. Vielleicht trägt auch dies dazu bei den Boden für eine Begriffsbildung vorzubereiten.

I. Bei einem Wettbewerb, der vor einiger Zeit ausgeschrieben war, wurde der Ausbau der Lindenachse als das baukünstlerisch wichtigste Objekt Berlins von vielen Architekten bezeichnet. Dieses Bekenntnis ist wahrhaft niederschmetternd. Gibt es in der Hauptstadt einer Republik keine andere wichtige Bauaufgabe als diese: die große Sieges- und Paradestraße, die der soeben entthronte Absolutismus einstens von Schloß zu Schloß gezogen hatte, auszubauen? Das ist ein beschämendes Dokument dieser Zeit und seiner Baumeister. Wie gut wußten ihrerzeit diese Herrscher das ihnen unbequeme Haus des Volkes von ihrer Siegesstraße fernzuhalten, es wie eine Belanglosigkeit außerhalb ihres Vorhofs auf die Seite zu schieben, genau dahin, wo es in ihrem Kopf stand. Ein Baumeister, für den die Ordnung der Dinge im Raum noch einen tiefern Sinn hat als den einer einfachen Platzhaltung, hätte wenigstens diese Tat revidiert und von der Alsenbrücke bis zum Kemperplatz die große Straße der Republik gezogen, um zunächst einen deutlichen und klaren Strich durch diese Achse der Herrscher zu machen. Bei dieser Gelegenheit wäre er auch der Siegesallee beigekommen, und der bisherige Königsplatz spielte als Platz des Staates oder des Volkes in einer Republik eine bessere Rolle als jetzt. Er wäre dann wohl nicht bei dem Strich allein geblieben, sondern er hätte gewiß den Platz der Republik zu einer großen Manifestation des neuen politischen Willens ausgebaut: Hie Volk, dort Schloß. Der ganze Kanalbogen schlägt ja einen prächtigen Halbkreis um diesen Raum, der geradezu berufen ist eine ganze Stadt der politischen Arbeit in sich aufzunehmen. Bauen als eine Tat politischer Willenssetzung kannten wohl die Herrscher der Vergangenheit, kennen nicht mehr, kennen noch nicht die Staatsmänner der Gegenwart. Warum jammert man über den Niedergang der Baukunst, da man besser über den Niedergang des Bauwillens jammern sollte? Ob an der Straße Unter den Linden die Arkadenbögen, die zur Glorifizierung dieses Straßenzugs vom Pariser Platz bis zur Oper in dem Wettbewerb fast allgemein vorgeschlagen wurden, bis zum 1., 2. oder 3. Stockwerk gehen sollen, ist kein städtebauliches Problem sondern ein *dilettantischer* Städtebau.

II. Soeben wurde von der Stadtregierung beschlossen eine Untertunnelung der äußeren Gleisanlagen des Potsdamer Bahnhofs durchzuführen. Mit diesem Projekt wird wieder die ganze Frage der Bahnhöfe angeschnitten, die wirklich in den nächsten Jahrzehnten beantwortet werden muß. Diese Gleisflächen des Anhalter, Potsdamer und Lehrter Bahnhofs reißen die Stadtfläche bis ins Innerste hinein auf und drängen ganze Stadtteile vollkommen

von einander ab. Sie lassen nur einen schmalen Zusammenhang zwischen Potsdamer Platz und Lehrter Bahnhof, wodurch ja eben die Verkehrseinschnürung und die Belastung des Potsdamer Platzes herbeigeführt werden. Diese Gleisflächen müssen eines Tages unbedingt fallen. Ob man einen mehrstöckigen Zentralbahnhof im jetzigen Humboldthafen machen kann, dem man die ganzen Züge der Süd Strecken unterirdisch unter der Siegesallee hindurch und bereits von weit draußen schon, vielleicht durch elektrische Maschinen, zuführt, wie Martin Mächler vorschlägt, oder ob man besser weit im Süden abzweigende Umgehungen macht, ob man einen Zentralbahnhof in Tempelhof draußen baut, wie von anderer Seite vorgeschlagen wurde, oder ob man schließlich überhaupt von einem solchen Abstand nimmt und eine ganz andere Lösung findet, ist ein riesenhaftes Problem, ein Hauptproblem der Umgestaltung der vorhandenen Stadt, das viele andere nach sich zieht, zu dessen Aufrollung auch noch nicht die geringsten Schritte unternommen worden sind. Wer wird es aufrollen? Wer wird es ausarbeiten? Wer wird das Urteil über die Pläne finden? Wer wird sie durchführen? Das alles ist noch offen. Indessen schafft man heute eine Lösung sozusagen aus der Hand, die 50 Millionen kostet, und die später vielleicht überflüssig ist, die vor allem besser bereits ein Teil im Plan einer endgültigen Lösung sein könnte. Diesen Städtebau hat man zutreffend einen *passiven Städtebau* genannt. (Im Gegensatz dazu steht der produktive Städtebau.)

III. Seit dem 1. November 1925 ist eine neue Zonenordnung in Kraft. Man darf jetzt in der City höher bauen. Es wird also im Innern der Stadt für mehr Menschen Arbeitsraum geschaffen, der sicher die jetzigen Arbeitsverhältnisse nicht verbessert, dagegen mehr Menschen in den Stadtkern schleppt. Da außerdem die Wohnungen im Stadtkern, die jetzt noch da sind, bald auch von Geschäften aufgezehrt sein werden, werden im Stadtkern vielleicht in Zukunft 50 % mehr Menschen arbeiten als jetzt, was eine wesentliche Besserung der Verkehrsverhältnisse herbeiführen wird. Denn man wird dann eben zu großen Straßendurchbrüchen greifen, durch die der Verkehr fluten kann. Es wird der steuerzahlenden Allgemeinheit ein Vergnügen sein ordentlich Luft in den Stadtkern zu bringen. Zu wessen Vorteil geschieht die Höherzonung? Das scheint ein *unüberlegter Städtebau* zu sein.

IV. Im Stadtkern Berlins kann man zu jeder Zeit auf engem Raum zusammen fast alles sehen, was in Deutschland hergestellt wird. Jedes Unternehmen Deutschlands ist hier vertreten. Berlin ist das Bureau und die Dauermusterausstellung ganz Deutschlands. Es liegt nahe diesen effektiven Sachverhalt anzuerkennen und den Stadtkern messtechnisch zur Vollendung zu führen. Das wäre wahrscheinlich ein Stück produktiven Städtebaus. Statt dessen muß Berlin in Witzleben ein neues Messengelände aufschließen. Das ist *ehrzeigiger Städtebau*.

V. Leberecht Migge, der das Grüne Manifest geschrieben hat, will, daß jeder Arbeiter Gartenwirtschaft treibe, damit unter anderm auch die Arbeiter in Zeiten der Arbeitslosigkeit sich immer noch ein Existenzminimum selbst schaffen können. Unter anderm. Denn die Bedeutung dieser Forderung ist damit selbstverständlich noch lange nicht erschöpft. Vielleicht würden jetzt nicht so viele Menschen hungern, brauchten nicht so viele Unterstützungen gezahlt zu werden, wäre Migges Grünes Manifest schon durchgeführt. Es fordert einen *sozialen Städtebau*.

VI. Braucht die studentische Jugend unbedingt die Großstadt? Wie wäre es, wenn man sie, die heute dem Sport zugeführte und zugeneigte Jugend, an einen der vielen Seen und in die Wälder hinaus schaffte? In der Stadt nimmt sie nur Raum weg und belastet den Verkehr. Sie ist außerdem zurzeit in jeder Hinsicht schlecht untergebracht und könnte an den Seen billiger leben. Wie schlecht sind alle Unterrichtsgebäude und Lehranstalten im einzelnen, und wie schlecht liegen sie zu einander und zu den Bibliotheken und Museen. Müssen alle Museen und Studiensammlungen unbedingt in der City liegen? Die neue Gesellschaft, die wir erwarten, wird von den kommenden Generationen gebildet werden. Es könnte schon einen Sinn haben diesen kommenden Generationen eine eigene Stadt zu bauen, eine Stadt aus unseren heutigen Ansprüchen und Anschauungen heraus. Ein solcher Plan ist nicht nur wirtschaftlich möglich sondern sogar vorteilhaft. Die freiwerdenden Grundstücke und Bauten in Berlin sind gut zu verwerten und schaffen im alten Stadtraum erwünschte Wohn- und Arbeitsräume. Die Universität erweist sich als vielleicht geeignet städtische Sammlungen aufzunehmen. Mit dem Erlös des Ganzen kann man der studierenden Jugend sicher eine neue Stadt errichten. Alle Beteiligten hätten von dieser Stadt nur Vorteile, und ihr Schöpfer dazu noch den Ruhm ein großer Staatsmann zu sein. Das wäre ein *geistpolitischer* Städtebau.

VII. Was wird Berlin in den nächsten Jahrhunderten für die Gestalt des Neuen Europas bedeuten? Ist es *utopischer* Städtebau das zu bedenken?

VICTOR ENGELHARDT · DIE NATIONALE FRAGE IM JUNGSOZIALISMUS



In weiten sozialistischen Kreisen, namentlich in den Reihen der jungen Generation, nimmt die Erörterung des Verhältnisses zum nationalen Gedanken einen sehr breiten Raum ein. Die jungsozialistische Bewegung, die an sich aller Problematik immer äußerst zugänglich ist, wurde von dem Fragenkomplex am stärksten gepackt. Die Geburtsstunde des mit den Fragen verbundenen "Richtungsstreits" schlug zu Hofgeismar in den Pfingsttagen des Jahres 1923. Karl Bröger hatte den Streit mit einer Rede über Deutscher Mensch und deutscher Geist eröffnet. Er hatte seine Verbundenheit mit deutscher Landschaft, deutscher Geschichte und deutscher Kunst klargelegt. Die Einheit der Nation war sein Ziel. In der Diskussion waren die Gegensätze auf einander geplatzt, und abends am Feuer hatte man sich mit Liedern bekämpft. Alle, denen Volksgemeinschaft als erstes Ziel vor Augen steht, rechnen sich nach dem Ort jener Tagung zum Hofgeismarkreis. Die Gegenströmung entstand auf einer Tagung, die bald darauf in Hannover stattfand. In Hannover war eine Resolution zustande gekommen, die jede Volksgemeinschaft, die eine Überbrückung der Klassengegensätze bezweckt, ablehnen will. Die Anhänger dieses Kreises nennen sich seitdem Hannoveraner.

Mit den Namen war von vornherein eine unselige Abstempelung gegeben, die jeden, der sich dem einen oder andern Programm nicht fügen wollte, in eine verachtete Mitte verwies. Uns kann an dieser Stelle der Verlauf des nun schon 2 Jahre währenden Kampfes nicht interessieren. Er ist Sache der Jungsozialisten. Die Konferenz der Jungsozialisten zu Jena, in der Osterwoche des Jahres 1925, hat den Blick jedoch aufs neue auf die genannten

Richtungsgegensätze gelenkt. Hermann Heller stand dort gegen Max Adler, und wieder ging es um die Frage nach Nation, Staat und Sozialdemokratie. Heller hat dort die Ansichten des Hofgeismarkreises wohl äußerst klar und scharf formuliert. Er sagte: »Sozialismus soll Kultursteigerung sein. Das bedeutet aber eine immer feinere Ausprägung der Eigenart der einzelnen Nationen.« Seine Gedanken hat Heller in einer besonders Schrift genauer begründet.¹ Von dieser Schrift sind in 4 Wochen 3000 Exemplare abgesetzt worden: ein Zeichen für das lebendige Interesse, das man bei Freund und Feind an den angeschnittenen Problemen hat. Wieder steht die völkische Kultur im Mittelpunkt der Argumentation: »Das deutsche Volk ist durch Jahrtausende auf natürlichen Grundlagen in die objektiven Kulturformen der Nation hineingewachsen, es wird nur in seiner Eigenart den Sozialismus verwirklichen, oder es wird ihn überhaupt nicht verwirklichen.« Und an anderer Stelle: »Sozialismus aber bedeutet nicht das Ende sondern die Vollendung der nationalen Gemeinschaft . . . Sozialist sein heißt also notwendig national sein wie umgekehrt. Denn man kann ehrlicherweise nicht das Wort Volksgemeinschaft in den Mund nehmen, ohne daran zu denken, daß der größte Teil dieser "Gemeinschaft" kaum einen Anteil an ihr hat.« Die Beispiele charakterisieren die Willensrichtung dieses Kreises.

Wir haben an dieser Stelle nicht die Aufgabe in den Kampf der Jungsozialisten einzugreifen, wir nehmen vielmehr ihre Auseinandersetzungen als ein erfreuliches Zeichen des Willens zur Klarheit. Gerade diese Auffassung aber zwingt uns die allgemeine Lage zu erörtern, aus der die Auseinandersetzungen geboren wurden. Man bleibt an der Oberfläche, wenn man alles auf das Ruhrabenteuer zu schieben gewillt ist. Hofgeismar stand zwar bis zu gewissem Grad unter dem Einfluß der Ruhrbesetzung. Fördernd hat die außenpolitische Situation sicher gewirkt, aber nur fördernd, nicht erst gestaltend. Sie hat plötzlich heiß aufflammen lassen, was aus der ganzen Problematik der Nachkriegszeit Kraft zog. In dieser Problematik liegt eine Abwehrtendenz gegen das Fremde, ein Erbe aus den Tagen des Krieges. Soweit es sich nur um dieses handelt, kann man von reinem Nationalismus sprechen. Dieser hat im Prinzip mit dem Sozialismus, auch mit dem des Hofgeismarkreises, nichts zu tun. Würde er als Triebfeder irgendeines einzelnen erkannt, so wäre es um dessen Duldung in sozialistischen Kreisen geschehen. Wie weit der reine Nationalismus im geheimen unbewußte Kräfte entfaltet, die sich, bewußt werdend, in die Ideologien des Hofgeismarkreises kleiden, läßt sich natürlich sehr schwer entscheiden. Sicher ist nur, daß diese Ideologien niemals auf der reinen Abwehrtendenz des geschilderten negativen hassenden Nationalismus aufgebaut sein können, und daß dieser darum höchstens sekundäre Bedeutung besitzt.

Die außenpolitische Situation hat die Entwicklung demnach höchstens gefördert. Die Basis der Fragen aber muß irgendwie im Positiven ruhen. Der Sozialismus hat, trotz allen Rückschlägen in der Nachkriegszeit, die Wendung zum Aufbau genommen. In den Sphären der Wirtschaft kann sich der Aufbauwille naturgemäß weniger regen als in den beweglicheren Sphären des Geistes. Ob wir die Arbeit, die hier namentlich von der Jugend geleistet wird, anerkennen oder nicht, tut nichts zur Sache. Ob wir an den Erfolg des jugendlichen Willens den sozialistischen Menschen zu schaffen glauben, oder

1) Siehe Heller *Sozialismus und Nation* /Berlin 1925/.

ob wir daran zweifeln, ist für unsere besondere Frage ohne Belang. Wir müssen uns allein an die Tatsachen halten. Tatsache aber ist ein geistiger Wille zum Aufbau, der nichts mehr und nichts weniger will als die neue Kultur. Der Kulturbegriff wird dabei in bewußtem Gegensatz zu den Idealen der vergangenen Tage geformt. Die Tage der Vergangenheit kennzeichnet man, sicher nicht unrichtig, durch das Wort Individualismus. Individualismus heißt Autonomie der Person. Jeder soll in eigener Verantwortung die religiösen und politischen Fragen entscheiden. Der Wille zum Individualismus brachte einen Zerfall jeder größeren Gemeinschaft, sei es der Volksgemeinschaft, sei es der religiösen Gemeinde, mit sich. Diesen Zerfall kann niemand leugnen. Die Menschen wurden zwar nicht Persönlichkeiten im idealen Sinn des Wortes, aber sie wurden aus Traditionen gelöst, die frühere Generationen mit großen Kultureinheiten verbanden. Die Menschen wurden, mit wenigen wirklich "persönlichen" Ausnahmen, haltlos.² Sozialistischer Kulturwille ist in solcher Situation bewußte Ablehnung jeder Verfallserscheinung und kraftvolles Streben nach neuer Kulturgemeinschaft. Unter Kultur wird dabei wieder eine, alle umschließende, alle zwingende geistige Einheit verstanden, eine Einheit, die zunächst nur als Aufgabe gestellt ist. Gerade diese Aufgabenstellung, diese Ungelöstheit des Problems, gibt aber die Grundlage ab für die schroffe Formulierung der Ideen des Hofgeismarkreises.

Man will Kulturgemeinschaft im sozialistischen Sinn und kann doch nicht sagen, wie sie aussehen wird. Man kann ihre zukünftige Gestaltung ebenso wenig umschreiben, wie der Renaissancemensch die aus seinem Ichgefühl geschaffene kapitalistische Welt. Mit dem Verzicht auf den Blick in die Zukunft kann sich der Forscher allenfalls abfinden, der gestaltende Politiker nie. Für ihn ist Kulturgemeinschaft nicht nur Objekt seines theoretischen Mühens sondern Gegenstand einer unmittelbar vorliegenden Aufgabe. An ihre Lösung kann er nur mit den Kräften herangehen, die ihm die geschichtliche Lage vermittelt. Nun haben wir Kulturgemeinschaft, abgesehen von der Internationale der katholischen Kirche, bisher nur in völkischen oder sogar an ganz enge Landschaftsbezirke gebundenen Formen erlebt. Damit ist die positive Grundlage der nationalen Bewegung im Sozialismus gegeben. Der Wille zur Kulturgemeinschaft kann, aus historischen Gründen, gar nichts anderes sehen als die Gemeinschaft des Volkes. Alles andere ist unerlebte und darum nicht wirksame Konstruktion. Heller bekennt es ganz offen in seiner oben zitierten Schrift: »Ich liebe sie [die Nation], weil sie die weiteste menschliche Gesamtheit ist, für die unmittelbar erlebte Verantwortung zu tragen ich durch meine Tat fähig und bereit bin.« In einer gegebenen Situation kann unser Wille, soweit er sich nicht um Gedanken sondern um greifbare Erlebnismöglichkeiten bemüht, an der Realisierung des sozialistischen Kulturideals im Rahmen nationaler Gegebenheiten nicht vorübergehen. Auch das Nichthinausblicken über diesen Rahmen kann man verstehen und damit verzeihen. Jeder vom Rausch des Gestaltens wirklich Gepackte muß das, was er formt, in absoluter Vollwertigkeit sehen. Nur so wächst ihm die Kraft zu, die alle Fesseln durchbricht. Wir freuen uns über jeden Geist, der wirklich ums Positive bemüht ist. Seinen Willen bekämpfen müssen wir erst, wenn die Liebe zum Ziel, das er sich setzte, in Haß gegen andere, weitere Ziele umschlägt.

2) Siehe darüber auch Engelhardt *An der Wende des Zeitalters: Individualistische oder sozialistische Kultur?* /Berlin 1925/

Im Prinzip ist die völkische Problematik des Hofgeismarkreises von dieser negativen Stellungnahme frei. So ist nicht einzusehen, warum der Richtungsstreit nicht einmal durch eine Synthese ersetzt werden könnte. Sie würde die Verwirklichung nationaler Kulturgemeinschaft als Etappe empfinden, über die wir erlebnismäßig zunächst, aber nur zunächst, nicht hinausgehen können, da sich die höhere Einheit vorläufig nur verstandesmäßig ableiten läßt. Das Erleben, so schön es im einzelnen sein mag, aber fordert schon heute eine weiterschauende Ergänzung. Die internationale Aufgabe ist für uns im Erleben weniger greifbar, weil wir uns die Kulturgemeinschaft der Menschen noch nicht ausmalen können. Trotzdem sollen wir den Kräften nachgehen, die zu einer Angleichung von Menschen verschiedener Herkunft hinführen, und durch diese Erkenntnis den Boden für einen Willen zu internationaler Kulturgemeinschaft bereiten. Die Frage des Klassenkampfes, in der die Hannoveraner, neben dem Internationalismus, ihren Unterschied zu den Hofgeismarern sehen, hat mit dem Problem der Kulturgemeinschaft nur indirekt etwas zu tun. Sie ist eine Frage des Weges, jene eine solche des Ziels. Das Wort Kulturgemeinschaft, wobei vorläufig an Gemeinschaft im Rahmen der Volkskultur oder an von uns nur geahnte Kulturgemeinschaft größerer Völkerverbände zu denken erlaubt ist, schließt notwendig die Forderung nach Teilnahme *aller* an den Kulturgütern ein. Nicht um Verwischung der Klassengegensätze kann es sich handeln sondern um deren Aufhebung. Bezeichnet man alle Mittel dieser näherzukommen als Klassenkampf, so ist schon heute die Einheit der beiden Kreise, soweit sie ganz konsequent sind, gegeben, und die Diskussion dreht sich im wesentlichen um taktische Fragen, die von jeher zum Leben des Sozialismus gehörten.

Mannigfaltigkeit der Anschauung ist im Klärungskampf notwendig, Austragen der Gegensätze nicht minder. Noch nie haben solche einer Bewegung geschadet, wenn sie in ihrer ganzen Fülle aufgerollt wurden. Gefährlich ist nur ihre Fixierung, wie eine solche bei Richtungsbezeichnungen vorliegt. Sie macht aus dem Gegensatz einen Antagonismus, eine oft nicht überbrückbare Feindschaft. Der Gegner wird nach seiner Erkennungsmarke gefragt und nicht nach seinem Bekenntnis. Würde man immer dieses in den Mittelpunkt stellen, so wäre gemeinsame Arbeit stets möglich. Man fände dann, daß man sich höchstens in der Weite des Wollens und in der Kampfmethodik unterscheidet, im Grunde aber doch dem gleichen Ziel entgegengeht, für dessen Erreichung alles eingesetzt werden muß, was an mannigfaltigen Kräften in der Bewegung lebt. Vielleicht keimt bereits eine erste Regung zusammenführenden Wollens. Ich selbst suchte in privaten Diskussionen auf dem Hamburger Jugendtag am 8. und 9. August 1925 und an anderen Stellen im Sinn obiger Ausführungen zu wirken. Leider konnte ich Gustav Radbruchs Vortrag in Hamburg nicht mit anhören. Dem kurzen Bericht, der über ihn erschienen ist³, kann man mit großer Genugtuung entnehmen, daß auch Radbruch an ein Zusammenkommen beider Richtungen glaubt, wenn er sie soziologisch auch anders zu begründen scheint als es oben geschehen ist. Ist es wahr, und ich muß es nach mündlicher Erzählung glauben, daß den Ausführungen des Redners »tosender Beifall beider Richtungen der Jungsozialisten« folgte, so wäre vielleicht ein erster synthetischer Schritt schon getan.

3) Siehe *Volk von morgens* Der Hamburger Reichsjugendtag der deutschen Arbeiterjugend, von ihr selbst geschildert /Berlin 1925/ Seite 58 und folgende.

CHRISTIAN HERRMANN · KULTURMORPHOLOGIE



UNSERE Zeit hat das lebhafteste Bestreben die reine Theorie, die Forschung wieder in engere Beziehung zum praktischen Leben zu bringen. Die auf den verschiedensten Wissenschaftsgebieten in der letzten Zeit aufgenommenen neuen Methoden sind ein Ausfluß dieses Geistes, der dem Leben wieder näher sein und ihm in dieser oder jener Weise dienen will. In der Geschichte und der Ethnologie scheint die kulturmorphologische Denkweise jene Wissenschaften der Lebenspraxis nähern zu wollen. Und es ist wahr, wenn diese Methode sich begründen ließe und sie sich durchsetzte, dann wäre sie für die Überlegungen der Politiker, der Pädagogen und der Sozialethiker von großer Bedeutung. Dies und die Tatsache, daß die Kulturmorphologie eine in der heutigen Philosophie und in der Grundrichtung unseres geistigen Lebens weit verbreitete Tendenz zum Ausdruck brachte, riefen das Interesse an der neuen Disziplin und ihren Ergebnissen wach.

Dazu kommt die tiefgreifende Änderung, die die Kulturmorphologie in der Geschichte, von der Ethnologie gar nicht zu reden, herbeiführen könnte, vorausgesetzt, daß sie richtig erfaßt und angewandt würde. Der wissenschaftstheoretische und faktische Zustand dieser Wissenschaften war bisher der, daß beide kaum irgendwelche Berührungspunkte mit einander hatten. Kaum, daß man die Darstellung der Geschichte eines Landes oder eines Volkes mit einigen allgemeinen Bemerkungen über die ethnischen Verhältnisse einleitete. Im übrigen aber fand eine saubere Trennung statt: Die Ethnologie befaßte sich mit den sogenannten primitiven Völkern und ihrer Kultur, während die Kulturvölker der Behandlung durch die Geschichte überwiesen wurden. Das Unterscheidungsmittel war der Besitz der Schrift bei diesen und der schriftlose Zustand dort. Die Ethnologie befolgte im allgemeinen ein deskriptives Verfahren, die rein sammlerische Tätigkeit herrschte vor, der Positivismus mit seiner Tatsachenbegeisterung war Trumpf. Während die Ethnologie so im Beschreiben der Kulturtatsachen aufging, wandte sich die Geschichtswissenschaft der Konstruktion des historischen Geschehens aus den Quellen zu. Was bei den Kulturvölkern an Lebensäußerungen sonst noch vorlag und nicht schriftlich fixiert war, also Volksbräuche, Sagen usw., und was für die primitiven Völker die Ethnologie behandelte, das vernachlässigten die Historiker, sie überließen es der Volkskunde, die in den letzten Jahrzehnten durch verfeinerte Methoden mächtig emporblühte. Auf jedem dieser Gebiete trat immer deutlicher die Kultur als die Einheit aller Lebensäußerungen eines Volkes oder Zeitalters in den Gesichtskreis des Forschers. Unter der Herrschaft des Positivismus hatte man den Wald vor Bäumen nicht gesehen; vor lauter Kulturäußerungen war das Ganze, das Phänomen der Kultur, dem geistigen Blick entschwunden. Zwar die Zeit des philosophischen Idealismus wußte darum. Marx' große Konzeption der ökonomischen Entwicklung und ihres Zusammenhangs mit den übrigen Sphären des kulturellen Lebens ist aus diesem Wissen hervorgegangen. Burckhardts Betrachtungen kreisten um das Problem der Kultur und die Einheit der verschiedenen Kulturäußerungen. Aber die Folgezeit wußte doch wenig von diesen Fragen. Die Historiker vernachlässigten alle allgemeineren Untersuchungen. Buckles großer Versuch die kulturelle Entwicklung als solche und ihre Gesetzmäßigkeiten festzustellen fand weiter keine Nachfolger. Erst allmählich, in den neunziger

Jahren des 19. Jahrhunderts, kam es zu einem Zusammenschluß verschiedener, bisher getrennt vorgehender Betrachtungsweisen. Ratzels Lehren wurden auch bei Historikern beachtet, und unter dem Einfluß Lamprechts und Breysigs trat die Frage nach der eigenen Art der verschiedenen Kulturen immer mehr in den Gesichtskreis der Historiker. Nicht vergessen werden darf auch das Wirken der Lubbock, Taylor und Spencer. Es ist der Einfluß der positivistischen Soziologie Comtes, der bei diesen Historikern und Ethnologen die Kultur als soziologisches Phänomen erfassen ließ, und der etwa bei Kurt Breysig dazu führte in der wirtschaftlichen, religiösen, künstlerischen und politischen Entwicklung ganz bestimmte eindeutige Gesetzmäßigkeiten festzustellen.

Mit dieser Erkenntnis von der gesetzmäßigen, überall gleichmäßig verlaufenden Entwicklung der Kultur, wovon sich aber die ersten Ansätze und eigentlich auch schon durchgearbeitete Darstellungen bei Vico und in dem Dreistadiengesetz Turgots und Comtes finden, verbindet sich der andere Gedanke von der Eigenheit jeder Kultur, ihrer Individualität, der bis auf Herder zurückgeht und in der Geschichtsphilosophie des Idealismus seine Ausbildung erfahren hat. Hegel und dann Nietzsche, Dilthey und Simmel stimmen darin überein, daß sie hinter die Mannigfaltigkeit der Kulturäußerungen zurückzugehen suchen, indem sie sie auf eine letzte geistige Grundhaltung zu Welt und Leben beziehen. Diese geistige Grundhaltung ist gewissermaßen das "Stilprinzip" der betreffenden Kultur, indem sie jeder einzelnen Kulturäußerung ihre Stellung und ihre Bedeutung im Ganzen der geistigen Situation bestimmt. So hatte im Mittelalter die Wirtschaft eine andere Bedeutung als heute, weil die geistige Grundhaltung anders war. Von dieser Verschiedenheit hängt aber auch die verschiedenartige Dynamik und Rhythmik des kulturgeschichtlichen Geschehens ab. Die sich in großen langsamen Bewegungen vollziehende Entwicklung der indischen Kultur, die wie das ruhig gelassene Dahingleiten eines breiten Stromes ist, unterscheidet sich sehr von der heftig bewegten, scharf akzentuierten Dramatik der europäischen Kulturentwicklung. Bestimmt die geistige Grundhaltung sozusagen die formale Seite der Kulturentwicklung, so gibt sie weiterhin auch allem Einzelnen den Gehalt, der die Mannigfaltigkeit aller Erscheinungen in ihrer ganzen Breite als Äußerungen eines und des selben Lebens erkennen läßt. Während Simmel in feinen und scharf geschliffenen Untersuchungen die formalen Eigentümlichkeiten der Kulturen, besonders der modernen, darstellte, wandten sich Dilthey und seine Schule den inhaltlichen Momenten zu. Diese großen geistesgeschichtlichen Untersuchungen, die Versuche etwa die Weltanschauung des 16. und 17. Jahrhunderts zu erfassen, gehören ebenso hierher wie Nohls Arbeit über die Weltanschauung der Malerei. So entstand in den letzten Jahrzehnten allmählich eine sozusagen metahistorische Betrachtungsweise von verschiedenen Ausgangspunkten her, indem man über das Erfassen historischer Fakten und ihrer genetischen Verknüpfung zu einer Gehaltsdeutung des geschichtlichen Lebens hinauszugehen versuchte.

Eine solche Metahistorik ist die Kulturmorphologie. Sie tritt uns in Oswald Spenglers bekanntem Buch vom Untergang des Abendlandes und, vorher schon, in den Arbeiten Leo Frobenius' entgegen. Mit den vorgenannten geschichtsphilosophischen Tendenzen berührt sie sich weitgehend, sie scheint alle in sich aufzunehmen und zu vereinigen, übertrifft sie auch in gewisser Weise an Deutlichkeit des Ausdrucks, freilich nicht immer an innerer Konsequenz.

Die Eigentümlichkeit der kulturmorphologischen Betrachtungsweise besteht darin die Kultur als eine selbständige Gegebenheit dem Menschen, der ihr gegenüber abhängig ist, entgegenzusetzen. Nicht der Mensch schafft die Kultur, sondern die Kultur, die einer bestimmten Landschaft entstammt, formt die Menschen nach ihrem Bild. Die Kultur ist ein selbständiger, mit Eigenleben begabter Organismus; sie hat eine Jugendzeit, eine Reife, ein Alter und stirbt wie jeder andere Organismus eines natürlichen Todes. Diese Gedanken, zu denen Spengler nichts wesentlich Neues hinzugefügt hat, sprach Frobenius bereits vor fast 30 Jahren in seinem Ursprung der Kultur aus. Dieser geniale Forscher faßte die Kultur als eine organische Lebensganzheit auf und löste sie sowohl von der Gesellschaft wie von dem Einzelindividuum los. »Jede Kultur«, sagte er in seinem oben genannten bedeutenden Werk, »entwickelt sich wie die lebendigen Organismen, erlebt also eine Geburt, ein Kindes-, ein Mannes-, ein Greisenalter und endlich ein Hinscheiden. Eine Kultur ist ein großer Körper, und aller Kulturbesitz . . . sind Teile desselben . . . In diesem Sinne ist der Mensch vielmehr das Objekt der Kultur . . . Ich gehe aus von einer morphologischen, vergleichend anatomischen und physiologischen Betrachtung der Kulturen.« In seiner letzten Publikation über allgemeine Fragen der Kulturwissenschaft, die er *Paideuma* betitelt, führt Frobenius die Analogie der einzelnen Kulturstufen mit den Lebensaltern genauer durch. Wie sich die intuitiv-dämonische Geisteshaltung des Kindes in der primitiven Kultur darstellt, ebenso hat die idealische Haltung des Jünglingsalters in den Blütezeiten der Kulturen ihr Gegenbild usw.

Zu dieser durchgeführten Analogisierung der geschichtlichen Entwicklung mit der biologischen kommen 2 weitere methodische Prinzipien. Zunächst die Auffassung, daß alle Kulturäußerungen unter einander in einem Verhältnis der Wechselwirkung stehen, wie die Organe in einem Organismus. Der Gedanke der Korrelation, der in der vergleichenden Anatomie seit Cuvier eine so große Rolle spielt, wird hier in die Kulturwissenschaft übertragen. Dies führt zu dem andern Prinzip, von dem die kulturmorphologische Betrachtung ausgeht: die Mannigfaltigkeit der Kulturäußerungen als Äußerungen einer einheitlichen Kulturseele aufzufassen. Wie die Wechselwirkung der Organe in der Einheit des Organismus begründet ist, so ist die Einheit einer Kultur, die wechselseitige Beeinflussung der einzelnen Kulturgebiete und -formen und ihre Durchdringung mit dem selben Geist begründet in der alle kulturellen Akte tragenden und aus sich heraussetzenden Kulturseele.

Diese Gedanken, die bei Frobenius schon alle vorhanden sind, hat Spengler weiter ausgeführt, wobei sie denn doch eine andere methodische Bedeutung erhielten als sie in dem Schaffen des großen Ethnologen hatten. Denn bei diesem waren sie doch niemals mehr als ein oft recht brauchbares Werkzeug, um sich die Gegebenheiten einer kulturell viel reichern und mannigfaltigern Welt als man früher annahm verständlich zu machen. So gern man sich Frobenius' Intuitionen überläßt, die, um mit Kant zu sprechen, nicht immer in dem »fruchtbaren Bathos der Erfahrung« begründet sind, so ist doch bei ihm die Methode immer dem Gegenstand und seiner Erkenntnis untergeordnet. Bei Spengler jedoch wird die kulturmorphologische Methode zu einer Geschichtsphilosophie, mit dem Anspruch ein adäquates Bild der geschichtlichen Wirklichkeit zu geben. Daher kommt es, daß bei Frobenius der Reichtum einer großen und weit ausgebreiteten Erfahrung die Methode

in ihrem Eigenwillen zügelt, während bei Spengler ein Schema geschaffen wird, das mit dem wirklichen Verlauf der Geschichte ungefähr so übereinstimmt wie eine Totenmaske mit dem lebensvollen Antlitz.

Welcher wissenschaftliche Wert kommt der Kulturmorphologie zu?

Es ist leicht dieser Methode, besonders in der Zuspitzung, die sie bei Spengler erfahren hat, schwere Widersprüche gegen eine Unzahl historischer Tatsachen nachzuweisen. Nicht die Unkenntnis einzelner Fakten soll gerügt werden. Aber es dürfen doch nicht die Grundlinien und die Prinzipien einer Lehre auf Schritt und Tritt mit der historischen Empirie kollidieren. Die Kulturen sind keine abgeschlossenen, für sich existierenden Individuen. Sie beeinflussen sich und entlehnen Kulturgüter von einander. Das ließe sich tausendfältig nachweisen. Das germanische Königtum der Völkerwanderungszeit hat sich in Anlehnung an das römische Imperium gebildet; die Mathematik der Neuzeit, zum Beispiel die analytische Geometrie, baut auf der euklidischen auf, und die Nachwirkungen der antiken Kunst gehen durch das ganze Mittelalter hindurch. Das sind beliebige Beispiele. Aber diese ganze Lehre von der Individualität der Kulturen kommt von der so schnell veraltenden Modesucht her große historische "Typen" entdecken zu wollen. Da haben wir den "gotischen" Menschen. Flugs kommt einer mit dem Barockmenschen usw. Und so spricht uns Spengler von dem apollinischen und dem faustischen Menschen, und diese "Apollinischen" und "Faustischen" werden dann plötzlich ebenso zahlreich wie die "Mentalität", die "Einstellung" und ähnliche "bedeutsame" Dinge, die in allerhand anderen "verankert" werden. Aber die Geschichte weiß von all diesen Menschen rein gar nichts; denn sie sind Schemen, und die Geschichte ist Leben und Bewegungen einer unendlichen Mannigfaltigkeit konkreter Einzelgestalten. Wir wissen heute genau, daß das, was man den klassischen oder apollinischen Menschen nennt, nicht auf die antike Kultur beschränkt ist, sondern daß diese Ausformung des Menschentums auch im 11. und 12. Jahrhundert vorkam. Klassische Harmonie gab es im Mittelalter so gut wie in der Antike, und faustischen Drang finden wir in der Antike ebenso wie im Mittelalter, und beide finden wir in allen Rassen. Die geschichtliche Wirklichkeit ist immer viel zu reich, als daß sie durch derartige vereinfachende Formeln gefaßt werden könnte. Sowenig man 3 Jahrtausende ägyptischer Kultur auf eine Formel bringen kann, so wenig geht das mit der europäischen Kultur seit 1000 Jahren. Die Kulturen als Individuen aufzufassen wird also durch die historische Empirie nicht im mindesten gerechtfertigt. Dem Spenglerschen Versuch widerspricht nämlich grundsätzlich ein Prinzip des historischen Denkens: die Kontinuität. Nach dem Kontinuitätsprinzip, das auch Spengler kennt, ist es unmöglich die Kulturen als beziehungslose Einheiten neben einander zu stellen. Es ist auch wenig fruchtbar die Entwicklungsstufen einer Kultur nach Analogie der Lebensphasen zu denken. Diese Parallelisierung und gar noch die mit den Jahreszeiten bei Spengler erklärt gar nichts. Frobenius versucht wenigstens einen Zusammenhang herzustellen, indem er die für die einzelnen Lebensstufen charakteristischen Denk- und Fühlweisen in den Kulturstufen wiederzufinden glaubt. Aber da ergibt sich doch eine Schwierigkeit. Man sollte annehmen, daß auf den Stufen juveniler Kultur junge Menschen die Führung hätten, denn ihre Jugendlichkeit entspräche doch am meisten der Kulturlage; und in einer senilen Kultur, wie der unsrigen, müßten Greise die Wort-

führer des Zeitgeistes sein. Tatsächlich ist es aber eher umgekehrt. Die hohe Verehrung, die das Alter in den sogenannten Frühzeiten genießt, weil ihm die Führung im staatlichen, religiösen und privaten Leben zukommt, hat ihr Gegenstück in unserer Zeit, wo gerade die Jugend tonangebend ist. Nun kann man, und in einem gewissen tiefern (der Methode Spenglers aber fernliegenden) Sinn, behaupten oder annehmen, die Greise der Frühzeiten, der alte Nestor oder Priamos oder die Patriarchen der israelitischen Urgeschichte, hätten jung empfunden, während unsere Zwanzigjährigen bedenkliche Alterssymptome zeigen. Aber ganz abgesehen davon, daß die Rolle, die die verschiedenen Altersstufen im kulturellen Leben spielen, nicht immer die selbe ist, läßt sich doch als schwerwiegenden Einwand geltend machen, daß man die biologischen Kategorien der Lebensalter nicht auf die Kulturentwicklung übertragen kann. Dort sind es ganz bestimmte, anatomisch und physiologisch zu fassende Eigenschaften, hier Geisteslagen und Ideen. Nur durch eine ganz äußerliche Analogisierung kann man in der Kulturentwicklung Altersstufen erkennen. Wenn wir selbst die Tatsache, daß es den Geschichtskonstrukteuren jener Art auch hier nicht so genau auf die historische Wirklichkeit ankommt (denn was war dekadenter, müder und greisenhafter als die Zeit um 1000 oder das 15. Jahrhundert, wie uns J. Huizinga kürzlich in seinem wunderschönen Buch *Der Herbst des Mittelalters* gezeigt hat?), diese Unstimmigkeiten gegen die eigene Theorie ganz beiseite lassen, kann der Kulturmorphologe seine Analogisierung nur durchführen, wenn er Geisteslagen und Ideen dem Psychischen gleichsetzt. Psychisches, seelisches Leben, mag an eine physische Grundlage gebunden sein, da mag man auch von Altern sprechen. (Übrigens braucht man auch dieses scheinbar so Selbstverständliche nicht zuzugeben, und es wird vielleicht bald die Zeit kommen, wo man sich von dem Aberglauben der Lebensstufen befreit und zu dem Glauben an das schaffende Leben vordringt.) Etwas von dem Psychischen aber sui generis Verschiedenes ist eine kulturelle Situation, zum Beispiel Totemismus, Aufklärung, Sozialismus, imperialistische Weltpolitik, Romantik. Eine Kultur oder eine einzelne Kulturstufe ist ein Inbegriff von Ideen und Wertsetzungen, die sich in allem Handeln und Schaffen, Denken und Fühlen auswirken. Diese Ideen und Wertsetzungen müssen zwar von Individuen gedacht und gewollt werden, wenn sie historische Wirklichkeit erhalten sollen. Aber wie diese Individuen jeder Altersstufe angehören, und so die allgemeine Herrschaft einer Kultursituation zu einem historischen Faktum wird, so ist es andererseits auch völlig abwegig diese kulturgestaltenden Ideen jung oder alt nennen zu wollen, mindestens wenn man diese Worte in ihrer konventionellen Bedeutung nimmt. Abgesehen also davon, daß wir in jeder Kultursituation einzelne oder ganze Bewegungen finden, die einer andern "Altersstufe" angehören, ist mit dieser Analogisierung mit den Lebensaltern gar nichts zum Verständnis der einzelnen Kulturlage und der ganzen Kulturentwicklung gewonnen, und man sollte diese Mode von gestern ablegen.

Die Auffassung, die Kulturen seien selbständige Organismen, ist eine mißbräuchliche Anwendung des Organismusbegriffs. Organismus ist eine ganz bestimmte Struktur; es gibt daneben noch andere Strukturen, die man aber nicht nach dem Organismus als Vorbild denken darf. Wir wissen heute genau, daß es ein Fehler war die sozialen Gebilde als Organismen deuten zu wollen, wie es Schäffle tat; ebenso wie die organologische Geschichtsauffassung der spätern Romantik den wahren Sachverhalt nicht sah. Merk-

würdig, wie schematisch-mechanisch doch diese Organologen sind, wie bequem sie alles unter den Hut eines Begriffs bringen wollen, um so der lebendigen Vorstellung der Dinge entraten zu können. Weder ein soziales Gebilde noch die Individualseele, weder ein Kunstwerk noch ein Rechtssystem beispielsweise sind "Organismen", sondern jedem liegt eine ganz besondere Struktur zugrunde. Die Kulturmorphologie, indem sie die Kulturen als Organismen denkt und so bürgerlich vergnügt und unbedenklich mit den geläufigen biologischen Ausdrücken, wie Altersstufen usw., hantiert, verfehlt das Verständnis des Phänomens Kultur. Die Kultur ist ein System von Wertsetzungen. So viel läßt sich von ihr sagen, gewissermaßen in phänomenologischer Deskription vor jeder Theorie. Wir haben damit einen sichern Ausgangspunkt, dem gegenüber die Kulturmorphologie als eine außerordentlich dogmatische Theorie erscheint, die außerdem noch nicht einmal mit den historischen Tatsachen fertig wird. Die Kulturmorphologie hatte das Verhältnis der Kultur zu dem Menschen als ein über ihm waltendes Fatum aufgefaßt, dem Völker und Menschen unterworfen sind. Es ließe sich leicht zeigen, daß auch hier die Prinzipien einer andern Wissenschaft hereinspielen, der Soziologie, die der Kulturmorphologie das Konzept verdarben. In soziologischer Betrachtung ist es so, daß der einzelne von dem Geist der Gruppe, der er angehört, durchlebt wird. Aber die Kulturwissenschaft hat es mit einem ganz andern Verhältnis zu tun als dem zwischen Individuum und Gruppe, nämlich dem zwischen Kultur und werteschaftender Persönlichkeit.

Und dies ist das Wesentliche. Die wertesetzende Persönlichkeit hängt von einem gegebenen Kulturzustand ab, den sie anerkennt oder ablehnt, der jedenfalls die Grundlage ihrer Stellungnahme ist. Die weitere Entwicklung der Kultur ist in die Hand der an ihr teilnehmenden freibewußten und werteschaftenden Persönlichkeiten gegeben. Gewiß, es gibt auch eine innere Logik der kulturellen Entwicklung, einen immanenten sinnvollen Zusammenhang. Aber dieser Zusammenhang des historischen Geschehens ist nicht so einschienig wie das Naturgeschehen, speziell bei physikalischen und chemischen Vorgängen zu sein scheint (ja, auch nur scheint). Wohin der Schöpfergeist die kulturelle Entwicklung steuert, ist nicht von vornherein festgelegt sondern hängt von inneren Notwendigkeiten ab, die sich vor dem Forum verantwortungsbewußter Tatbereitschaft ausweisen müssen. Die Art der kulturellen Entwicklung hängt von 2 Instanzen ab: von der immanenten Logik des Geschehens und von der freien werteschaftenden Tätigkeit. Vielleicht sind diese beiden Instanzen in vertiefter Betrachtung, die das Gebot der nicht seienden, aber sein sollenden Dinge kennt, mit einander identisch. Jedenfalls ist die Kultur eine eigene Sphäre, nicht naturalistisch aufzufassen.

Diese Ablehnung wesentlicher Bestandteile der kulturmorphologischen Methode schließt aber nicht aus den Fortschritt anzuerkennen, den diese gegenüber älteren Betrachtungsweisen gebracht hat. Nur daß eben diese positive Bedeutung in andere begriffliche Zusammenhänge eingeordnet werden muß. Den Fortschritt kann man in jenen Gedanken sehen, die, von Frobenius unter dem Namen Kulturkreislehre formuliert, sich in der Ethnologie als äußerst fruchtbar erwiesen haben und heute von vielen Ethnologen, wie Ankermann, Gräbner, P. Schmidt und anderen, vertreten werden. Gegenüber der ältern Betrachtungsweise, die eine einreihige Entwicklung vom Steinzeitmenschen bis zum modernen Europäer annahm und in diese Entwicklungs-

linie alle jetzt noch vorhandenen Kulturformen als Stufen einordnete, sieht die Kulturkreislehre ganz verschiedene Kulturkreise von verschiedener geistiger Haltung, die in sich ihre Entwicklung durchmachen. Das berührt sich gewiß weitgehend mit den oben dargestellten und kritisierten Lehren der Kulturmorphologie, hält sich aber doch von deren Schematisierungen fern. Die Kulturkreislehre ist die Anwendung einer Betrachtungsweise auf ethnologische Fragen, die im Gebiet der Geschichtswissenschaft seit Herder und der Romantik anerkannt ist. Die Kulturmorphologie, von der vor einigen Jahren alle Welt sprach, ist ein Naturalismus, dem man in die Geschichtswissenschaft einzudringen verstattet hatte, der aber aus ihr heute wieder verschwindet: ein Abgang, der sich ebenso unbeachtet und geräuschlos vollzieht, wie der Einzug sensationell und lärmend war.

WALTER LESSMANN · MENSCHENWOHNEN



UFSTREBENDE Steinschächte,
 Farblos, lichtfremd,
 Grau, kalkzermürbt,
 Hof engumpressend, dumpftief,
 Aufgetürmt von Menschenhand

In keuchender Fron:
 Hinterhaushof.

Fetzen Blauhimmel
 Hoch über schmucklosem Dachfirst.

Stickluft lichtwürgend,
 Hofplatz von hartem Stein,
 Umgürtender Steifflächensturz;
 Erdrücktes Leben
 Aus blinden Fensterlöchern
 Sich anglotzend
 In hockendem Elend.

Sonne trifft oben
 Nur Daches graue Fläche,
 Schornsteins schwarzes Hochgerecke,
 Rauchumschwelt.

Menschen tief unten,
 Ungeziefer, Dünste,
 Kriechende Seuchen,
 Blumensterben
 Auf den Fensterbrettern.

Wohnstätten der Menschen,
 Der schwer fronenden armen Menschen.
 Mißhandelte,
 Wund, krank
 An Körper, Seele, Geist.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Hans Simons

Preuß †

Am 9. Oktober 1925 starb Hugo Preuß in Berlin. Er war am 28. Oktober 1860 in Berlin geboren. Im Jahr 1889 habilitierte er sich dort an der Universität. Ähnlich wie Leo Arons blieb ihm die akademische Laufbahn, obwohl seine wissenschaftlichen Verdienste unbestritten sind, wegen seiner politischen Anschauungen verschlossen. Erst 1906 wurde er Professor an der Handelshochschule, eine Stellung, die seinem Wunsch eine Schule zu bilden und Nachwuchs heranzuziehen nicht genügen konnte. Seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen begann er mit einer Schrift über Gemeinde, Staat und Reich als Gebietskörperschaften (1889/); in ihr setzt er sich besonders mit dem Problem des Bundesrats auseinander. Durch seine Haltung noch mehr als durch sein wissenschaftliches Spezialgebiet wurde er für praktisch-politische Betätigung in die Selbstverwaltung gedrängt, da ihm keine Partei einen sichern Platz für Parlamentswahlen einräumte. Er hat jahrelang als Berliner Stadtverordneter um so fruchtbarer gearbeitet, als sich mit seinem politischen Temperament und seiner persönlichen Unabhängigkeit umfassende historische und juristische Kenntnisse verbanden, die er durch fortwährende Spezialstudien auf dem Gebiet des Kommunalrechts und der Kommunalverwaltung noch vertiefte. Schon während des Krieges hat er für einen Kreis fortschrittlich gesinnter Persönlichkeiten einen Entwurf für weitgehende Verfassungsänderungen ausgearbeitet. Auf diesen Vorarbeiten konnte er später nach seiner Berufung zum Staatssekretär und später Minister des Innern fußen. Seine Stellung zu den Verfassungsproblemen ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist, mit welcher persönlichen Energie er die Wahlen zur Nationalversammlung durchgesetzt und gegenüber großen technischen und stärksten politischen Widerständen an dem frühen Termin des 19. Januar 1919 festgehalten hat. Auch daß die Beratungen in verhältnismäßig so kurzer Zeit zum Ziel geführt haben, ist sein persönliches Verdienst. Das Ergebnis selbst ist zwar unter den einmal gegebenen Verhältnissen in erstaunlich weitem Maß seinem ursprünglichen Entwurf gleich geblieben.

Selten wird es einem Menschen gegönnt sein mit demokratischen Mitteln das Werk seiner persönlichsten Initiative so weit durchzusetzen. Aber in manchen wesentlichen Punkten hat doch auch Preuß den politischen Verhältnissen in Deutschland größere Zugeständnisse machen müssen. Auch er hatte die historische Tragweite der deutschen Revolution anfangs überschätzt. Infolgedessen hat er, auch wenn er an der theoretischen Richtigkeit seiner Ansichten beispielsweise zum Problem Preußen festhielt, praktisch aus den Zeitumständen andere Folgerungen gezogen als sie seinem Verfassungsentwurf entsprochen hätten. Während ihm die Demokratische Partei keinen Sitz im Reichstag einräumte (ein Beispiel politischer Undankbarkeit, das Erwähnung verdient), wurde er durch die Wahlen vom 26. Januar 1919 Mitglied des preußischen Landtags. Er, der für die Aufteilung Preußens eingetreten war, hatte in dieser Stellung äußerlich und vielleicht auch innerlich einen schweren Stand. Aber als leidenschaftlicher Republikaner, der er war, sah er die Rolle Preußens für die Sicherung der deutschen Republik so deutlich, daß er zuletzt sogar zu den Anhängern der einheitlichen preußischen Stimmabgabe im Reichsrat gehörte, die doch dem Grundgedanken der Weimarer Verfassung sicherlich nicht entspricht. Er war eben kein Doktrinär, so wenig, daß er in seiner eigenen Partei und auch sonst in weiten Kreisen wegen seiner selbständigen Ansichten, der Schärfe und Offenheit seines Urteils und der Treffsicherheit seines Witzes nicht beliebt war. Großes Vertrauen hatte er dafür überall da, wo die Notwendigkeit republikanischer Zusammenarbeit erkannt wurde. Seine eigene Arbeit war immer darauf gerichtet der alten Weimarer Koalition wieder den führenden Einfluß im Staat zu verschaffen. Unter diesem Gesichtspunkt wirkte er im Reichsbanner und im Republikanischen Reichsbund mit. Die Erfahrungen, die er vor und in dem Krieg machen mußte, haben ihn die vielen Beweise menschlicher Kleinlichkeit, die ihm in der Republik noch begegnet sind, leichter ertragen lassen: freilich nicht nur mit sicherm sondern auch mit sarkastischem Selbstbewußtsein, das mitunter andere empfindlich treffen konnte. Mit den Ehren, die dem Lebenden vorenthalten blieben, wurde der Tote bestattet.

Deutschland: Das 1. Kabinett Luther, nicht die Koalition der Regierungsparteien, kann sich rühmen sein großes Arbeitsprogramm während seiner Amtszeit einigermaßen durchgeführt zu haben. Das Parlament hat in dieser Zeit zwar viel gearbeitet; aber geleistet hat es wenig und bewirkt fast nichts. Die Republik hat keinen Schaden dadurch genommen, daß der Deutschnationale Schiele sich mit dem Vorbehalt seiner persönlichen Ansicht beamtenkorrekt auf ihren Boden stellen mußte. Im Gegenteil, die bloße Tatsache, daß die unversöhnliche Opposition nicht nur mit den selben Helfern nach den gleichen Methoden sondern meist sogar mit den selben Mitteln und den gleichen Gründen republikanische Politik treiben mußte wie früher ihre Gegner, hat doch einige billige Agitation um ihren Stoff gebracht. Es ist kein Zufall, daß gerade unter der Regierung Luther und unter der Präsidentschaft Hindenburg der Verfassungstag in den meisten Gegenden Deutschlands so allgemein und festlich begangen worden ist wie in keinem früheren Jahr. Was die offizielle Reichsfeier an frostiger Korrektheit zu viel, das hatten die Reichsbannerfeste an volkstümlicher Fröhlichkeit gerade genug. Die Festigung der staatlichen Verhältnisse ist an solchen halbpolitischen Vorgängen besser zu erkennen als an Erscheinungen innerhalb des eigentlichen Apparats, die allzu leicht von der obrigkeitgläubigen Öffentlichkeit überschätzt werden. Selbst die Diskussionen der Verfassungsfrage in Bayern sind mehr Ausdruck bürokratischer Vorsicht als eigentliche politische Strömungen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang nur die Notwendigkeit die Fürstenabfindungen zu regeln. Hier hat die Sozialdemokratie allzu lange eine politisch bedeutende und parteitaktisch dankbare Aufgabe unbehandelt gelassen. Sowenig auch nur theoretisch durch ein deutschnational geführtes Kabinett entgegen allen Prophezeiungen der republikanische Charakter der Verfassung in Frage gestellt werden konnte, so sehr hat sich praktisch während dieses Jahres in ihrer demokratisch-parlamentarischen Auswirkung ein Wandel vollzogen. Die grundsätzliche Absicht besonders des Reichskanzlers ohne alle Ideologie möglichst viele Interessen zu befriedigen oder wenigstens auszugleichen hat den Einfluß der Interessvertretungen weiter gestärkt. Da die Sachverständigenberatung, die nach außen den Vorwand solcher Einflußnahme bil-

det, immer schon vor der Behandlung der Gesetzentwürfe im Parlament stattfindet, da das Parlament auf sein Initiativrecht in der Gesetzgebung ganz verzichtet, und da die Tätigkeit des Reichswirtschaftsrats bisher weder von der Regierung noch vom Reichstag sehr gewünscht, geschweige denn gefördert wird, hat gerade bei der Steuer- und noch mehr bei der Zollgesetzgebung die Volksvertretung eine geradezu dürftige Rolle gespielt. Die einzelnen Positionen waren von der Regierung mit den betreffenden Interessentengruppen bereits vereinbart. Die Regierungskoalition einigte sich mit Rücksicht auf die wirtschaftspolitischen Bindungen der einzelnen Parteien und ließ die Opposition ruhig reden. Es ist nicht Aufgabe der Rundschau, die Ereignisse festhalten soll, Ergebnisse kritisch zu würdigen. Aber gegenüber den unvermeidlichen Verzerrungen des Parteikampfs darf wohl gesagt werden: Über die Unentbehrlichkeit des Zollschatzes für wesentliche Teile der deutschen Wirtschaft hätte sich allgemeine Übereinstimmung erzielen lassen, wie sie über die Notwendigkeit genügender Steuererträge für die Aufrechterhaltung des Staatsapparats und die Stabilhaltung der Währung schon bestand; positive Mitarbeit der Opposition wäre also sehr wohl möglich gewesen. Dabei wäre man denn doch vielleicht der Grundfrage näher gekommen, deren Lösung nicht versucht worden ist: ob sich das deutsche Volk eine Art der Selbstverwaltung, die in Gemeinden, Provinzen, Ländern so viel kostet, die in Kleinstaaterei, Parlamenten, Kabinetten mehr als den doppelten Aufwand der Vorkriegszeit verschlingt, überhaupt noch gestatten kann. Selbst die sorgsamere Verteilung der Lasten zugunsten der Schwächeren würde die Überlastung der deutschen Wirtschaft sowohl im Produzenten wie im Konsumenten durch die Staatskosten nicht verändern. Dabei stehen ja die eigentlichen Reparationsleistungen noch bevor. Die Produktion, auf der einen Seite durch Zollschatz gestärkt, wird auf der andern durch vermehrte Verwaltungskosten geschwächt. Die Regierung und ihre Mehrheit haben beide Methoden mit der gleichen Gründlichkeit angewandt und sich so selbst um ein Resultat gebracht. Die ausschließlich bürokratische Vorbereitung dieser Gesetzgebung, das Tempo ihrer parlamentarischen Durchführung, die übertriebene Folgsamkeit der Regierungsparteien und die Neigung der Volksvertretung sich auf

Kritik zu beschränken haben das große Werk der Zoll- und Steuergesetze so kleinlich verlaufen lassen, daß es der parlamentarischen Demokratie abträglich sein mußte. Dabei erliegt das Parlament der Wiederkäuerei; das zeigt sich am bösesten darin, daß die Etatsbewilligung praktisch aufgehört hat. Es werden Not-etats genehmigt, in denen vieles unangefochten bleibt, was in einer ruhigen und rechtzeitigen Budgetdebatte nicht durchlaufen würde. Die Bureaucratie fühlt sich dadurch einerseits vor Verabschiedung des endgültigen Etats in der Möglichkeit über die Mittel zu verfügen peinlich beschränkt, andererseits aber wirksamer parlamentarischer Kontrolle entzogen, und die gefährliche Kluft zwischen Legislative und Exekutive wächst bedrohlich.

Solche Bedenken können indessen gegen die technische Leistung der Regierung Luther nicht blind machen. Denn tatsächlich sind ihre großen Vorlagen in sehr kurzer Zeit und im wesentlichen nach ihren Plänen angenommen worden. Ein Teil des formulierten Regierungsprogramms war damit durchgeführt. Dazu kommt das Ergebnis der Konferenz von Locarno, das ebenfalls als ein programmatischer Erfolg der deutschen Regierung gewertet wird. Somit war der Abgang für das 1. Kabinett Luther nicht übel.

Deutschland: 'Regierungswechsel Aber das eigentliche Fiasko hat die Regierung durch den Austritt der Deutschen nationalen aus der Koalition erlitten. Der größte Teil der Anstrengungen Luthers persönlich war darauf gerichtet die Deutschen nationalen an der Regierung zu halten, um die Außenpolitik mit ihrer Unterstützung zu führen. Große wirtschaftspolitische Zugeständnisse sind dafür gemacht worden. Die Kündigung des deutsch-spanischen Handelsvertrags war sogar eine dafür in Kauf genommene politische Blamage. Dieser entscheidende Mißerfolg ist dadurch vor der Öffentlichkeit gemindert worden, daß das Kabinett Luther noch nach dem Austritt der Deutschen nationalen im Amt geblieben ist; ein Vorgang, der sich nur daraus erklären läßt, daß der parlamentarischen Regierung in Deutschland immer noch viel von dem obrigkeitlichen Charakter geblieben ist, den die kaiserliche Regierung früher für sich beanspruchte. Es ist schwer zu sagen, ob die innenpolitischen Folgen dieses Verhaltens vorausberechnet waren. Jedenfalls ist dadurch nicht nur die Art der Regierungskrise verschleiert, sondern auch ihre Lösung

verschleppt worden. Denn obwohl die Krise seit der Rückkehr der deutschen Delegation aus Locarno bestand und nach dem 22. Oktober offen ausbrach, ist das Kabinett erst nach der Rückkehr der Delegation aus London am 5. Dezember zurückgetreten. Dazu kam dann noch, daß der Reichspräsident allzu lange persönlich mit den Parteien verhandelt hat. Dadurch gewannen diese erst Zeit sich taktisch festzulegen. Als der Abgeordnete Koch den Auftrag übernahm ein Kabinett der Großen Koalition zu bilden, nachdem Fehrenbach abgelehnt hatte, lagen bereits die Forderungen der Sozialdemokratischen Partei vor; diese Tatsache machte sowohl den anderen Parteien wie der Sozialdemokratie Zugeständnisse besonders schwer. Die Sorge die Verantwortung für die schweren Wintermonate vor den Wählern tragen zu müssen nahm der Sozialdemokratischen Partei allen Drang sich an der Regierung zu beteiligen. Aus dieser Unlust entsprang auch der vorilige Beschluß des Vorstands der Reichstagsfraktion vom 28. Oktober, wonach die Sozialdemokratie nicht daran denken könne gegen die Stimmen der Deutschen nationalen in diesem Reichstag den Vertrag von Locarno anzunehmen und den Ausweg in der Auflösung des Reichstags und Neuwahlen sehe. Daß es schlechterdings unmöglich war nach einer Abstimmung gegen Locarno für Locarno in den Wahlkampf zu ziehen war jedoch klar. Diese Resolution hatte also nicht die gewünschte Wirkung. Denn da die Regierungsunlust sowohl des Zentrums wie der Sozialdemokraten von Anfang an bemerkbar wurde, brauchte die Deutsche Volkspartei nichts mehr zu tun, um etwa ihrerseits die Große Koalition scheitern zu lassen. So trägt die Sozialdemokratie die Verantwortung dafür, daß sie nicht zustande kam. Die Krise, die in keinem Stadium die Leidenschaften besonders erregt hat, wurde ohne Mühe über Weihnachten vertagt. Im neuen Jahr lehnte die Sozialdemokratie gegenüber abermaligen Versuchen des Zentrums und der Demokraten die Große Koalition doch noch zu erreichen die Teilnahme an der Regierung zusammen mit der Deutschen Volkspartei nochmals ab. Nunmehr kam es zu Verhandlungen über eine Koalition der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten, die schließlich zustande kam, nachdem sie durch den Einspruch der Bayerischen Volkspartei gegen eine republikanisch-unitarische Leitung des Reichsinnenmini-

steriums (durch Koch) fast unmöglich geworden war. Der Reichskanzler in Demission und designierte Reichskanzler Luther führte die Verhandlung zur Neubildung der Regierung mit ängstlichem Respekt vor den Fraktionen rechts von den Demokraten. Schließlich holte er sich die unmittelbare Hilfe des Reichspräsidenten, indem er sich von ihm eine feierliche Erklärung erwirkte, unter deren Druck die Demokraten auf die Abwehr der von der Bayerischen Volkspartei vorgebrachten Bedenken verzichteten. So kam das neue Kabinett zustande, das sich folgendermaßen zusammensetzt: Präsidium Luther, Äußeres Stresemann (Deutsche Volkspartei), Inneres Kütz (Deutsche Demokratische Partei), Finanzen Reinhold (Deutsche Demokratische Partei), Wirtschaft Curtius (Deutsche Volkspartei), Arbeit Brauns (Zentrum), Justiz Marx (Zentrum), Wehrmacht Geßler (Deutsche Demokratische Partei), Post Stingl, Verkehr Krohne, Ernährung Haslinder.

Die Antrittserklärung des 2. Kabinetts Luther war farblos genug, um alle Möglichkeiten offen zu lassen. Da aber inzwischen aus außenpolitischen Gründen, deren Charakter in dieser innenpolitischen Rundschau nicht erörtert zu werden braucht, eine mit besonderer Heftigkeit geführte neue Agitation gegen die Locarnopolitik und den Dawesplan begonnen hatte, die die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei zur Stellung eines Mißtrauensvotums verpflichtete, wäre es beinahe zum Sturz des neuen Kabinetts und zur Auflösung des Reichstags gekommen. So sah sich die Sozialdemokratie doch veranlaßt eine wohlwollendere Haltung gegenüber diesem Kabinett einzunehmen als ursprünglich wohl beabsichtigt worden war, so daß sie jetzt eine Regierung durch Duldung stützen muß, an der teilzunehmen sie sich geweigert hatte; wodurch sie sich einen Teil der Verantwortung aufbürdet, ohne aber die Möglichkeit einer direkten Einwirkung zu haben. Luther, der auf einem formellen Vertrauensvotum bestand, erhielt dieses auch am 28. Januar, allerdings nur mit 10 Stimmen Mehrheit. So ist, vorerst wenigstens, eine neue Krise vermieden. Die Frage der Gestaltung der parlamentarischen Koalition, die faktisch regieren soll, ist durch dieses Vertrauensvotum nicht gelöst.

Frankreich: Regierungswechsel
Nachdem sich die Außenpolitik im Lauf der letzten Monate auf das entscheidende Problem des deutsch-französischen

Ausgleichs konzentrieren mußte, beansprucht auch für Deutschland die französische Innenpolitik das größte Interesse. Denn die Fortführung der Politik von Locarno ist mindestens in ihrem Tempo hier wie dort von der Gestaltung der inneren Kräfte abhängig. Außerdem aber zeigt Frankreich in weniger extremen Formen die gleiche Entwicklung wie Deutschland: die Vorarbeit der Linken, die mit Rücksicht auf die Stärke der Rechten wenig praktische Erfolge erzielen kann, und hierauf das Nachdrängen der Rechten, die sich durch Anpassung an das linke Programm nicht nur die Unterstützung der Opposition sondern auch den Erfolg sichert.

Die Schwierigkeiten, denen schon das Kabinett Herriot erlegen ist, haben sich seitdem langsam, aber auch unaufhaltsam, vermehrt. Caillaux' Sanierungsplan scheiterte vor allem an dem ungenügenden und nur provisorischen Ergebnis der Schuldenverhandlungen mit Amerika und an dem völligen Mißerfolg der Goldanleihe, die nur 5 statt der erhofften 45 Milliarden Francs erbrachte. Damit trat die Frage der Vermögensabgabe wieder in den Vordergrund, und auch das Kabinett Painlevé ist darüber gestürzt. Auf dem Parteitag der Radikalen in Nizza kam zwar am 17. Oktober 1925 noch ein mühsamer Kompromiß zustande; der Kongreß sprach sich für die Notwendigkeit aus im Interesse der finanziellen Gesundheit des Landes eine Sonderbesteuerung aller Formen des Vermögens und des Kapitals einzuführen. Caillaux stimmte dieser Formulierung zu, hielt aber seinen Widerstand gegen eine eigentliche Kapitalabgabe aufrecht, auch gegen die Mehrheit im Kabinett, und nötigte so, da er allein nicht zurücktreten wollte, am 27. Oktober das Kabinett zur Demission, ohne daß die Kammer, die noch gar nicht zusammengetreten war, ein Mißtrauensvotum ausgesprochen hätte.

Für die Entwicklung der damit eröffneten Krise war die Haltung der Sozialistischen Partei von entscheidender Bedeutung. Auch für die französischen Sozialisten ist der Gedanke an die kommunistische Agitation ein Argument gegen die Beteiligung an einer Koalitionsregierung. Auch die französischen Sozialisten scheuen sich die Verantwortung für eine Finanz- und Wirtschaftslage mit zu übernehmen, die durch Maßnahmen entgegen ihren programmatischen Forderungen herbeigeführt oder verlängert worden ist. Tatsächlich stützte sich schon das 1. Kabinett Pain-

levé nur auf bürgerliche Gruppen. Die Marokkopolitik zusammen mit Caillaux' Finanzmaßnahmen vergrößerten den Gegensatz zur Regierung. Der Pariser Parteitag bestätigte diese Entwicklung durch eine ausdrückliche Absage an das Linkskartell und Ablehnung der Beteiligung an der Regierung (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung, 1925 Seite 567). Als Painlevé nach seiner Demission erneut mit der Kabinettsbildung betraut wurde, machte er daher zuerst den Versuch sich von der Unterstützung rechter Gruppen zu befreien und durch Heranziehung der Sozialisten wieder eine stabile Mehrheit der Linken zu schaffen. Dieser Versuch scheiterte; der Nationalrat der Sozialistischen Partei beschloß am 3. November mit 1431 gegen 1228 Stimmen dem Kabinett Painlevé das Vertrauen zu verweigern. Dieser Beschluß wurde allerdings nicht durchgeführt, vielmehr der Fraktion die Möglichkeit des eigenen Entschlusses gelassen, so daß Painlevé sein neues Kabinett zunächst halten konnte. Aber für die spätere Krise war damit die Haltung der Sozialisten bestimmt; sie verweigerten auch Briand, als er den Versuch der Großen Koalition machte, die Mitarbeit ohne besondere Sicherungen, und sogar ein neues Kabinett des Linksblocks scheiterte, weil sie sich nicht mehr zur Regierungsbeteiligung sondern nur noch zur Regierungsübernahme bereit erklärten; was praktisch nicht verbindlich war, da für das sozialistische Finanzprogramm keine parlamentarische Mehrheit aufgebracht werden konnte.

Painlevé, der in seinem neuen Kabinett auch die Leitung der Finanzen übernommen hatte, versuchte die nötige Rücksicht auf die Flügelparteien dadurch zu nehmen, daß er in sein Finanzprojekt sowohl eine Kopf- wie eine Vermögenssteuer aufnahm. Durch diesen Kompromiß verdarb er es im Grunde mit beiden, und seine Regierung stand von Anfang an auf schwachen Füßen, obwohl sie sich am 3. November ein genügendes Vertrauensvotum zu verschaffen vermochte. Der Finanzausschuß der Kammer verhielt sich von vornherein ablehnend. Es gelang der Regierung nicht den außenpolitischen Erfolg von Locarno innenpolitisch auszuwerten. Das Interesse des Parlaments und der Öffentlichkeit für diesen entscheidenden Fortschritt, in dessen Folge auch die finanziellen Probleme lösbarer werden mußten, wurde in den langen und verwirrenden Debatten über die Sanierungsprojekte erstickt. Die Zufallsmehrheit

von 3 Stimmen, die am 22. November den Artikel 5 der Finanzvorlage ablehnte, gab doch einer allgemeinen Verstimmung und Unlust Ausdruck, und der wäre das Kabinett ohnehin bald zum Opfer gefallen.

Nun wurde Briand die Kabinettsbildung übertragen. Er lehnte zunächst ab, da es ihm nicht gelang zugleich die Sozialisten und die gemäßigten Republikaner in die Regierungskoalition einzu beziehen. Dann versuchte man es mit dem Vorsitzenden der Finanzkommission des Senats, Paul Doumer. Er machte den Versuch die Regierungsbasis nach rechts zu erweitern; gleichfalls vergeblich. Darauf übernahm Herriot den Auftrag. Er scheiterte, weil die Sozialisten nunmehr, wie erwähnt, nicht mehr nur genügende Berücksichtigung sondern Führung in einer Linksregierung forderten. Schließlich beauftragte der Präsident Doumergue abermals Briand. Dieser konnte wenigstens persönlich das Prestige seiner außenpolitischen Erfolge einsetzen, das die Regierung Painlevé nicht ausgenutzt hatte. Er konnte angesichts der klaren Entscheidung der Sozialisten nunmehr ein Konzentrationskabinett bilden, in dem zu den 3 bisherigen bürgerlichen Parteien die Linksrepublikaner traten. Entsprechend ist auch die personelle Zusammensetzung des Kabinetts nur wenig verändert; Loucheur für die Finanzen und Leygues für die Marine sind die wichtigsten Änderungen. Die Regierung, die am 28. November fertig gebildet war, setzt sich nun folgendermaßen zusammen: Präsidium und Äußeres Briand, Inneres Chautemps, Finanzen Loucheur, Justiz Renault, Armee Painlevé, Marine Leygues, Unterricht Daladier, öffentliche Arbeiten de Monzie, Arbeit Durafour, Landwirtschaft Durand, Handel Daniel-Vincent, Kolonien Perrier, Pensionen Jourdain. Also keine schematische Vertretung der beteiligten Fraktionen nach ihrer Stärke sondern ein mit Anlehnung an die bisherige Regierung und unter Beschränkung auf die Koalitionsparteien gebildetes "Kabinett der Persönlichkeiten". Aber wenn es auch Briands persönlicher Autorität gelang eine vorläufige Lösung der Finanzkrise durch abermalige Erhöhung des Notenumlaufs in Kammer und Senat durchzubringen, das Sanierungsprogramm Loucheurs fand gleichfalls keine Mehrheit, und nach vergeblichen Versuchen mit dem Finanzausschuß der Kammer zu einem Kompromiß zu kommen trat Loucheur am 15. Dezember zurück. Briand kam nun auf

seinen ursprünglichen Plan zurück und übertrug Doumer das Finanzportefeuille. Hatte er sich bei der Kabinettsbildung durch den Widerspruch der Sozialisten und eines Teils der bürgerlichen Linken abhalten lassen, so blieb er diesmal deren Bedenken gegenüber fest. Die Folge war sogleich eine Art Neubildung des Linkskartells, das, allerdings diesmal ohne die radikale Linke, einen Aktionsausschuß einsetzte und die Aufstellung eines gemeinsamen Finanzprogramms beschloß. Bisher ist es Briand gelungen eine neue Krise zu vermeiden; es scheint, als wenn ihm auch die endgültige Verabschiedung eines umfassenden Finanzgesetzes gelingen werde.

Rückschauend muß man als die einzige Ursache all der Krisen des vergangenen Jahres, unter wie verschiedenen Formen sie sich auch geäußert haben, die Finanzlage ansehen. 6 Finanzminister hat Frankreich seit Beginn des Jahres 1925 gehabt, darunter Kapazitäten wie Cail- laux, Painlevé und Loucheur. Alle sind verbraucht. Kein entschiedenes Programm hat die Zustimmung des Parlaments gefunden. Die eigentlichen Träger der Wirtschaftsmacht versagen den Maßnahmen, die die Francstabilisierung, die Sanierung der Staatsfinanzen und dafür in erster Linie die Umwandlung der kurzfristigen Staatsschulden ermöglichen, ihre unentbehrliche Unterstützung. Jeder Verfallstag der Bonds kündigt sich im voraus als politische Krise an, solange es nicht gelungen ist die Rückzahlung anders als durch Notenemission sicherzustellen. Der Grund dafür, daß unverhältnismäßig hohe Staatsschulden kurzfristig gemacht worden sind, war die Hoffnung auf Deutschlands Zahlungen, aus denen diese Schulden getilgt werden könnten. Die Regelung des Reparationsproblems im Dawesplan, die Vorwegnahme der aus ihm möglicherweise erwachsenden Konflikte in den Schiedsverfahren der Locarnoverträge hat endlich feste Faktoren geschaffen, die nunmehr jede französische Regierung in ihr Sanierungsprogramm einstellen kann. Vielleicht verhilft diese Klärung der äußeren Voraussetzungen auch zu unterschiedener Feststellung der inneren. Ganz Frankreich fürchtet, beunruhigt und einsichtiger als Deutschland es seinerzeit tat, die weitere Inflation. Die Haltung der Bank von Frankreich, im Gegensatz zur Rolle der Reichsbank im Ruhrkrieg, beweist das deutlich. Es ist daher durchaus möglich, daß sich auch wirtschaftspolitisch das Programm der Linken doch noch durchsetzt, indem es von einer

mehr rechts gerichteten Regierung durchgeführt wird. Die Wendung in den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die Liquidation des Syrienaufstands und die Zurückhaltung in Marokko sind auf verschiedenen Gebieten Zeichen für die einheitliche Tendenz der französischen Politik. Es ist nicht zu erwarten, daß Briand sein außenpolitisches Programm der europäischen Zusammenarbeit innen- oder wirtschaftspolitisch preisgeben sollte.

Italien

Die Ermordung Matteottis am 10. Juni 1924 hatte alle gegen den Fascismus gerichteten Kräfte zusammengeführt. Es ist schlechterdings erstaunlich, wie er diese Gegnerschaft im Lauf eines Jahres niedergeworfen hat. Zunächst hat zwar Mussolini eingelenkt. Am 2. Juni 1924 bildete er sein neues Ministerium und versprach strenge Maßnahmen. Aber die Organisation der Opposition außerhalb des Parlaments, der sogenannte Aventin, die Haltung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland und besonders die Verwirrung in den eigenen Reihen nötigten den Fascismus bald zur einheitlichen Abwehr, die nach den Grundsätzen dieses in seiner Technik grundsatztreuen Systems rasch in den Angriff übergehen mußte. Die Opposition wurde besonders nachdrücklich, als Mitte Januar Giolitti, Orlando und Salandra in der Wahlrechtsfrage zur Opposition übergingen, allerdings innerhalb der Kammer, deren Verhandlungen die eigentlichen Oppositionsparteien überhaupt fernblieben. Das selbstbewußte Auftreten der Gegner drängte Mussolini auf die Seite der Radikalen innerhalb des Fascismus. Mit der Ernennung ihres Wortführers Farinacci zum Generalsekretär der Partei in der Sitzung des Großen Fascistenrats vom 13. Februar 1925 ist die Periode der äußern Zurückhaltung, nachdem sie schon zwischendurch von allerlei Vorstößen namentlich gegen die oppositionelle Presse unterbrochen war, gänzlich beendet. Abgesehen von dem Mißerfolg bei der geplanten Heeresreform, durch die zugunsten der Nationalen Miliz, also der umgewandelten Kampfbinde, der Mannschaftsstand der Armee verringert werden sollte, und die an dem Widerstand der populären Generale wie Cadorna scheiterte, ist seitdem die Regierung von Erfolg zu Erfolg geschritten. Mussolini hat das Ziel, das er sich von Anfang an gestellt hatte: den Staat zu fascisieren, im Lauf des Jahres 1925 erreicht. Ja, die Durchdringung des gan-

zen nationalen Lebens ist allmählich auch auf die freien Berufe, besonders die Anwaltschaft und die Hochschullehrer, auf sämtliche wirtschaftlichen Organisationen, besonders die Arbeitergewerkschaften, und auf die Presse ausgedehnt worden. Die wichtigste Waffe schaffte sich die fascistische Regierung bereits am 20. Mai mit der Verordnung gegen die Geheimgesellschaften; mit ihr wurde der Kampf gegen die Freimaurer, aber auch gegen alle oppositionellen Organisationen, legalisiert. In rascher Folge wurden weitere Gesetze ausgearbeitet und zum Teil, nachdem die Regierung sich ein überaus weitgehendes Verordnungsrecht hatte geben lassen, in Verordnungen vorweggenommen, die praktisch die Gleichstellung des Fascismus mit Nation und Staat und des Staates mit der Regierung verwirklichten. In diesem Sinn sollte die Reform des Strafgesetzbuchs besondere Strafen für die Opposition gegen Maßnahmen der Regierung schaffen, wodurch sich der Fascismus selbst einen strafrechtlichen Schutz sicherte. Gegen die Oppositionellen, die ausgewandert waren, richtete sich ein Gesetzentwurf, der ihnen die Aberkennung der italienischen Nationalität und die Beschlagnahme ihres Vermögens androhte. Später trat als Teil der noch in Vorbereitung befindlichen, von ständischen Anschauungen ausgehenden Verfassungsreform ein Gesetz über die Vorrechte des Regierungshaupts und Premierministers hinzu, das die diktatorische Stellung Mussolinis, die bisher auf seiner Eigenschaft als Duce des Fascismus beruhte, nunmehr verfassungsmäßig bestätigt. Neben diesen Plänen gingen Taten einher wie der Überfall auf den demokratischen Führer Amendola am 21. Juli und andere Terrorakte, die wieder zu der ersten Periode der "direkten Aktion" zurückführten. Die Gerichte ließen die Täter unter dem offenbaren Druck der fascistischen Organisationen straffrei ausgehen. So verstummte die Opposition mehr und mehr. Im Sommer drang der Fascismus auch in Süditalien und Sizilien siegreich vor. Die Agitation für die Kommunalwahlen in Palermo wurde mit größter Heftigkeit geführt, weil ihr Ergebnis als die Entscheidung in diesem Vordringen betrachtet wurde. Ihre terroristischen Formen veranlaßten Orlando, der dort seinen Wahlkreis hatte, sein Abgeordnetenmandat niederzulegen. Auch diese eindrückliche Demonstration hat den Fascismus nicht gehemmt. Als seine Pläne das Arbeitsrecht neu zu ordnen die

Maximalisten zu dem Versuch veranlaßten die Opposition des Aventins zu verlassen und im Parlament selber gegen diese Absichten aufzutreten, feierte die Regierungspresse mit Recht den Auseinanderfall der Opposition; die fascistischen Abgeordneten aber prügeln die ins Parlament zurückkehrenden Abgeordneten anderer Parteien, vor allem die Kommunisten, zum Haus hinaus. Vollendet wurde der fascistische Sieg, nachdem Anfang November ein angeblich gegen Mussolini geplantes Attentat verraten und von der Polizei mit allem dramatischen Aufwand aufgedeckt worden war. Unter der Behauptung, daß die Fäden eines großen Komplotts sowohl zu den Freimaurern wie zu den Sozialisten führten, wurden die Logen und die sozialistischen Organisationen gewaltsam aufgelöst. Die Vorbereitung dieser Maßnahmen und die Ausnutzung des unter Aufsicht der Polizei entwickelten Attentatsplans für ihre Durchführung ist ein Höhepunkt in der an Regie und Organisationskunststücken reichen fascistischen Praxis. Auch der Kampf gegen die Presse wurde durchgeführt. Der *Mattino* in Neapel wurde durch wirtschaftliche Druckmittel zum Einstellen gezwungen. Der *Stampa* in Turin und schließlich sogar dem *Corriere della Sera* in Mailand wurde eine fascistische Leitung aufgezwungen. Der Vorstand des Presseverbands wurde gewaltsam durch Fascisten ersetzt, die den Anschluß an die fascistischen Gewerkschaften beschlossen. Nach alledem war die Durchbringung der erwähnten Gesetze in der Mitte November wieder eröffneten Kammer nur eine Siegesfeierlichkeit. Es ist hier nicht möglich auf die interessanten Einzelheiten besonders des Gewerkschaftsgesetzes einzugehen, das den fascistischen Organisationen das Monopol der Arbeitervertretung und der Regierung durch die Appellhöfe die endgültige Entscheidung in Arbeitsstreitigkeiten sichert, oder des Gesetzes, wonach bis Ende 1926 Beamte, die politisch nicht auf dem Boden des Fascismus stehen, entlassen werden können; offenbar die Nachahmung eines Vorbilds aus der Vergangenheit der Französischen Republik. Die Einsetzung staatlicher Bürgermeister, also die Durchbrechung der kommunalen Selbstverwaltung, muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden; sie trifft besonders die Sozialisten, die in vielen Gemeinden die Mehrheit hatten. Die Stärke der Gegenkräfte gegen diese in dem neuen Radikalismus auch neu vereinheitlichte Macht läßt sich nicht ab-

schätzen. Das wohl unfreiwillige Verdienst der Aventinopposition ist die scharfe Entwicklung der Gegensätze und die Beschleunigung der Fascisierung Italiens. Was nach dem Zerfall dieser uneinheitlichen Einheitsfront die einzelnen Gegner des Fascismus noch vermögen, hängt von anderen als rein innenpolitischen Faktoren ab; bei den Popolari beispielsweise von der neuerdings etwas gegen den Fascismus gewendeten Haltung der Kurie.

Am gegenwärtigen Erfolg, an der aktuellen Macht des Fascismus ist nicht zu zweifeln. Jetzt kehren auch frühere Gegner, wie die Frontkämpfer, reuig zum Fascismus zurück, dem sich Sallandra und andere schon früher wieder angeschlossen hatten. Die Partei kann sich des Zulaufs neuer Mitglieder kaum erwehren. Das menschliche Schauspiel der Wirkung der Gewalt ist schmerzlich, aber natürlich. Nichts kennzeichnet besser die Entwicklung des Jahres 1925, als daß am 2. Dezember die Anklagekammer des Appellhofs in Rom beschlossen hat im Matteottiprozeß die Anklage nur wegen Totschlags, nicht wegen Mordes zu erheben und die Anklage der der Anstiftung Beschuldigten, die demnach nur auf Freiheitsberaubung lauten könnte, fallen zu lassen. So sind die Opfer des ersten Zorns, Rossi, Marinelli und Filippelli, freigelassen, und die eigentlichen Täter, Dumini und Genossen, sehen einem milden Urteil entgegen.

Informationsmittel

Verdienstvoll und nachahmenswert ist der sozialistische Wegweiser, den Friedrich Weiß der Sozialdemokratie Österreichs im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung unter dem Titel *Politisches Handbuch* aufstellt; er enthält einen Überblick über die politischen Grundfragen, das Ausland, die Organisationen und die Kampfmittel der Partei. Durchaus in gewohnten Gleisen fährt das *Politische Jahrbuch* 1925, das Georg Schreiber herausgegeben hat /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/. Es ist vorbildlich in dem Fleiß, mit dem hier die Abgeordneten der Zentrumsparlei vor ihren Wählern Rechenschaft über die politische Arbeit des Jahres ablegen, und insofern kann seine Nachahmung anderen Parteien besonders empfohlen werden; vor der Nötigung seine Jahresleistung zu schildern würde mancher Volksvertreter heilsame Selbstkritik lernen. In 3. Auflage erscheint die längst gut eingeführte Darstellung der *Reichsverfassung* von Fritz Stier-Somlo /Bonn,

A. Marcus & E. Weber/. Dieser systematische Überblick, neuerdings noch von entbehrlichem Beiwerk entlastet, liest sich ausgezeichnet und wird seinen Platz neben Lehrbüchern und Kommentaren behaupten. Ganz zu schweigen von Tendenzarbeiten wie der Schrift Axel von Freytagh-Loringhovens *Die Weimarer Verfassung in Lehre und Wirklichkeit* /München, J. F. Lehmann/, deren stellenweise durchaus berechtigte Kritik und gelegentlich beachtbare Gedanken durch die Arroganz der politischen Polemik völlig entwertet werden. Mit dem Spezialfall des Artikels 48 der Reichsverfassung beschäftigt sich Richard Grau (*Die Diktatur des Reichspräsidenten und die Landesregierungen* /Berlin, Otto Liebmann/). Seine Schrift gibt eine ausgezeichnete Darstellung, wie weitgehend diese Gewalt vor allem gewohnheitsrechtlich bereits geworden ist, wie gering die rechtlichen Garantien dagegen sind. Neben wertvollen theoretischen Kenntnissen drängt sich daraus die praktische Forderung nach einem Ausführungsgesetz zum Artikel 48 als eine wichtige Aufgabe der neuen Regierung geradezu auf. Angesichts der Schwierigkeiten, die im preussischen Parlament bei der Beratung des Gesetzes über die einheitliche Stimmabgabe im Reichsrat entstanden sind, verdient die Studie des Gesandten der Hansestadt Lübeck in Berlin E. A. Meyer-Luerßen *Die rechtliche Stellung der Bevollmächtigten zum Reichsrat* /Berlin, Carl Heymann/ erneute Beachtung. Da die Arbeiten des Reichsrats, obwohl formell öffentlich, nach der verfassungsrechtlichen und geschäftsordnungsmäßigen Seite auch in politisch interessierten Kreisen weithin unbekannt sind, ist die Klärung eines aktuellen Problems aus diesem Bereich, wie sie in dieser Schrift versucht wird, zu begrüßen.

Totenliste

Am 27. Juli 1925 starb in Berlin der kommunistische Reichstagsabgeordnete *Emil Eichhorn*, im Alter von 62 Jahren. Sein Name ist mit der Geschichte des Novembersturzes verbunden. Er war als Vertrauensmann der Unabhängigen Sozialdemokraten damals Polizeipräsident von Berlin.

Am 1. September starb in Bad Wildungen *Peter Spahn*. Er war am 22. Mai 1846 in Winkel im Rheingau geboren, schlug die Richterlaufbahn ein, die ihn über Kammergericht und Reichsgericht als Oberlandesgerichtspräsidenten nach Kiel und Frankfurt führte. Seit 1895 war er im Präsidium des preussischen Ab-

geordnetenhauses, seit 1912 Vorsitzender der Zentrumsparlei. 1917 wurde er preußischer Justizminister. Von 1919 an war er ununterbrochen Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags. Er stammte noch aus der Windhorstgeneration, eine leise, vornehme Natur, ein Repräsentant früherer Zeit.

Am 7. September starb in Paris *René Viviani*. Er war am 8. November 1863 in Sidi-Bel-Abbés /Algier/ geboren. Als junger Advokat hatte er sich der sozialistischen Bewegung angeschlossen, zu deren Führern er, dank seinem Redetalent, nächst Jaurès, Briand und Millerand, gar bald gehörte. Er war seit 1893 sozialistischer Abgeordneter, nahm dann aber an zahlreichen bürgerlichen Regierungen teil; 1906 bis 1910 als Minister der öffentlichen Arbeiten, von 1913 bis 1914 als Unterrichtsminister, vom Juli 1914 bis zum Oktober 1915 als Ministerpräsident und zugleich bis zum August 1914 als Minister des Äußern, anschließend als Justizminister und zeitweise zugleich als Unterrichtsminister. Da unter ihm der Krieg ausbrach, hat er aktiv wie passiv eine Rolle in den Debatten über die Kriegsschuld gespielt.

Am 29. September starb in Paris *Léon Bourgeois*, fast 75 Jahre alt. Er war Präfekt und radikaler Abgeordneter gewesen, dann seit 1889 wiederholt Minister, von 1902 bis 1904 Kammerpräsident, 1921 Senatspräsident. Er war überzeugter Pazifist und als solcher sowohl während der Friedensverhandlungen in der Völkerbundskommission wie später als Frankreichs Vertreter im Völkerbund tätig; ein besonders eindrucksvolles Beispiel dafür, wie sich die französische Politik im Gegensatz zur deutschen des Pazifismus zu bedienen weiß. Innenpolitisch war Bourgeois in den letzten Jahren einflußlos. 1920 war er Präsident des Völkerbundsrats. Im gleichen Jahr erhielt er den Nobelpreis.

Am 13. Dezember starb *Antonio Maura*, im Alter von 74 Jahren. Er war Rechtsanwalt und, als Führer der Konservativen, 4mal Ministerpräsident Spaniens. Er war der gefürchtete Feind der anarchistischen Bewegung; den Aufstand in Barcelona /1909/ schlug er blutig nieder. Im Jahr 1918 wurde er, nachdem er seit 1909 nicht mehr an der Regierung gewesen war, Präsident eines Konzentrationskabinetts, mit dem er die Erhaltung der spanischen Neutralität bis zuletzt durchsetzte. Seitdem war er noch 2mal Ministerpräsident. Als Anhänger des Parlamentarismus war er entschiedener Gegner Primo de Riveras.

Am 19. Dezember starb in Hameln an der Weser der frühere Chef des Zivilkabinetts des Kaisers *Rudolf von Valentini*, 70 Jahre alt. Er hatte die normale Beamtenlaufbahn absolviert, war bereits 1899 bis 1906 im Geheimen Zivilkabinet, dann von 1908 an 10 Jahre lang Chef. Er war während des Krieges Anhänger Bethmann Hollwegs, hat aber nirgends seinen maßvollen Ansichten besondere Beachtung verschaffen können.

Kurze Chronik Am 2. Oktober 1925 lehnte der preußische Landtag einen von den Deutschnationalen gestellten Mißtrauensantrag gegen Severing mit 220 gegen 151 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab. Damit fand eine neue Periode der Krisenmacherei vorläufig ihren Abschluß. Auch der Versuch den Fall Schillings für politische Pläne in Preußen auszunutzen ist gescheitert. Die preußischen Provinziallandtagswahlen, die am 29. November stattfanden, brachten bei überaus geringer Wahlbeteiligung kein überraschendes Resultat. Angesichts der Aufstellung zahlreicher lokaler Listen und der Betonung lokaler Fragen im Wahlkampf mußte man sich ohnehin hüten aus dem Ergebnis dieser Wahlen allgemeine politische Schlüsse zu ziehen. ◊ Bei den *Berliner Kommunalwahlen* am 25. Oktober erhielten die Sozialdemokraten 74 (früher 46), die Deutschnationalen 47 (42), die Deutsche Volkspartei 13 (35), die Kommunisten 42 (21), die Demokraten 21 (17), die Wirtschaftspartei 9 (12), das Zentrum 8 (8), die Unabhängigen 3, die Völkischen 3, die Deutschsozialen 3 und der Evangelische Gemeinschaftsbund 2 Sitze. ◊ Am 3. Dezember übernahm der bisherige Präsident des spanischen Direktoriums Primo de Rivera den Vorsitz eines "Zivilkabinetts", das vom König auf die Verfassung vereidigt wurde. Das Kabinet besteht aus 4 Generalen und 6 Zivilisten, die sämtlich der äußersten Rechten angehören. Die beedete Verfassung bleibt nach der Erklärung des Ministerpräsidenten zwar unangetastet, aber vorläufig auch unangewendet. Der Versuch in der Union patriótica eine regierungsfähige Partei nach dem Muster der fascistischen Organisation zu schaffen ist noch nicht geglückt, wie überhaupt das Vorbild des Fascismus sehr unvollkommen kopiert wird. Im Gegensatz zu der aus kleinen Zellen sorgsam aufgebauten, von den Verbänden zur Armee, von den Bünden zum Staat fortschreitenden fascistischen Entwicklung ist die Diktatur in Spanien

eine reine Militärdiktatur. Vorläufig fehlt es an neuen Kräften, die nun die Regierung übernehmen könnten. \diamond In Polen trat inmitten einer, durch das Absinken der mühsam errichteten Zloty-Währung gekennzeichneten Finanzkrise das Kabinett Grabski zurück. Skrzynski, bisher Außenminister, bildete nach einem ersten vergeblichen Versuch und nach ergebnislosen Bemühungen des Sejm-marschalls Rataj ein Kabinett der nationalen Einigkeit, dessen bis ganz nach rechts reichende Basis ebenso breit wie darum schwach ist. Aus dem politischen Kampf zwischen Pilsudski und dem bisherigen Kriegsminister Sikorski zog sich der Ministerpräsident heraus, indem er den General Zeligowski, den "Eroberer von Wilna", zum Kriegsminister machte. \diamond Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* ging aus dem Stinnesschen Besitz an ein Konsortium über, an dem der frühere nationalliberale Abgeordnete Weber beteiligt ist. Bald darauf legte der frühere Sozialdemokrat Paul Lensch die Chefredaktion nieder. Seitdem ist eine etwas vorsichtigere Haltung des Blattes, zunächst in außenpolitischen Fragen, festzustellen.

Literatur

In einer neuen Schriftenreihe Die Paulskirche /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/ ist eine Studie *Hugo Preuß* 'Der deutsche Nationalstaat' erschienen. Zusammen mit den anderen kleinen Schriften über die Verfassung zeigt sie in klarer Weise, welche Anschauungen für den Schöpfer der Weimarer Verfassung bei der Konzeption seines Werkes maßgebend waren. In der Kritik an der Bismarckschen Reichsgründung, der Hohenzollernschen Monarchie und dem dynastischen Staat überhaupt spiegelt sich besonders charakteristisch die politische Art Preuß' wider. \diamond In der selben Sammlung veröffentlicht *Wilhelm Bloss* eine Arbeit Der Untergang des Frankfurter Parlaments, in der er die letzten Tagungen der alten Nationalversammlung nach ihrer Übersiedelung nach Stuttgart auf Grund von Studien an Ort und Stelle schildert; er rettet dabei die letzten Männer und Beschlüsse dieses Parlaments vor dem Ruf der Lächerlichkeit, in den die Gegner sie gern versetzen. \diamond Gleichfalls in dieser Reihe schreibt *Wilhelm Erman* Bekanntes oder inzwischen bekannt Gewordenes zur Geschichte von Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot. Er erwähnt nicht die historisch lustige Tatsache, daß Bayern bei der Reichsgründung von 1871 für die Farben des jetzigen Reichs eingetreten ist. \diamond In einer wert-

vollen, von Meinecke und Oncken herausgegebenen Reihe Klassiker der Politik /Berlin, Reimar Hobbing/ erschien, in der Übersetzung Friedrich von Oppeln-Bronikowskis, eine Auswahl aus Schriften *Joseph de Maistres* Betrachtungen über Frankreich, Kampfschriften gegen die französische Revolution, mit einer Einleitung des Auswählers Peter Richard Rhoden, die dem Traditionalismus am Beispiel de Maistres eine schöne Würdigung zuteil werden läßt. \diamond Erwähnt sei aus der selben Reihe der Wiederabdruck der Schrift *Friedrich Christoph Dahlmans* Die Politik, auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt. \diamond Mit Staats- und Verfassungsproblemen beschäftigt sich eine ganze Reihe von Verfassern. *Rudolf Stamm* veröffentlicht eine kleine Schrift Rechts- und Staatstheorien der Neuzeit /Berlin, Walter de Gruyter & Co./, die er mit Recht »Leitsätze zu Vorlesungen« nennt. Sie gibt außerordentlich prägnant die vorhandenen Lehren wieder und verzichtet dabei nicht auf eigene Stellungnahme: ein glänzendes Hilfsmittel zur Information und weiterm Studium aus den Quellen. \diamond Unter dem problematischen Titel Verwirklichung des Geistes im Staat sammelt *Kurt Hiller* Aufsätze aus den letzten Jahren /Leipzig, Ernst Oldenburg/. Sie wären leicht zu kritisieren, da sie mehr durch die Einheit des Temperaments als durch die Widerspruchslosigkeit der entwickelten Ansichten imponieren. Aber die in ihnen auf die Spitze getriebene Intoleranz gegen andere und Nichtachtung der Wirklichkeit machen sie, wie sie selbst beanspruchen, zu einer Angelegenheit des logokratischen Aktivismus, wobei es erlaubt sein muß Logos mit Wort zu übersetzen. Immer aber entspricht der Schärfe und Brillanz des Ausdrucks eine geradezu akrobatische Gelenkigkeit des Geistes, vor der stetigere Naturen verstummen. \diamond Fern aller Geistreichelei, gerecht und abwägend, mit sorgsamer Anwendung des historischen Maßstabs, statt im seligen Genuß des Absoluten, schildert *Hermann Heller* die politischen Ideenkreise der Gegenwart, dem Zweck von Jedomanns Bücherei /Breslau, Ferdinand Hirt/ vortrefflich angepaßt, ohne dem Leser Mitarbeit und Mitdenken zu ersparen. Besonders interessant ist der Versuch einer Verbindung von Demokratie und Diktatur. \diamond Historisch verfolgt das Verfassungsproblem *Adolf Hedler* in seiner Schrift Die deutsche Verfassung im Wandel der Zeiten /Gotha, Leopold Klotz/. Die für Arbeitsgemein-

schaften in Volkshochschulen bestimmte Schrift ist in ihrer sauberen und sorgfältigen Arbeit für ihren Zweck, aber auch für Alleinleser sehr geeignet. Zweifelhaft erscheint nur der Versuch durch Hinweis auf schöne Literatur die Einführung in bestimmte Perioden zu erleichtern, sowohl grundsätzlich in diesem Zusammenhang wie vor allem nach der Art der getroffenen Auswahl. ◊ Mit dem vielbehandelten Artikel 148 der Reichsverfassung beschäftigt sich *Heinrich Pohl* in einem Vortrag Reichsverfassung und Völkerversöhnung /Stuttgart, W. Kohlhammer/, der nicht mit Unrecht gegen die Form und den Inhalt dieses Artikels polemisiert, wenn auch seine Argumente von bedenklichen Grundanschauungen ausgehen, da seine Kritik nicht etwa die Unklarheit und Verschwommenheit dieser Verfassungsbestimmung allein sondern auch ihren richtigen Kern angreift. ◊ Die etwas vorzeitig anmutenden Briefe *Paul Rohrbachs* über Demokratie und Pazifismus /Dresden, Kultur- und Wirtschaftsverlag/ vermehren eine im Erscheinen bereits veraltete Broschürenliteratur. ◊ Die Aktivität des Katholizismus, die nicht etwa nur durch die wichtige politische Rolle des Zentrums hervorgerufen wird sondern mit ihr zusammen Erscheinung einer durchgängigen Erstarkung der katholischen Kräfte ist, zeigt sich auch in der reichen Literatur zur katholischen Politik und Staatsauffassung. Eine Zusammenstellung bietet *Johann Peter Steffes*, der in den Schriften zur deutschen Politik /Freiburg, Herder & Co./ die Staatsauffassung der Moderne schildert, freilich weder bei der Besprechung der Lehre großer Staatsdenker noch bei der Schilderung der katholischen Auffassung etwas Neues sagt. ◊ Auch *Josef Rüther* schildert den katholischen Staatsgedanken /Berlin, Verlag der Germania/, indem er aus den Lehren des Thomas von Aquino und den autoritativen Äußerungen der Päpste den demokratischen Staat rechtfertigt. Auch für den Nichtkatholiken ist die Schrift, zumal sie einen sehr sorgfältigen Quellennachweis und ein großes Schlagwortregister gibt, gut benutzbar und lehrreich. ◊ Auf die Staatslehre Leos XIII beschränkt sich *Peter Tischleher* /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/. Seine umfassende systematische Darstellung gibt ein Bild von der achtunggebietenden geistigen Leistung dieses Papstes, die vom Verfasser aufgezeigt, nicht etwa hineininterpretiert ist und die Kraft eines einheitlichen Glaubens widerspiegelt. ◊

Nicht die Anwendung des Glaubens auf die Politik sondern eine Politik aus dem Glauben, ein Einbeziehen alles Politischen ins Religiöse fordert *Ernst Michel* (Zur Grundlegung einer katholischen Politik /Frankfurt, Carolusdruckerei/). ◊ In die Kämpfe innerhalb der Zentrumspartei führt die Schrift *Adam Röders* Der Weg des Zentrums /Berlin, Verlag der Germania/. Sie zeigt, wie ein Evangelischer von zum Teil nüchternen wirtschaftlichen und von allgemein politischen Erwägungen aus zu den Zielen der Zentrumspartei kommt. ◊ Die Krise kennzeichnet *Heinrich Teipels* Forderung: Wir müssen aus dem Turm heraus! Seine Broschüre ist im Selbstverlag in Berlin erschienen. Ihr Ergebnis ist, daß das Zentrum auf eine eigene Existenz verzichten und sich für die Schaffung des Zweiparteiensystems einsetzen müsse. ◊ Es hat stets etwas Mißliches, wenn Aufsätze und Reden aus den letzten Jahren gesammelt veröffentlicht werden. Diese Zeit ist noch zu nahe, als daß man sie schon mit geschichtlichem Interesse betrachten könnte: was veraltet ist, erscheint nur überholt, noch nicht historisch wichtig. Dieses Bedenken gilt auch für die gesammelten Aufsätze *Anton Erkelenz* (Junge Demokratie /Berlin, F. A. Herbig/). Andererseits enthalten sie so viel Wertvolles, daß man mit dem Verfasser doppelt wünschen muß, er möge zu der ersehnten Muße kommen die politische und soziale Aufgabe der Demokratie in Deutschland noch einmal durcharbeiten. ◊ Ein Kampfmittel von begrenzter Brauchbarkeit ist die Schrift des Senators *Johannes Gerth* Die unmöglichen Hohenzollern /Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft/: als Korrektiv für die immer noch übliche Geschichtsklitterung der Hohenzollernlegenden nützlich, aber durch ihre Aufmachung, nicht nur auf dem Umschlag, in der Wirkung beeinträchtigt; für den Kampf in der Frage der Fürstenabfindung kommt sie aber gerade zur rechten Zeit. ◊ Mit dem letzten Hohenzollern macht uns auf seine Art *Emil Ludwig* bekannt. Seine historische Biographie Wilhelm II /Berlin, Ernst Rowohlt/ ist bereits ein großer Bucherfolg. Auch das unübertreffliche Geschick der Zusammenstellung und der lebendige Stil der Darstellung können nicht damit versöhnen, daß die psychologische Grundlegung der Charakteristik dünn und einseitig, die Durcharbeitung des Materials eilig und unvollkommen, die Nichtberücksichtigung der allgemeinen historischen, wirtschaftspolitischen und sozialen Zusammenhänge ein entscheidender Fehler der

Anlage, und die Loslösung der Person des ehemaligen Kaisers von der Entwicklung des deutschen Bürgertums Ursache mancher Verzeichnung ist. Das Buch ist den »Untertanen« gewidmet; weiter aber ist von ihnen, ohne die der Kaiser als Herrscher und als Charakter unmöglich gewesen wäre, leider nicht die Rede. \diamond Wie dieses Untertanentum zusammenbrach, schildert sympathisch in der Anspruchslosigkeit und typisch im guten Sinn *Adam Remmele*, der badische Minister des Innern, in seinen Erinnerungen Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden /Karlsruhe, G. Braun/. Er setzt der Mitarbeit der Sozialdemokraten an der Erhaltung der Reichseinheit, an der Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Gesundung des Reichs ein schönes Denkmal. \diamond Mit dem Fleiß des Hasses beschreibt *Karel Kramarc*, der Führer der tschechischen Nationaldemokraten, die russische Krisis /München, Duncker & Humblot/. Alfred Schebek hat das große Werk aus dem Tschechischen übertragen. Die Fülle des Materials ist überwältigend; wer nicht genauer Kenner ist, kann nicht wagen es zu kontrollieren, und auch die Kritik wird mehr bei allgemeinen politischen Ansichten als bei Einzelheiten verweilen. \diamond Nur mit den letzten der geschilderten Staatsmänner und Abenteurer kommt *Elias Hurwicz* in die bolschewistische Epoche. Seine Russischen Porträts von Witte bis Trotzki /Leipzig, C. L. Hirschfeld/ liefern einen wertvollen Beitrag zur Kenntnis nicht nur der russischen Geschichte sondern auch der russischen Seele. \diamond Den Fascismus schildert nicht ohne Sympathie *Ludwig Bernhard* in seiner, aus guter Kenntnis des Landes genährten Studie Das System Mussolini /Berlin, August Scherl/. Er beschränkt sich allerdings darauf die Methoden der fascistischen Staatseroberung und Staatsbeherrschung zu schildern, wobei sich interessante Vergleiche mit den Methoden der Bolschewisten ergeben, ohne daß er dem Problem der Diktatur grundsätzlich zu Leibe geht. \diamond Eine wichtige Ergänzung zu dieser Systematisierung fascistischer Praktiken bieten die Gesammelten Reden *Benito Mussolinis*, die Max H. Meyer mit einer kümmerlichen Einleitung von Fred C. Willis herausgegeben hat /Leipzig, K. F. Koehler/. Vom Kampf gegen die Sozialisten und für den Eintritt in den Krieg an bis zu den großen Reden des Ministerpräsidenten in den verschiedenen Krisen seiner Regierung finden sich darin alle wichtigen Kundgebungen Mussolinis.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Internationaler Städtekongreß In der Zeit vom 28. September bis zum 4. Oktober 1925 fand in Paris der 3. internationale Städtekongreß statt, der von der Union internationale des villes et communes organisiert war. Den 1. ihrer Kongresse hatte diese Vereinigung bereits vor dem Krieg, im Jahr 1913, in Gent abgehalten. Der Krieg hatte die internationalen Verbindungen zerrissen. Es bedurfte längerer Arbeit sie wieder zu knüpfen. So konnte denn der 2. Kongreß erst im Jahr 1924, in Amsterdam, tagen. Dieser hatte im besonders die Aufgabe die internationalen Verbindungen wieder anzuknüpfen, die zukünftigen Aufgaben der Vereinigung festzustellen und über die Organisation einer großen internationalen Zusammenkunft der Städte im Jahr 1925 Beschlüsse zu fassen. Der Verwaltungsausschuß der Union entschied sich in einer Sitzung in Basel vom 15. und 16. Dezember 1924 eine Einladung der Stadt Paris anzunehmen und den Kongreß dort abzuhalten. Auf dem Amsterdamer Kongreß waren die deutschen Städte- und Gemeindeverbände zwar nicht offiziell vertreten, doch hatte eine Anzahl Städte, namentlich aus dem Westen Deutschlands, Vertreter dorthin entsandt. Die Aufnahme der Deutschen war, wie man später hörte, sehr liebenswürdig gewesen. Sie waren auf dem Kongreß durchaus gleichberechtigt, und Deutsch war eine der Kongreßsprachen. Von den Leitern der Internationalen Union wurde der größte Wert darauf gelegt die deutschen Städteverbände für die Teilnahme am Kongreß zu gewinnen. Ihr Sekretär, der Brüsseler Senator Vinck, ebenso wie ihr Präsident, der holländische Senator und Schöffe Wibaut, gaben sich die größte Mühe den Anschluß der deutschen Verbände an die Internationale Union rechtzeitig herbeizuführen, um die Teilnahme der Deutschen an dem Pariser Kongreß zu erreichen. Leider waren ihre Bemühungen zum Fehlschlag verurteilt. Die Nichträumung der besetzten Kölner Zone und die dadurch herbeigeführte Verschlechterung der internationalen Beziehungen bewirkten, daß es den Leitern der Verbände, insbesondere denen des Deutschen Städtetags, nicht möglich erschien sich der Internationalen Vereinigung anzuschließen und an dem Kongreß in Paris teilzunehmen. Man scheint in dieser Angelegenheit nicht gerade sehr glücklich operiert zu haben. Es besteht kein Zwei-

fel, daß die führenden Köpfe der Internationalen Union, die zum Teil Sozialisten sind, nach ihren politischen Ansichten durchaus Anhänger internationaler Zusammenarbeit sind und die Gleichberechtigung der Deutschen mit Überzeugung vertreten. Ihre wiederholte Aufforderung zum Anschluß war daher durchaus ernst gemeint und loyal. Darauf kommt es aber entscheidend an. Die Internationale Union ist keineswegs eine Organisation belgischer und französischer Städte, wie man in Deutschland zu glauben scheint, auch wenn ihre Gründer führende Städtepolitiker dieser beiden Völker sind. Sie ist über ihr Gründungsstadium weit hinausgewachsen und umfaßt, wie der Pariser Kongreß zeigte, Städteverbände aus allen Kulturländern der Welt. Die Haltung der Union gegenüber den Deutschen ist immer durchaus tadellos gewesen, wie von keiner Seite bestritten wird. Man fragt sich daher mit Recht: Weshalb haben sich die deutschen Städte- und Gemeindeverbände bisher noch nicht der Union angeschlossen? Mit politischen Gründen läßt sich, wie man sieht, ihre Zurückhaltung nicht begründen. Lassen sich sachliche Gründe dafür anführen? Stehen die deutschen Städte- und Gemeindeverbände auf dem Standpunkt, daß ein internationales Zusammenarbeiten auf dem Gebiet der Kommunalpolitik sachlich nicht möglich und daher eine internationale Union überflüssig ist? Oder sind sie vielleicht der Überzeugung, daß sie von dem Ausland nichts mehr lernen können, und erscheint ihnen auch aus diesem Grund ein Anschluß überflüssig? Man möchte eine solche Auffassung bei den leitenden Männern unserer Städte- und Gemeindeverbände nicht annehmen. Für die internationale Bedeutung einer Studiengemeinschaft auf dem Gebiet der Kommunalpolitik, wie sie die Internationale Union sein will, hat ihr Präsident Wibaut auf dem Pariser Kongreß sehr gute Worte gefunden: »Die Aufgabe unserer internationalen Föderation von Städte- und Gemeindeverbänden besteht also darin ein internationales Informationszentrum zu bilden auf dem ungeheuren Gebiet des kommunalen Lebens in allen Ländern. Nach unserer Ansicht kann keine städtische Verwaltung, die sich nach jeder Richtung hin sichern will, daß die von ihr getroffenen Maßregeln die wirksamsten sind, ohne ein solches Informationszentrum auskommen, wenn sie nicht Zeit und Geld vergeuden will. Der Weg der Information von einer nationalen Or-

ganisation zur andern ist umständlicher und schwerfälliger als der Weg nach einer internationalen Zentrale, die gut eingerichtet ist, und die alle Kräfte der verschiedenen Länder in sich vereint.« Über das Bedürfnis internationaler Information hinaus hat aber, wie Wibaut weiter ausführte, die Entwicklung des kommunalen Lebens die Verwaltungen jeden Augenblick nicht nur vor interkommunale sondern auch vor internationale Probleme gestellt: auf dem Gebiet der öffentlichen Hygiene, des Kampfs gegen die ansteckenden Krankheiten, des Kampfs gegen die Arbeitslosigkeit usw. Ohne Zweifel, so meinte Wibaut, werden natürlich die nationalen Regierungen auf diesen Gebieten sich betätigen. Aber im Grunde müßten die Gemeinden selbst mit der Unterstützung ihrer Regierung die kommunale, interkommunale und internationale Arbeit auf diesen Gebieten leisten. Die Internationale Union ist eine wissenschaftliche Organisation mit den Aufgaben die nationalen Städte- und Gemeindeverbände zu wissenschaftlicher Behandlung kommunaler Probleme zusammenzuführen, die in allen Ländern mit gleicher industrieller und populationistischer Entwicklung in gleicher Weise auftreten, ein informatorisches Zentrum zu bilden, das das Material aus allen Ländern sammelt und den angeschlossenen Verbänden und einzelnen Gemeinden zugänglich macht, um schließlich internationales Zusammenwirken auf dem Gebiet des kommunalen Lebens vorzubereiten. Die Leitungen des Deutschen Städtetags und der anderen Verbände hätten nicht politische Gesichtspunkte in die Teilnahme an einem rein wissenschaftlichen internationalen Unternehmen hineinbringen sollen. Es war höchst bedauerlich, daß ein so wichtiger Kongreß, wie es der der Union war, stattfinden konnte, ohne daß die deutschen Städte anwesend waren, die vor dem Krieg jedenfalls in der ganzen Welt als Pioniere moderner Städteverwaltung galten. Man kann nur den Wunsch aussprechen, daß die Städteverbände ihre Stellung möglichst bald ändern und sich der Union anschließen werden. Für dieses Ziel zu arbeiten ist sicher eine wichtige Aufgabe der Vertreter aller Parteien, die auf dem Boden der internationalen Zusammenarbeit stehen. Der Kongreß wurde mit einer Ansprache des Vorsitzenden der Union Wibaut eröffnet. Ein großer Teil der Verhandlungen war der Frage gewidmet, ob internationales Zusammenarbeiten der Städte und Kommunen möglich und

wünschenswert wäre. Wibaut bejahte diese Frage mit Entschiedenheit und skizzierte dann die Aufgaben der Internationalen Union der Städte. Ihre Tätigkeit berührt sich ohne Zweifel mit der des Völkerbundes. Verhandlungen zwischen den beiden Organisationen sind dem Pariser Kongreß vorausgegangen. Das Sekretariat des Völkerbundes hat infolgedessen einen Bericht über internationales Zusammenarbeiten der Städte und Gemeinden ausgearbeitet, der der 6. Vollversammlung im September 1925 unterbreitet wurde. Nach diesem Bericht gibt es bereits 7 internationale Organisationen, die sich mit kommunalen Problemen beschäftigen. Unter diesen behandelt allein die Internationale Union die kommunalen Fragen im allgemeinen, während die übrigen Organisationen, zum Beispiel die Internationale Föderation für Städtebauwesen und Gartenstädte, die Internationale Vereinigung der Wegekongresse, der Ständige Ausschuß der internationalen Kongresse für die Errichtung billiger Wohnungen, die Internationale Vereinigung für Straßenbahnen usw., spezielle Gebiete pflegen. Zunächst haben sich die Union und der Völkerbund darauf geeinigt, einen Austausch ihrer Veröffentlichungen vorzunehmen. Enger ist die Zusammenarbeit zwischen der Union und dem Internationalen Arbeitsamt. Diese erstreckt sich einmal auf den Austausch von Material und auf die wissenschaftliche Zusammenarbeit selbst. Der Materialaustausch soll sich auf die 5 folgenden Gebiete erstrecken: öffentliche Hygiene, Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis, Berufswahl, Verwendung der Mußezeit der Arbeiter und die Genossenschaft in ihren Beziehungen zum kommunalen Leben. Auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Arbeit selbst kann es sich zunächst nur um Vorarbeiten handeln. Alle internationalen Untersuchungen leiden daran, daß die statistischen Daten so verschieden gewonnen werden und daher unvergleichbar sind. Das Internationale Arbeitsamt hat sich mit dem internationalen Ausgleich der statistischen Methoden auch auf anderen Gebieten bereits beschäftigt. In Vereinbarung mit der Union soll nun das Gebiet der Wohnungsstatistik zunächst in Angriff genommen werden. Das Arbeitsamt hat die einleitenden Arbeiten ausgeführt und einen vorläufigen Bericht über die Methoden der Wohnungsstatistik ausgearbeitet. Damit ist eine tragfähige Grundlage für die Arbeiten der beiden internationalen Organisationen geschaffen worden.

3 wichtige Fragen beschäftigten den Kongreß: 1. Wie sind die Beziehungen zwischen den Kommunen oder den autonomen lokalen Körperschaften auf der einen und der Zentralgewalt auf der andern Seite geregelt? 2. Welches ist die Bodenpolitik der Kommunen und ihr Einfluß auf das Wohnungswesen? 3. Welche Lösungen hat man angenommen oder vorgeschlagen, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die in den großen Agglomerationen daraus entstehen, daß sie in mehrere autonome Verwaltungseinheiten aufgeteilt sind? Die vorbereitenden Berichte bringen sehr interessantes Material aus den verschiedenen Ländern bei. So sei auf den ausführlichen Bericht hingewiesen, den das spanische Ministerium des Innern zu der Frage der kommunalen Autonomie erstattet hat. Wenn der offizielle Kongreßbericht vorliegt, wird man auf dieses Material näher eingehen können. Es sei heute nur noch auf den interessanten Generalbericht über die Bodenpolitik der Gemeinden hingewiesen, den der Stadtrat Drooglever-Fortuijn /Haag/ erstattet hat. Die Mitteilungen über die Verhältnisse in Finnland, wo die großen Kommunen fast ausschließlich Eigentümer des unbebauten Grund und Bodens in ihrem Gebiet sind, verdienen besondere Aufmerksamkeit.

Arbeitslosenversicherung Das Reichsarbeitsministerium hat den Entwurf eines neuen Gesetzes über Arbeitslosenversicherung nun endlich fertiggestellt. Er ist von der Regierung dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat zur Beratung übergeben worden. Hatte sich die letzte Fassung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 mit 45 Paragraphen begnügt, so bringt es der Entwurf glücklich auf nicht weniger als 179. Es scheint mehr und mehr zur Regel zu werden, daß unsere gesetzgebende Bürokratie ihren Mangel an Originalität der Ideen und an Kraft der Gestaltung durch Länge der Gesetze, Regelung bis in die kleinsten Einzelheiten, Zerstörung der Initiative der ausführenden Organe ersetzt. In dieser Rundschau sei nur über die Stellung der Gemeinde im neuen Entwurf berichtet. Die Gemeinde erscheint überhaupt nicht mehr in der Organisation. Hatte die Verordnung von 1924 die Stellung der Gemeinde, die sie seit 1918 in der Erwerbslosenfürsorge hatte, nicht nur beibehalten sondern sogar durch den § 28 beträchtlich gestärkt, so räumt der Entwurf mit der Teil-

nahme der Gemeinden an der Verwaltung vollständig auf. Nur der Arbeitsnachweis, dieses so eigenartig konstruierte Organ der Gemeinde, behält seine Aufgaben bei, verliert aber seine Selbständigkeit in ausgedehntem Maß und wird der Befehlsgewalt der Landeskassen unterworfen. An den Kosten der Arbeitslosenversicherung ist die Gemeinde nur insoweit beteiligt, als sie ein Drittel der Verwaltungskosten des Arbeitsnachweises zu übernehmen hat. Der Grundsatz, daß jemand, der Kosten trägt, auch an der Verwendung der von ihm mit aufzubringenden Mittel beteiligt sein soll, ist also, soweit es sich um die Gemeinde handelt, nicht festgehalten worden. Damit ist nun keineswegs gesagt, daß die Gemeinde überhaupt nichts mehr für die Arbeitslosen zu leisten haben wird. Die Höhe der Unterstützungen, die nach dem Entwurf 40 bis höchstens 65% des Einheitslohnes betragen sollten, werden nicht ausreichen, um die ergänzende Fürsorge der Gemeinde überflüssig zu machen, wenigstens wenn man die Familien und den Haushalt der Arbeitslosen vor schlimmem Verfall bewahren will. Dazu kommen dann ferner die Ausgesteuerten und die noch nicht Bezugsberechtigten, deren Anzahl je nach den wirtschaftlichen Konjunkturen sehr verschieden groß sein wird. Wie die Verhältnisse heute liegen, wird auf lange Jahre hinaus mit einer recht bedeutenden Anzahl Ausgesteuerter zu rechnen sein. Ihre Unterstützung fällt allein der Gemeinde zur Last. Auch soweit die Gemeinden Notstandsarbeiten in Zukunft noch einrichten werden, was im wesentlichen von ihrer Finanzlage abhängt, werden sie noch mit beträchtlichen Aufwendungen für Arbeitslose belastet bleiben. Trotz dem Entwurf werden also die Verbindungen zwischen Gemeinde und Arbeitslosenfürsorge nicht getrennt, sie bleiben in großem Umfang bestehen.

Die vorläufige Begründung zu dem Entwurf bemerkt, daß die Loslösung der Arbeitslosenversicherung von der Gemeinde auch auf anderen Gebieten der sozialen Versicherung gegeben sei, und daß der Zusammenhang der Arbeitslosenversicherung mit der öffentlichen Fürsorge nicht enger sei als der Zusammenhang, in dem die Krankenversicherung mit der Fürsorge stehe. Man kann sich über diese Auffassung nicht genug verwundern. Gewiß, man kann eine Arbeitslosenversicherung so konstruieren, daß sie weder mit Gemeinde noch Staatsverwaltung noch mit öffent-

lichen Aufgaben irgendetwas zu tun hat. Das tut der Entwurf nicht. Denn er hat einen ganzen Abschnitt (§§ 103 und folgende), der »Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit« enthält. Er hält im § 48 an der Verpflichtung der Arbeitslosen zur Arbeitsleistung fest usw. Wenn dem aber so ist, wenn der enge Zusammenhang zwischen Arbeitslosenversicherung und den übrigen Maßregeln der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufrechterhalten werden soll, und wenn man ferner nicht daran denkt die Arbeitslosenversicherung gewerbedifferenziert zu konstruieren, dann begreift man nicht, wie man bei der Durchführung des Gesetzes ohne die Gemeinden auskommen will. Wie soll denn der öffentliche Arbeitsnachweis imstande sein die Pflichtarbeiten auszuwählen, die Fortbildungs- und Umschulungseinrichtungen zu schaffen usw.? Wer soll die produktive Fürsorge übernehmen, wenn nicht die Gemeinde? Gerade die Gemeinden als Träger der Fürsorge haben das allergrößte Interesse an der Gestaltung der Arbeitslosenversicherung und an der Art und Weise, wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit überhaupt organisiert und durchgeführt ist. Den Organen, die der Entwurf an ihre Stelle setzt, vor allem den Landeskassen, fehlen dazu Personen, Mittel, Erfahrungen usw., über die gerade die Gemeinden verfügen. Wie kann man hier auf deren Mitarbeit verzichten?

Totenliste Ende Juli 1925 starb der erste sozialdemokratische Bürgermeister Wiens, *Jakob Reumann*, in seinem 72. Lebensjahr. Reumann war in der Entwicklung der Gewerkschafts- und der politischen sozialdemokratischen Bewegung von Anfang an tätig und gehört mit Viktor Adler zu den Begründern der österreichischen Sozialdemokratie. Im Jahr 1900 wurden er und Schumeier als die beiden ersten Sozialdemokraten in den christlichsozialen Wiener Gemeinderat gewählt. Er vertrat dort die Interessen der Partei mit Energie und Zähigkeit und erwarb sich auch die Achtung seiner Gegner durch die Sachlichkeit seiner Polemik. Als 1918 nach dem Zusammenbruch ein neuer vorläufiger Gemeinderat gewählt wurde, wurde Reumann der Führer der sozialdemokratischen Fraktion, und als die Wahl im Frühjahr 1919 den Sozialdemokraten die Mehrheit im Gemeinderat brachte, der erste sozialdemokratische Bürgermeister Wiens. Als solcher ist er verhältnismäßig wenig her-

vorgetreten. Andere, jüngere Kräfte leisteten die Hauptarbeit. Nach Ablauf seiner 5jährigen Amtszeit, in die die schwerste Zeit des Zusammenbruchs und der Inflation fiel, trat Seitz an seine Stelle. Reumann wurde zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernannt und gehörte dem Gemeinderat als einfaches Mitglied noch weiter an. Gebrechlichkeit ließ ihn immer weniger hervortreten.

Der Bürgermeister des Berliner Bezirksamts Prenzlauer Berg *Paul John* wurde in der Bezirksversammlung am 16. September am Rednerpult von einem Herzschlag getroffen, dem er sofort erlag. Er stand im 57. Lebensjahr. John gehörte der sozialdemokratischen Partei an. Er hat sich besonders auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege verdient gemacht.

Der frühere Berliner Stadtverordnetenvorsteher und Landtagsabgeordnete *Hermann Weyl* ist am 20. November, 59 Jahre alt, einem Herzleiden erlegen. Weyl hatte sich im Jahr 1892 als praktischer Arzt und Spezialarzt für Wasserheilkunde in Berlin niedergelassen. Seit 1902 gehörte er als Sozialdemokrat der Berliner Stadtverordnetenversammlung an. 1919 wurde er Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung Preußens, später Mitglied des preußischen Landtags. Sein Sondergebiet umfaßte die soziale Fürsorge und das Medizinalwesen, in dem er viel gearbeitet hat.

Kurze Chronik Nach § 13 Ziffer 7 des Finanzausgleichsgesetzes vom 15. August 1925 sind die deutschen Länder oder, nach Anordnung des Landesrechts, die Gemeinden verpflichtet *Wertzuwachssteuern* von Grundstücken zu erheben, deren Verkäufer das Eigentum an dem Grundstück in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis zum 31. Dezember 1924 erworben haben. Die Vorschrift über die Bemessung des Erwerbs- und Verkaufspreises ist gegenüber der Fassung der 3. Steuernotverordnung unberührt geblieben. Der preußische Finanzminister und der Minister des Innern haben die Veröffentlichung einer Mustersteuerverordnung vorgesehen. \diamond In England gibt es über 30 *Landesplanungsverbände* (Joint Town Planning Committees). Das von ihnen bearbeitete Gebiet umfaßt etwa ein Achtel der Fläche Englands und ein Drittel seiner Bevölkerung. 427 Lokalbehörden mit rund 14 Millionen Bewohnern sind beteiligt. Der größte Landesplanungsverband ist Manchester mit 96 Lokalbehörden und 2½ Millionen Bevölkerung. \diamond Um Obdachlosen Unterkunft, Verpflegung und

Arbeitsgelegenheit außerhalb Berlins zu verschaffen und dadurch das städtische Obdach zu entlasten, hat die Stadt *Berlin* das Gut Ribbeckshorst erworben. Der Betrieb soll wie bei anderen städtischen Gütern einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung übertragen werden. Die Begründung des Magistrats behauptet, daß eine mit allen neuzeitlichen Mitteln arbeitende Wirtschaftsführung nur in einer solchen Gesellschaft möglich sei. Es würde ihr wohl schwer fallen den Beweis für diese Behauptung zu erbringen. Eine Gewinnerzielung ist nicht beabsichtigt; handelt es sich doch um einen Zuschußbetrieb, da die Bewirtschaftung mit wenigen arbeitsfähigen Obdachlosen erfolgen soll. \diamond Der Bericht der *Kölner Städtischen Trinkerfürsorgestelle* zeigt ein außerordentlich starkes Anwachsen des Alkoholismus. Im Jahr 1924 wurden 330 Fälle neu angemeldet, gegen 178 im Jahr 1923. Da die Mittel beschränkt waren, wurden nur 37 Trinkerheilstättenkuren durchgeführt. Außerdem wurden noch 33 Personen in Arbeitskolonien, 18 in Irrenanstalten und 1 in ein Invalidenheim überführt. Auch die Aufnahme in die Psychiatrische Klinik des Städtischen Krankenhauses Lindenburg zeigt die starke Zunahme des Alkoholismus; war doch im Jahr 1924 die Anzahl der Alkoholfälle 387 bei 1427 Kranken, also 27,2% der Gesamtaufnahme gegen nur 5,75% im Jahr 1919. \diamond Der Stadtrat *Chicagos* beschloß sämtliche Verkehrsanlagen in das Eigentum der Stadt überzuführen, das Verkehrsnetz nach einheitlichen Gesichtspunkten auszubauen und zu betreiben. Es handelt sich um den Erwerb der Straßenbahnen, der Untergrundbahnen, den Ausbau des Verkehrsnetzes innerhalb 5 Jahren um 750 Kilometer Straßenbahngleis und 110 Kilometer Untergrundbahn, die Beschaffung von 500 Straßenbahn- und 240 Untergrundbahnwagen einschließlich der notwendigen Erweiterungen der Wagenhallen und Werkstätten. Der Gesamtaufwand ist auf 720 Millionen Dollars veranschlagt, die durch eine Anleihe aufgebracht werden sollen, die aus den Einnahmen des Betriebs verzinst und getilgt werden muß. \diamond Das preußische Staatsministerium hat die Wahl des frühern Ministerpräsidenten *Paul Hirsch* zum Bürgermeister von Dortmund bestätigt.

Literatur

In seinem Buch *Die Wirtschaftlichkeit kommunaler Betriebe* /Bern, Ernst Bircher/ behandelt *Robert Grimm* nach allgemeinen Ausführungen über Zweck und

Ziel der Gemeindebetriebe, als die er das öffentliche Interesse, das heißt das der Mehrheit der Bevölkerung bezeichnet, Form und Aufgaben, Arbeitsmethoden und Arbeitsbedingungen in 3 kurzen Abschnitten. Er faßt in einem Schlußkapitel die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung wie folgt zusammen: Aus dem Zweck des kommunalen Betriebs folgt das Gebot der wirtschaftlichen Selbsterhaltung. Infolgedessen muß er auch das Gebot der Wirtschaftlichkeit erfüllen, die wesentlich durch Form und Aufgaben der Betriebe und durch die Gestaltung der Arbeitsmethoden und Arbeitsbedingungen bedingt ist. Höchste Wirtschaftlichkeit kann auch bei voller Einordnung kommunaler Betriebe in die Gesamtverwaltung erreicht werden. Die fiskalische Ausnutzung des kommunalen Betriebs ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, nicht des Grundsatzes. ◊ Die von der *Stadtverwaltung Düsseldorf* herausgegebene Schrift *Erwerbslose Großstadtyugend, ein Düsseldorfer Erziehungsversuch an erwerbslosen Jugendlichen*, behandelt ein Kapitel aus der Geschichte des Ruhrkriegs, also der Zeit der schlimmsten Arbeitslosigkeit und Demoralisation. Am leichtesten fällt beiden die Jugend anheim: die Gefahren beider sind für sie am größten. Düsseldorf hat nun im Anschluß an ein pädagogisch außerordentlich interessantes und erfolgreiches Experiment des Rektors Steinmeyer die arbeitslosen Jugendlichen zu beschäftigen und erzieherisch zu beeinflussen gesucht. Steinmeyer hat seit 1913 mit Schülern seiner Volksschule ein großes Schutt- und Müllfeld vor der Stadt in Bearbeitung genommen, die Großstadtwüste in blühendes Gartenland verwandelt, die Abfälle verwertet, einen Schulgarten angelegt und eine Schülerbühne eingerichtet, die sich im Lauf der Jahre in eine große Freilichtbühne auswuchs. Dieses Steinmeyersche Experiment wurde nun auf größerer Basis mit den Scharen der erwerbslosen Jugend fortgesetzt. Über die Erfahrungen und Ergebnisse dieses Versuchs, die Organisation der Arbeit, das Material der Gruppenführer und Jugendlichen berichtet die Schrift höchst anregend und lehrreich. Hier lernen wir eine Einrichtung kennen, die in der Tat auch anderen Großstädten Vorbild sein kann. Das Substrat ihrer Tätigkeit ist überall vorhanden, und der Umstand, daß die Einrichtung mit den geringsten Mitteln arbeiten mußte, machte ihre Ergebnisse auch für andere Kommunen besonders wertvoll.

Gewerkschaftsbewegung / Paul Kampffmeyer

Österreich

Hinter den österreichischen Gewerkschaften stand als treibende Kraft eine politische Partei: die Sozialdemokratie. Mit der Konsolidierung der österreichischen Sozialdemokratie nach dem Hainfelder Parteitag /1888/ wuchsen die österreichischen Gewerkschaften in die Breite und Tiefe. Zur Zeit dieses Parteitags, des großen Wendepunkts in der ganzen Geschichte der österreichischen Arbeiterschaft, zählten die Gewerkschaften Österreichs kaum 15 000 Mitglieder. Die Sozialdemokratie brachte wieder Bewegung in die durch einen leidenschaftlichen Parteistreit auseinandergetriebenen und der Apathie verfallenden Massen. Die Sozialdemokratie gestaltete in Österreich den 1. Mai zu einer gewaltigen Maidemonstration. Die Partei veranlaßte nach dieser großen Kundgebung die Gehilfenausschüsse der Genossenschaften und die freien Gruppenorganisationen der Großindustrie zur Einberufung von Fachtagen, und es fanden sich in der Tat 10 Fachtage zusammen. Nach der fruchtbaren Arbeit der Fachtage schritt man in Wien, in Reichenberg, in Bozen, in Troppau, in Albrechtstorf, Haider, Znaim, in Innsbruck zur Gründung von Gewerkschaften.

Größere Förderung erfuhr die österreichische Gewerkschaftsbewegung durch den Wiener sozialdemokratischen Parteitag vom Jahr 1891. Dieser Parteitag empfahl den Genossen überall in Österreich Gewerkschaftsvereine zu gründen. In weitsichtiger Weise regte die gewerkschaftliche Resolution des Wiener Parteitags bereits den Aufbau der Unterstützungseinrichtungen in den Gewerkschaften, der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung und des Rechtsschutzes, an. Als sozialpolitische Aufgabe wurde den Gewerkschaften die Arbeitsvermittlung zugewiesen. Die Resolution faßte die Organisation aller Angehörigen »eines Industriezweigs, auch der nichtqualifizierten Arbeiter und der Frauen,« ins Auge, sie anerkannte ohne weiteres die materiell bessernde und erzieherische Wirkung der Gewerkschaftsbewegung. Um eine riesengroße Strecke waren die Führer der österreichischen Sozialdemokratie den deutschen sozialdemokratischen Parteihäuptern in der richtigen Bewertung der Gewerkschaftsbewegung voraus, und diese Tatsache hat außerordentlich befruchtend nicht nur auf das Wachstum der Gewerkschaften selbst sondern auf

die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der Partei gewirkt. Wie lähmend legten sich dagegen die Verhandlungen des Kölner Parteitags /1893/ auf die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften!

So klug auch ein so großzügiger Taktiker wie Victor Adler die sozialdemokratische und die gewerkschaftliche Bewegung zu beeinflussen verstand, er konnte dennoch nicht von beiden Bewegungen die zersetzenden Spaltpilze eines nationalen "Separatismus" fernhalten. Das nationale Moment erwies sich in Österreich stärker als das soziale Lohnarbeiter- und Klassenmoment. Und das ist nicht nur für die Geschichte der Arbeiterklasse Österreichs sondern für die der Völker der schwarz-gelben Monarchie von entscheidender Bedeutung gewesen. Am 31. Januar 1897 wurde bereits die Tschechoslowakische Gewerkschaftskommission und damit eine zweite Zentrale der österreichischen Gewerkschaften gegründet. Der Kampf zwischen beiden Gewerkschaftszentralen wurde vielfach mit äußerster Erbitterung geführt, namentlich zur Zeit des internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam /1905/, als dieser sich gegen die Auffassung und Forderungen der Prager Gewerkschaftskommission entschied.

Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftskongresse hat Hans Fehlinger in seiner vortrefflichen Schrift Die österreichische Gewerkschaftsbewegung /Wien, Verlag Arbeit und Wirtschaft/ sehr anschaulich dargestellt. Es sei hier nur noch daran erinnert, daß die Wiederherstellung einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation durch Einbeziehung der selbständigen tschechischen Landesvereine und Verschmelzung der beiden Gewerkschaftskommissionen nicht gelang. Am 6. Oktober 1913 trat dann der letzte gesamtösterreichische Gewerkschaftskongreß zusammen.

Nach dem Krieg ging die Mitgliederzahl der nun auf Deutsch Österreich beschränkten Gewerkschaften sprunghaft in die Höhe: von 295 147 im Jahr 1918 auf 772 146 im Jahr 1919. Im Jahr 1921 umspannten die deutschösterreichischen Gewerkschaften gar 1 079 777 Mitglieder (darunter 24,2% Frauen). Im Jahr 1924 standen 867 640 freigewerkschaftlichen Mitgliedern 80 128 christliche Gewerkschafter, 49 300 neutrale und unpolitische, 47 000 Gewerkschafter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und 39 552 freie Gewerkschafter, die nicht der Gewerkschaftskommission angeschlossen waren, gegenüber.

Die freien Gewerkschaften Deutsch Österreichs treiben ihre Bildungsarbeit vielfach gemeinsam mit der Bildungszentrale der sozialdemokratischen Partei. Es bestehen Arbeiterschulen, Betriebsschulen, Frauenschulen und Jugendschulen. Die Gewerkschaftspresse verfügte im Jahr 1924 über 54 Gewerkschaftsblätter mit 903 250 Exemplaren. In keinem europäischen Kulturland ist die Verbindung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaft so innig wie in Deutsch Österreich. Auf dem Gewerkschaftskongreß /1923/ verlas Anton Hueber den bezeichnenden Satz Victor Adlers: »Die Partei hat in Österreich für die Gewerkschaften so viel getan wie in keinem andern Lande. Sie hat auch von den Gewerkschaften so viel empfangen wie in keinem andern Lande. Partei und Gewerkschaft sind bei uns siamesische Zwillinge; das hat seine Unbequemlichkeiten; aber sie zu trennen wäre eine lebensgefährliche Operation für beide. Diesen Satz möchte ich testamentarisch festlegen.«

Belgien

Bis zum Jahr 1898 waren die belgischen Gewerkschaften noch nicht in einer zentralen Organisation zusammengefaßt. Zwar bestanden schon einige gewerkschaftliche Landesverbände, aber selbst die Gewerkschaften eines Berufs lebten meist noch in völliger organisatorischer Trennung von einander. Am 4. Juli 1898 schuf der Kongreß der belgischen Arbeiterpartei ein festes Band der Gewerkschaften in der Gewerkschaftskommission. 1898 gehörten diesen 13 341 Gewerkschafter und 386 Krankenkassenmitglieder an. Vor dem Ausbruch des Weltkriegs umspannte die Gewerkschaftskommission 129 177 Mitglieder. Nach Beendigung des Krieges ging ihre Mitgliederzahl sprunghaft in die Höhe. Die Gewerkschaftskommission hatte 1919 bereits 629 736 Mitglieder und stieg 1920 auf 718 410; im Jahr 1924 gehörten ihr 577 885 Mitglieder an. Mit der Begründung der Gewerkschaftskommission nahmen zugleich die zentralen gewerkschaftlichen Organisationen schnell zu. Im Jahr 1911 waren 11,57% der Mitglieder der Gewerkschaftskommission in zentralen Organisationen vereinigt, 1924 dagegen 97,29%.

Der Aufgabenkreis der belgischen Gewerkschaftskommission hat sich in der Nachkriegszeit gewaltig erweitert. Er umfaßt heute schon die Fragen der Arbeiterkontrolle, der Sozialisierung usw. Darüber äußert sich C. Mertens, der

Vizevorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in dem Schriftchen Gewerkschaftsbewegung in Belgien, dem 1. Heft der Internationalen Gewerkschaftsbibliothek /Amsterdam, Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes/, wie folgt: »Vor dem Kriege mußten für die Durchsetzung der kleinsten Forderungen wie Lohnaufbesserungen von wenigen Centimes oder eine geringfügige Herabsetzung der Arbeitszeit Kämpfe geführt und alle gewerkschaftlichen Kräfte eingesetzt werden. Heute ist es möglich auch Forderungen von großer und allgemeiner Tragweite in den Mittelpunkt des Gewerkschaftskampfes zu stellen, in der Überzeugung, daß ihre Verwirklichung im Bereich des Möglichen liegt. So hat sich die Gewerkschaftskommission unter anderem mit den Fragen der Sozialisierung und Nationalisierung, dem Mitbestimmungsrecht und der Arbeiterkontrolle beschäftigt. Zum Schluß sei auch an den von der Gewerkschaftskommission errichteten Wirtschaftsrat erinnert, der sich aus Vertretern der angeschlossenen Organisationen und technischen Sachverständigen zusammensetzt.«

Für die belgischen Gewerkschaften ist ihr enger Anschluß an die politische und genossenschaftliche Bewegung charakteristisch. Im Vorstand der Gewerkschaftskommission sitzen 2 Vertreter des Vorstands der belgischen Arbeiterpartei. Die Gewerkschaftskommission aber ist durch 3 Delegierte im Generalrat der Arbeiterpartei vertreten. Der Generalrat und der Ausschuß der Gewerkschaftskommission beraten alle wichtigen, beide Körperschaften interessierenden Fragen in gemeinschaftlichen Sitzungen. Die Gewerkschaftskommission ist durch die Arbeiterpartei mit der sozialistischen Fraktion der Kammer und des Senats verbunden, um am Ausbau der Sozialgesetzgebung nach Möglichkeit mitzuwirken. Die Gewerkschaftskommission bildet mit dem Genossenschaftsbureau eine gemeinschaftliche Kommission von je 5 Mitgliedern zur Schlichtung etwaiger Differenzen zwischen den Gewerkschaften und den Genossenschaften. Die Gewerkschaftskommission ist in der Leitung der Arbeiterbildungszentrale, der Arbeiterhochschule (Hoogere Arbeidschool), der Jugendzentrale und dem Nationalen Frauenkomitee vertreten, sowie in der von den Arbeiterorganisationen gegründeten Bank (Comptoir de dépôts et de prêts) und im Arbeiterverlag L'Eglantine. Die christlichen Gewerkschaften zählten 1922 162 036 Mitglieder.

England

In England ist die Gewerkschaftsbewegung von vornherein viel materieller, ökonomischer eingestellt als auf dem europäischen Kontinent. Und doch entbehrt auch sie nicht der Einwirkung sozialer und politischer Ideenströmungen. In ihrer gut unterrichtenden Arbeit Die englische Gewerkschaftsbewegung in der Kriegs- und Nachkriegszeit /Zürich, A. Rudolf/ weist Lore Bodmer auf folgende politische und soziale Einflüsse in der englischen Gewerkschaftsbewegung hin: auf die Agitation der Chartisten, der Positivisten unter Harrison, der christlichen Sozialisten, der Owenisten, der Fabier, der Independent Labour Party. Einen ausgesprochen sozialistischen Charakter nahm die Gewerkschaftsbewegung erst im Krieg an.

Im Jahr 1922 bildeten die Gewerkschaften das Rückgrat der Arbeiterpartei, die sich zum Sozialismus offen bekannte und die Führung der Regierung unter MacDonald übernahm. Die Wendung zum Sozialismus trat in der Arbeiterpartei, dieser politischen Organisation der Gewerkschaften, im Jahr 1917 ein. Im Wiederaufbauprogramm dieser Partei (Labour and the New Social Order, a Report on Reconstruction) heißt es; Krieg war das Zeichen des Zusammenbruchs einer bestimmten industriellen Zivilisation, die der Arbeiter nicht wieder aufbauen will; er hofft, daß das kapitalistisch-individualistische System ein Ende gefunden habe. »Wir, die Arbeiterpartei, ob in Opposition oder zu gegebener Zeit berufen die Regierung zu übernehmen, werden sicherlich nicht zu einem Wiederaufbau die Hand reichen. Eine neue soziale Ordnung muß aufgebaut werden, und zwar auf Grund der Kooperation aller körperlichen und geistigen Arbeit, nicht basiert auf der Ungleichheit des Besitzes sondern auf einer möglichst allgemeinen und gesunden Gleichheit der materiellen Lebensbedingungen jedes Menschen, nicht basiert auf der Unterdrückung von Ländern und Rassen, der Unterdrückung von Klassen und Geschlechtern, sondern auf gleicher Freiheit und allgemeiner Teilnahme an der politischen und ökonomischen Macht, wie es die wahre Demokratie verlangt.« Die Arbeiterpartei legte sich also auf einen Plan des systematischen sozialen und politischen Umbaus fest. Der Krieg revolutionierte die alte soziale, im Kapitalismus befangene Gesinnung der englischen Gewerkschafter. Die Regierung stellte die Gewerkschaften unter staatlichen Zwang und dehnte ihre

Befugnisse über die Industrie und Landwirtschaft aus. Der staatliche Liberalismus wurde durch einen Staatsreglementarismus abgelöst. Die Munitionsbetriebe und mit ihnen ganze Zweige der Industrie, ferner der Getreidebau kamen unter staatliche Kontrolle. Das Streikrecht wurde beseitigt. Gegen die gesetzliche Fesselung der Arbeitsfreiheit lehnte sich die "direkte Aktion" auf. Die "Shop Steward"-Bewegung, die Betriebsratsbewegung, griff um sich. Die Wünsche und Forderungen der aufbegehrenden Arbeiterschaft, deren Gewerkschaften gesetzlich geknebelt waren, wurden nun von den Vertretern des Betriebs, den Betriebsräten, erhoben. Auf diese Shop Steward-Bewegung wirkte stark die russische Revolution ein. Die Arbeiter des Betriebs wollen die Betriebskontrolle übernehmen. Die Shop Steward-Bewegung »war eine Erscheinung der Kriegskonjunktur, die mit ihr verschwand. Aber die Strömung für Kontrolle der Industrie, obgleich sie jetzt etwas in den Hintergrund getreten, wird einerseits vom Gildensozialismus, andererseits von der regulären Gewerkschaftsbewegung vertreten, und die Tendenz zur Organisation nach Betrieben lebt im industriellen Unionismus weiter.«

Nach dem Krieg schwoll die englische Gewerkschaftsbewegung stark an: von 6 664 000 Mitgliedern im Jahr 1918 auf 8 031 000 im Jahr 1919. Dann begann eine heftige Krisenbewegung in den Gewerkschaften. Ende 1922 standen 3½ Millionen Arbeiter auf einem Lohnstandard unter dem des Jahres 1914. Die Massenarbeitslosigkeit trug wesentlich zur Radikalisierung der englischen Gewerkschaften bei.

Eigenpublikationen

Hans Fehlinger würdigt in einer von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegebenen Schrift die 7. internationale Arbeiterkonferenz in Gent /1925/ als einen sozialpolitischen Fortschritt, der sich in der Gleichbehandlung der Ausländer, in der Betriebsunfallentschädigung und in dem Verbot der Bäckernachtarbeit zeigte. Auf dem Gebiet der Sozialversicherung kamen 2 Übereinkommensentwürfe zustande, die den Anfang internationaler Ausgleichung der Sozialversicherungsgesetzgebung bedeuten. Allgemeinere Beachtung verdient auch das Protokoll der 3. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen

Gewerkschaftsbundes/. Diese Konferenz tagte am 6. und 7. August 1925 in Hamburg. Sie brachte ein interessantes Referat Ernst Niekisch' über Jugend und Beruf. Über das Thema Gewerkschaften und Berufsschule sprach Paul Koske /Berlin/. Die Konferenz unterstützte den Reichsschulgesetzentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Februar 1925, und sie rief den Jugendgenossen zu: Meidet den Alkohol und bekämpft die Trinksitten!

Heinrich Löffler weist in seiner Broschüre *Rußland im Licht englischer Gewerkschafter* /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ nach, daß diesen Gewerkschaftern weniger an der Erforschung der tatsächlichen Verhältnisse der arbeitenden Klasse Rußlands lag als an der Anknüpfung offizieller Beziehungen mit den bolschewistischen Machthabern (siehe auch den Artikel Quarcks Studienreisen nach Rußland, in den Sozialistischen Monatsheften 1925 Seite 752 und folgende).

Von den *Kalendern* der Gewerkschaften ist der des Deutschen Baugewerksbundes in erster Linie zu nennen. Er zeichnet sich durch eine vorzügliche Einteilung nach Wochen aus, die jedem Benutzer eine übersichtliche Notierung seiner Dispositionen ermöglicht, und ist auch sonst sehr gut redigiert. Ein interessanter Aufsatz Friedrich Huths behandelt die Wiederbelebung keramischer Baukunst. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter nimmt in seinem Notizkalender, in dem Aufsatz H. Löggows Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Alkoholfrage, energisch Stellung gegen den Alkoholmißbrauch.

Totenliste

Am 8. November 1925 starb in Zürich, 83 Jahre alt, *Herman Greulich*, der im Nationalrat der Schweiz eine führende Stellung einnahm. Greulich empfahl bereits 1868 auf dem Nürnberger Kongreß der Deutschen Arbeitervereine die Gründung von Gewerkschaften. In der Schweiz wurde er als sozialdemokratischer Redakteur der wirksamste Förderer der Gewerkschaftsbewegung. Jahrzehntlang betätigte er sich als der erste Arbeitersekretär.

Am 10. Dezember starb *Pablo Iglesias* in Madrid. Dieser Führer des spanischen Sozialismus hat sich auch die größten Verdienste um die Gewerkschaftsbewegung erworben. Er war von Beruf Buchdrucker. Der Gewerkschaftsbund Spaniens ist von ihm gegründet worden.

Kurze Chronik Vom 1. Januar 1926 ab gibt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einen *Jugendführer* heraus, der Mitteilungen für die Leiter der Jugendbewegung enthält. ◊ Der Landesverband der *französischen Lehrer* beschloß am 10. August 1925 in die *Confédération générale du travail* einzutreten. Damit hat die größte Lehrerorganisation Frankreichs bekundet, daß sie in Zukunft nicht mehr Standes- sondern Klasseninteressen zu vertreten gedenkt. ◊ Auf dem 2. internationalen Kongreß des Bundes der *Privatangestellten*, der vom 27. bis zum 30. September in Kopenhagen tagte, waren 42 Organisationen aus 16 Ländern mit 800 000 Mitgliedern vertreten. ◊ Am 25. Oktober hielten die *Negergewerkschaften* der Vereinigten Staaten von Amerika ihren 1. Kongreß in Chicago ab.

Literatur

Das Werk *Siegfried Nestriepkes* Die deutschen Gewerkschaften bis zum Ausbruch des Weltkrieges ist jetzt in 3. Auflage erschienen /Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz/. Historisch ist diese 3. Auflage besonders durch die Darstellung der Arbeiterbewegung des Jahres 1848-1849 bereichert worden. In die Geschichte dieses Jahres strömte das ausgezeichnete Tatsachenmaterial ein, das Max Quarck in seinem vortrefflichen Werk Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848-1849 zusammengetragen hat. Den größten Einfluß auf die Arbeiterbewegung des tollen Jahres hat sicher der Buchdrucker Stephan Born gehabt. Er hat den großen Arbeiterverband Die Arbeiterverbrüderung, ins Leben gerufen, der sich über ganz Deutschland erstreckte und der nationalen Bewegung der deutschen Arbeiterschaft zugleich einen starken Impuls gab. Friedrich Engels hat die Bedeutung Stephan Borns später sehr verkleinert, und Max Quarck vollzog erst an diesem geistvollen Buchdrucker eine förmliche Ehrenrettung: »eine absolut überzeugende Ehrenrettung«, wie Nestriepke mit Recht sagt. <Eine gute Arbeit über Born stammt auch von Wilhelm Friedensburg; Stephan Born und die Organisationsbestrebungen der Berliner Arbeiterschaft bis zum Berliner Arbeiterkongreß August-September 1848 /Leipzig, C. L. Hirschfeld/, die besonders die Beziehungen Borns zu Friedrich Engels erschließt, und durch die die Geschichte der vormärzlichen Arbeiterbewegung wesentlich bereichert wird; siehe hierüber diese Rundschau, 1924 Seite 261

und folgende.> Stephan Born ist auch der Hauptförderer der deutschen Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1848-1849 gewesen. Er stand an der Spitze der Berliner Buchdruckerbewegung, und er gründete im Mai 1848 das Buchdruckerorgan Gutenberg. Die organisierten Buchdrucker Deutschlands schufen auch den Nationalen Buchdruckerverein. Ende August 1848 hielten dann die Zigarrenarbeiter in Berlin einen Kongreß ab und beschlossen dort die Gründung einer besonderen Fachorganisation. Die Zigarrenarbeiter gaben ein eigenes Organ, die *Concordia*, heraus, die Mitte 1850 von der Reaktion unterdrückt wurde. Am 3. September 1849 trat ein 2. Tabakarbeiterkongreß in Leipzig zusammen, auf dem 21 Delegierte aus 77 Orten vertreten waren. Das Buch Nestriepkes wird jeder mit großem Nutzen lesen, der sich für die deutsche Gewerkschaftsbewegung interessiert. ◊ Übersichtlich und geschickt hat *Ludwig Daniel Pest* die Entwicklung, die Zwecke und Ziele der Gewerkschaften und Angestelltenvereine in dem kleinen Werk Die deutschen Gewerkschaften. /Würzburg, Kabitisch & Mönlich/ zusammengedrängt. Er begeht nochmals den historischen Irrtum, daß Schweitzer und Fritzsche im wesentlichen durch Max Hirsch zur Gründung von Gewerkschaften angeregt seien. Fritzsche war alter organisierter Tabakarbeiter, der sich schon längst vor Hirsch in der jungen Gewerkschaftsbewegung betätigt hatte. Im allgemeinen hat sich Pest bemüht die Gewerkschaftsbewegung der verschiedensten Richtungen sachlich darzustellen. ◊ Die vielen Probleme der Arbeitszeit, des Lohnes, des Tarifvertrags, der Zwangsschiedsgerichtsbarkeit usw., die durch die tiefgreifenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen der Jahre 1918 bis 1924 aufgeworfen worden sind, behandelt *Waldemar Zimmermann* lichtvoll in einem Schriftchen Die Arbeiterfrage in Deutschland nach dem Kriege (12. Heft der Schriften der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung /Berlin, Gersbach & Sohn/. Starke Hoffnungen auf die Gesundung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland knüpft Zimmermann an die Verwirklichung einer durchgebildeten Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Die Steine, die auf dem Weg zu diesem Ziel liegen, übersieht wohl auch Zimmermann nicht, denn er weist selbst auf die vielen Rückfälle unseres heutigen Unternehmertums in kurzsichtige Scharfmacherei hin.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Wolfgang Metzger

Dingwelt

Die psychische Dingwelt, von der eine Schrift *Wilhelm Haas* /Bonn, Friedrich Cohen/ handelt, ist die Welt der »Gedanken- und Gefühlsrichtungen und -komplexe der Familie, des sozialen Kreises, der Gegenwart usw.«, in die wir ebenso hineingeboren werden wie in die physische Welt, die also ebenso objektiv, unabhängig davon, ob sie einem Subjekt bewußt wird, existiert. Vorstellungen, Empfindungen, Gedanken (Begriffe), Gefühle oder Affekte und endlich Eindruckswerte sind nicht selbst psychische Dinge (oder gar die einzigen, wie die Assoziationslehre meinte), sondern sie sind Qualitäten, Seiten, Eigenschaften der psychischen Dinge, für die Haas unter anderem an Beispielen anführt: den (bestimmten, hier und dann erlebten) Schmerz über die verächtliche Gesinnung eines Menschen, die spannende Erwartung einer angenehmen Nachricht. Und er zeigt sehr fein, wie eine Trauer als psychisches Ding nicht selbst die Eigenschaft traurig hat, sondern wie sie als solches zum Beispiel großartig, kleinlich, lächerlich, spaßhaft sein kann. Auf die genauere Beschreibung des psychischen Dings, die Theorie seiner Daseinsart, seiner Wahrnehmung und seiner Stellung zum physischen soll jetzt nicht näher eingegangen werden. Das Erscheinen eines weitem Bandes, der sich ganz allgemein mit dieser letzten Frage beschäftigen wird, dürfte dazu Gelegenheit geben. Schon mit dem bloßen Hinweis auf diese wichtige Kategorie und ihr Verhältnis zu dem, was man bisher, in einer sehr schiefen Ausdrucksweise, psychisches Element genannt hat, ist der Psychologie ein Dienst erwiesen. Es sei noch bemerkt, daß auch Haas zu dem Schluß kommt, unser Leib nehme innerhalb des Wahrgenommenen keine Sonderstellung ein; wenn er den Schluß auch nicht funktional zu begründen vermag.

Anscheinend den ersten Versuch einer wirklichen Untersuchung und Begründung des in der Psychoanalyse so wichtigen Symbolbegriffs (dessen Fehlen in dieser Rundschau, 1924 Seite 324 und folgende, noch bemerkt wurde) stellt die Arbeit *Emil Lorenz* Die Psychologie des integralen Denkens /Leipzig, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ dar. Der Begriff des psychischen Integrals, der von Lévy-Bruhlischen Auffassungen herkommt (siehe diese Rundschau, 1924

Seite 328), bleibt zwar reichlich dunkel und durch die Annahme einer psychischen Produktion des sinnvoll Phänomenalen aus biologischen Zweckgründen unbefriedigend. Aber das Wesentliche ist, daß auf Grund dieses ersten Versuchs nun auch, wenigstens von einem Vertreter der Psychoanalyse, erkannt ist: Aller echten Symbolisierung liegt eine Identifizierung zugrunde, ein formales Einssein, womit in die bisherige Rumpelkammer zufälliger Koppelungen endlich Licht kommt. Das spätere Zeichen hatte ursprünglich »vollen realen Sinn und Wert«. »Die Symbolik ist keine bloße Folge der Verdrängung«, wir bedienen uns ihrer, »wenn Regungen in uns nach Ausdruck ringen, für die es innerhalb des Kreises gegenwärtiger kultureller Anpassung keine Ausdrucksform gibt oder geben soll« (was keineswegs mit einer erdachten bildlichen Umschreibung identisch ist). Die Arbeit schließt mit dem Satz: Die Symbolisierung »entspringt Bedingungen von dauernder, allgemeiner menschlicher Wirksamkeit. Wir bedürfen darum nicht des Begriffes der Vererbung, um die Wirksamkeit der Symbole begreiflich zu machen.«

Mit dieser Auffassung, die allerdings noch geklärt und vertieft werden müßte, steht die Kausaltheorie der Psychoanalyse auf einem völlig neuen und anscheinend zukunftsreichern Boden. Wer den Wust ihrer ethnologischen Hypothesen kennt, weiß, welche Revolution dort beginnen muß, wenn die Erkenntnis Lorenz' von den Psychoanalytikern in ihrer vollen Bedeutung erfaßt wird.

Diese Arbeit Lorenz' steht hinter 2 anderen Abhandlungen des selben Autors: Der politische Mythos und Algernon Charles Swinburnes Hertha, in einem Band, der den Titel der erstgenannten trägt /Leipzig, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/. In den beiden Aufsätzen wird das Verhältnis des Volkes zum Herrscher, zum Land und dieser beiden unter einander, an der Hand mythologischer und dichterischer Zeugnisse, in seiner Sinnverwandtschaft zu den Beziehungen der Geschlechter und Altersstufen behandelt und daraus das Irrationale, aus den äußeren Bedrängnissen und praktischen Notwendigkeiten nie Erklärbare von Handlungen, wie sie auch in den zivilisiertesten Ländern, besonders bei Revolutionen, plötzlich auftauchen, zu verstehen gesucht, wobei die nachgerade gewohnten Verirrungen der Psychoanalyse in die willkürlichste Beziehungsschnüffelei sich im großen und ganzen in annehmbaren Grenzen halten.

Psychoanalyse All das Widerspruchsvolle, das Rätselhafte, das bis ins Tiefste Aufgewühlte Dostojewskijs verspricht die psychoanalytische Einsicht *Jolan Neufelds* zu erklären (Dostojewskij, Skizze zu seiner Psychoanalyse /Leipzig, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/): »Es ist ein ewiger Ödipus, der dieses Leben lebte und diese Werke dichtete, ein Mensch, der mit seinem Ödipuskomplex nie endgültig fertig wurde.« Diese These sucht Neufeld durch Zeugnisse zu sichern. Wenn auch vieles einleuchtet, so steht, wie immer in der Psychoanalyse, der Leser doch vor einer Menge von »also« und »Dies beweist« erstaunt und ratlos da. Vor allem aber: Die Rätsel in dem großen Dichter sind damit noch keineswegs gelöst. Vor Jahren erschien in der Imago eine ebenso einleuchtende Abhandlung über Schiller mit genau dem selben Ergebnis. Wie sonderbar ist es nun, daß Schiller keine Dostojewskijschen Romane und Dostojewskij keine Schillerschen Dramen dichtete! Der Psychoanalytiker allerdings weiß Rat: Er wird uns erklären, daß Schiller nicht wie Dostojewskij dem »analerotischen« sondern sonst einem der so sonderbar zentrierten Charaktertypen der Psychoanalyse angehöre. Die Schrift *N. Ossipows* Tolstoj's Kindheitserinnerungen /Leipzig, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ unterscheidet sich von der eben besprochenen durch reiches Zitieren. Sie ist eine vollständige Darstellung der Freudschen Entwicklungslehre von der Zeugung ab am Beispiel Tolstoj's und findet als seinen Hauptcharakterzug den Narzißmus, das heißt die Liebe zu sich selbst als körperlich geistigem Wesen. Nun ja, aber warum schreiben andere Narzißten nicht Tolstoj's Werke?

In einer kleinen Schrift *Zur Geschichte der psychoanalytischen Bewegung* /Leipzig, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ gibt *Sigmund Freud* ein klares Bild des Wachstums seiner Lehre, sowohl der äußern Ausbreitung wie der Entwicklung der Problemstellung und des Übergreifens auf die verschiedensten Gebiete. Es ist verständlich, daß die Darstellung der »Abtrünnigen«, besonders Adlers und Jungs, von seinem Standpunkt her schiefe ausfallen muß, und daß das Positive der Arbeit an Gebieten, die die engere Schule Freuds weniger beachtet, wie die Beobachtungen der Jung'schen Schule an Schizophrenen und die erfolgreiche Beschäftigung der Adlerschen mit Erziehungsfragen, von dem enttäuschten Meister unterschätzt wird.

Psychopathen Als ein Teil des von Gustav Aschaffenburg herausgegebenen Handbuchs der Psychiatrie /Wien, Franz Deuticke/ kann *Kurt Schneiders* Schrift *Die psychopathischen Persönlichkeiten* nicht gut selbst ein neues diskutierbares System bringen: nur äußere Gruppierung der »Bilder«, innerhalb deren die vorhandenen Systemversuche auf die Vollständigkeit und die Angemessenheit ihrer Abgrenzungen hin besprochen werden. Schneider stellt den augenblicklichen Stand der Forschung über die psychopathischen Persönlichkeiten übersichtlich und umfassend dar. Psychopathische Persönlichkeiten sind nach seiner Definition nicht einfach außernormale, auch nicht geisteskrank, sondern »solche abnormen Persönlichkeiten, die an ihrer Abnormalität leiden, oder unter deren Abnormalität die Gesellschaft leidet«, woraus gleich ersichtlich ist, wie unsicher und schwankend die Abgrenzungen, wie willkürlich die Begriffe auf diesem Gebiet noch sind, und wie leicht diese Definitionen im Leben zur Begründung von Übergriffen der gestörten Gesellschaft mißbraucht werden können.

Nach dieser Definition wird man *A. F. Jünemann* /Hannover/ zu den psychopathischen Persönlichkeiten zählen. Er hat im Selbstverlag ein Büchlein erscheinen lassen (Erlösung der Menschheit vom Wahnsinn: Aus dem Tagebuch eines Wahnsinnigen, herausgegeben von seinem Freunde), in dem er in erschütternder Weise seine Erlebnisse während des ersten Schubs einer Schizophrenie beschreibt, mit allen typographischen, sprachlichen und sachlichen Eigentümlichkeiten, dem Fühlen um tiefste Wahrheiten (die freilich dann zu Wortspielen werden und sich mit den schwersten Problemen des Lebens, mit Zitaten und Anspielungen im Wirbel drehen). Und zwar sollen seine Schriften, von denen dies Buch nur ein Teil ist, bezeichnenderweise »das Neueste Testament« sein.

In den Zusammenhang des Kulturellen mit dem psychisch Abnormen sucht *Karl Birnbaum* hineinzuleuchten (Psychopathologische Dokumente, Selbstbekenntnisse und Fremdzeugnisse aus dem seelischen Grenzlande /Berlin, Julius Springer/). Sein Buch ist in der Hauptsache »nur eine Materialsammlung«; doch tritt zuweilen die Ansicht des Verfassers hervor: daß sich bei vielen besonders hervorragenden Menschen psychopathische Zustände zeigen, und sich andererseits die Psychose auch kulturell schöpferisch äußern kann.

Okkultismus Auf psychologische Quellen, Fehlerquellen und Betrugsquellen sucht der Pfarrer *Theodor Devaranne* in seinem lesenswerten Büchlein *Geisterglaube, Spiritismus und 4. Dimension* /Berlin, Huttenverlag/ sämtliche sogenannten okkulten Vorgänge und Erscheinungen zurückzuführen, mit Ausnahme von Fällen des unabsichtlichen Hellsehens, das ja mit sonstiger spiritistischer Beschäftigung nicht zusammenhängt und sich immerhin auf reale Vorfälle bezieht. Er glaubt zeigen zu können, daß sämtliche älteren Physiker und Psychologen, die spiritistisch überzeugt waren, durch später entlarvte Medien gewonnen wurden. Ob man das in Bausch und Bogen sagen kann, bleibe hier ununtersucht. Aber die angeblich Gläubigen des landläufigen Spiritismus werden von Devaranne mit Recht als verkappte Materialisten (also im eigentlichen Sinn Antispirituelle) charakterisiert, als, um mit Kant zu reden, »Unwissende, die gerne in der Metaphysik puschern möchten, sich die Materie so fein, so überfein, daß sie selbst darüber schwindlig werden möchten, denken, und dann glauben auf diese Art sich ein geistiges und doch ausgedehntes Wesen erdacht zu haben«.

In einer Schrift, genannt *Prophezeien und Hellsehen* /Stuttgart, Franckh/, bestätigt *Albert Moll*, der Vorsitzende der Berliner Psychologischen Gesellschaft, durch eine große Zahl von Versuchen in stenographischen Berichten die Ansichten Devarannes. Er fand bei allen den Methoden des Hellsehens (der hypnotischen, dem Tischrücken, Traummalen, bei siderischen Pendeln, eingegebenen Schriftstücken, beim Gedankenlesen, bei der Handschriften- und Sternedeutung) entweder einfache Vermittlung auf dem »ganz gewöhnlichen« (in Wirklichkeit höchst wunderbaren) Weg durch die Sinnesorgane, oder völlige Mehrdeutigkeit der Angaben und einen »solchen Wust von Phantasiebildern, mangelhafter Beobachtung und Schlußfolgerungen, daß wir ruhig erklären können: In exakter Weise ist durch schlüssige Versuche weder ein räumliches noch ein zeitliches Hellsehen bewiesen worden«.

Man darf aber nicht vergessen, daß dadurch nichts gegen die Möglichkeit und das Vorkommen von Vorahnungen, die sich nachher bestätigen, gesagt ist. Das selbe gilt für die Bemerkung Sigmund Freuds in seiner Abhandlung *Traum und Telepathie*, in der Zeitschrift *Imago*, daß ihm in 27jähriger Traumforschung noch kein beweisender Fall eines telepathi-

schen Traums begegnet sei. Hinzukommt, daß dies nicht zu Freuds Theorie paßte. Gerade wer das naturwissenschaftliche Weltbild mit seiner Ablehnung alles sogenannten Übernatürlichen unzureichend und dogmatisch findet, empfindet es um so peinlicher, daß fast alle Schriften über Okkultes, wie die im folgenden erwähnten, sich bei ihrer These, die Existenz okkultur Phänomene (und, ihrer Meinung nach, infolgedessen auch die Richtigkeit und Gültigkeit spiritistischer oder verwandter Lehren) sei exakt bewiesen, fortwährend auch auf solche Fälle berufen, die sich inzwischen als Taschenspielerereien herausgestellt haben. Eine tiefere Erfassung dessen, was man unter Okkultismus versteht, wird dadurch natürlich sehr erschwert, bleibt aber als Aufgabe bestehen. Die Schrift *Josef Peters Der Spiritismus und seine Phänomene* /Leipzig, Oswald Mutze/ trägt zu ihrer Lösung nichts bei. *Georg Lomers Schrift Die Welt der Wahrträume* /Leipzig, Max Altman/, ein naiver, von Freud selbst ausdrücklich abgelehnter Weiterbau gerade des fraglichsten Teils der psychoanalytischen Traumdeutung, ist durch die oben angeführten Worte Molls völlig gekennzeichnet. Das selbe gilt, trotz ihrer Berühmtheit, von *Sir Arthur Conan Doyles Neuer Offenbarung* /Fürth, Hans Krause/. Kühl betrachtend findet man in ihr nur irdische Bilder eines unendlichen Fortlebens, von ebenso irdischen Wünschen geschaffen. Wegen der Art der Beweisführung ist den genannten Schriften das Heft *Ludwig Hoffmanns Die 12 Menschentypen* /Kempten, Gesellschaft für Bildungs- und Lebensreform/ anzuschließen. Die Typen sind aus dem »Charakter« der 12 Monate abgeleitet, und Charakter und Leben bedeutender Männer bestätigen die Richtigkeit der Ableitung, wenn man, wie Hoffmann, die unpassenden nicht erwähnt. Diese Art des Beweisens sind wir schon so gewohnt, daß erst die Behandlung einer ganz unmetaphysischen Sache, einer simplen literarischen Frage, uns wieder vor Augen stellt, wie grotesk sie ist. Dies vermag *Elisabeth Grahams Schrift Das Rätsel unserer literarischen Welt* /Bonn, Müllenbach/. Aus eigenen und fremden Erfahrungen beweist sie, daß die Nervenheilstätten da sind, um aus ihren armen Gefangenen biographische Geständnisse zu erpressen und diese gegen glänzende Bezahlung als Stoff an die Schriftsteller zu verkaufen. In der Tat, woher sollten Ibsen, Zola, Dostojewskij ihren Stoff sonst her haben? (Solche

Sinnlosigkeit darf uns aber nicht übersehen lassen, daß über Nervenheilstätten manches zu sagen ist, was ihren Leitern und den Psychiatern überhaupt wenig paßte.) Ferdinand von Gerhardt's Schriftchen *Das Rätsel des Schicksals* /Langensalza, Wendt & Klauwell/ will zeigen, daß alles vorbestimmt ist und mit Absicht geleitet wird. Neben sinnlosen Zahl- und Zeichenklaubereien finden sich Ansätze zum Verständnis echter Vorhersagen; auf Grund beginnender Gesehensgestaltungen. Im Sammelband *Die Welt des Jenseits* /Hamburg, Rauhes Haus/ erklärt der Herausgeber Martin Hennig, unter Berufung auf die Bibel, den spiritistischen Verkehr mit den Toten als Sünde. Er geht damit scheinbar auf eine veraltete Art der Bekämpfung zurück. Aber nur scheinbar. Er kämpft gegen eine seelische Verfassung, die bis jetzt noch nie bewiesen hat, daß sie den Menschen, der sich ihr hingibt, lebensfähiger gemacht hat und tauglicher zu den wirklich wertvollen Aufgaben, die in dieser Welt ihm gestellt werden.

Totenliste Am 25. Dezember 1925 starb in Berlin der Nervenarzt *Karl Abraham*, in seinem 49. Lebensjahr. Er war der erfolgreichste Psychoanalytiker Deutschlands, einer der ältesten Schüler Freuds, einer der eifrigsten Mitarbeiter der Imago und mehrere Jahre hindurch, bis zu seinem Tod, der erwählte Präsident der Internationalen Psychoanalytischen Gesellschaft. Außer der Zusammenfassung seiner ärztlichen Erfahrungen, die er 1921 als *Klinische Beiträge zur Psychoanalyse* aus den Jahren 1907 bis 1920 herausgab /Leipzig, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/, legen von seinen vielseitigen Interessen die Schriften *Traum und Mythos*, eine Studie zur *Völkerpsychologie* /1919/ und *Giovanni Segantini* /1911/, beide im Verlag Franz Deuticke in Wien, Zeugnis ab; außerdem der *Versuch einer Entwicklungsgeschichte der Libido auf Grund der Psychoanalyse seelischer Störungen* /1924/ und die *Psychoanalytischen Studien zur Charakterbildung* /1925/, beide im Internationalen Psychoanalytischen Verlag in Leipzig. Noch kurz vor seinem Tod veröffentlichte er in der Zeitschrift *Imago* eine sehr lehrreiche Arbeit *Die Geschichte eines Hochstaplers im Lichte psychoanalytischer Betrachtung*, in der ein aller sonstigen psychiatrischen Theorie und Erfahrung völlig unerklärlicher Fall mit psychoanalytischen Begriffen geradezu verblüffend einleuchtend gedeutet wird.

Kurze Chronik In der Zeitschrift für Psychologie veröffentlichte Hans Henning eine Arbeit über das *Rutengehen*, in der er zu dem Ergebnis kommt: »Wie man seit langem die ältere Springwurzel aufgab, so kann man heute die hölzernen oder metallenen Wünschelruten fortlegen. An der Rute liegt es nicht sondern nur am Menschen.«
 ◊ Das älteste Psychologische Institut Deutschlands, das 1875 von Wilhelm Wundt in Leipzig gegründete *Psychologische Laboratorium*, konnte 1925 auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Bei diesem Anlaß übergab Arthur Kollmann dem Institut seine einzigartige reiche Sammlung von Geräten und Hilfsmitteln der Taschenspielkunst, die nicht nur den Wert einer Kuriosität hat sondern auch wichtigste Fragen der normalen Wahrnehmung und Täuschung aufhellen kann. ◊ Ein neues *Institut des Vereins für Seelenforschung*, unter der Leitung Wilhelm Scheffelts, wurde in Langenargen am Bodensee eingeweiht.

Literatur Der wahre Journalist kann über alles schreiben. Daß er auch über sich selbst schreiben kann, und zwar glänzend, fortreißend, zeigt das Heft *August Heinrich Kobers Die Seele des Journalisten* /Köln, Rheinlandverlag/. Wie er den Standpunkt umkehrt, von dem aus der Spießbürger die Presse im ganzen abzuurteilen, als käuflich, wankelmütig, mechanistisch, seelenlos zu bezeichnen pflegt, und sie als ein reiches lebendiges Wesen darstellt, wert dafür zu leben, das liest man am besten in dem Schriftchen selbst nach. ◊ Vom Weltgefühl des Humors spricht *Heinrich Goebel* /Hannover, Wolf Albrecht Adam/. Die besondere Stellung zur Welt, die die Grundlage des Humors ist; die Überlegenheit über das kleinliche Geschick und das Zugehörigkeitsgefühl zu den anderen Wesen, das tiefe Wissen, daß auch ich nicht anders bin, daß aber von all den lächerlichen Verzerrungen des Daseins, von denen kein Geschöpf verschont wird, das Wesen im Grunde unberührt bleibt und nicht leidet, das stellt er in Vergleich mit den verwandten Typen des Satirikers und des Ironikers, bei denen Feindschaft und Bitterkeit noch nicht zur Ruhe gekommen sind, anschaulich dar. Seine Begründung ist ein Beweis dafür, daß hier einer der Punkte ist, an denen zu den Lehren Indiens der Weg am kürzesten ist (ohne daß aber gerade eine logische Notwendigkeit bestünde diesen Weg zu gehen).

KUNST

Bildende Kunst / Otto Bratstskoven

Vallotton † Am 29. Dezember 1925 starb in Paris Félix Vallotton. Er war am 28. De-

zember 1865 in Lausanne geboren, kam frühzeitig nach Paris und entfaltete dort eine reiche Tätigkeit als Maler, Graphiker und Illustrator. Man kann ihn mit Recht als einen der ersten Künstler bezeichnen, die den Holzschnitt über die bloß reproduzierende Xylographie zur sachentsprechenden Technik des Holzschneidens und zur spezifischen Flächenwirkung zurückgeführt haben. Gewiß hat er viel der japanischen Holzschnittkunst zu verdanken, die damals in Europa auftauchte. Aber daß seine Art durchaus eigen ist, zeigt sich in seinen vielen Blättern vom Pariser Leben. Noch größere Bedeutung gewann er durch seine in jener besondern Technik ausgeführten Porträts, von denen eine ganze Reihe (so Dostojewskij, Baudelaire, Nietzsche, Rimbaud, zuletzt, im Jahr 1921, Napoléon) in den Sozialistischen Monatsheften reproduziert ist. Diese seine Porträtzeichnungen besitzen eine außerordentliche Schlagkraft und Eindringlichkeit, was einen Rückschluß auf die anschauliche Sicherheit des Künstlers erlaubt. Den Charakter seiner Blätter bestimmt die reine Kontrastierung von Schwarz und Weiß, der Verzicht auf Valeurs und Zwischentöne, eine dekorative Anbringung der weißen und schwarzen Flecken. Die später vergrößerte Nachahmung seiner Stilform hat in der Folgezeit zu einer nicht ganz gerechten Abschätzung der Bedeutung Vallottons geführt, wenn sich andererseits auch nicht leugnen läßt, daß die einmal errungene künstlerische Besonderheit sich bei ihm nicht mehr entwickelfähig erwies und selbst seine Arbeiten in anderen Techniken nicht sehr günstig beeinflusste. Als Maler stand Vallotton ganz unter dem künstlerischen Einfluß Ingres'. Er nahm die (später sehr aktuelle) Darstellungswelt dieses Malers schon für sich in Anspruch, ohne daß er deshalb in Nachahmung verfiel oder die andere Stimmung seiner Zeit vergaß. Noch inmitten der Herrschaft der impressionistischen Formaflösung schuf er Landschaften, die von der Linie und von Plastizität bestimmt sind. Seine wenig bekannte Malerei (das Luxembourgmuseum besitzt ein Interieur und eine Nackte Frau) scheint heute durchaus einer Zusammenfassung, Deutung und historischen Wür-

digung wert; über seine Holzschnitte hat Julius Meier-Graefe 1898 eine durch typographische Anordnung und künstlerische Beurteilung gleich wertvolle Monographie veröffentlicht.

Rußland Das heutige Rußland galt ursprünglich auch als das Land, in dem die sogenannten radikalen Kunstrichtungen ihren Mutterboden fanden. Allmählich aber fand eine Abwanderung jener Künstler statt, deren Namen eine ausgesprochene radikale Richtung repräsentieren. Diese Tatsache hat in Europa zu der Meinung geführt, daß im "kommunistischen" Rußland eine reaktionäre Kunstbewegung im Gang sei, die ganz im Dienst der Propaganda nur veralteten Formprinzipien anhängt.

Wie verhält es sich nun hiermit? Nicht geleugnet kann werden, daß eine Bewegung ständig an Raum und Bedeutung gewinnt, die sich unter dem Namen Assoziation der Künstler des revolutionären Rußlands im Interesse der Unterstützung der sogenannten Sowjetrepublik dem Realismus verschrieben hat. Als künstlerisches Vorbild wird besonders Gustave Courbet angesehen; aber auch an die Bestrebungen der ersten tendenziösen russischen Kunstrichtung, die 1870 gegründeten Peredwischniki, knüpft man in den Proklamationen an. Polemisch kämpft man gegen die "linken" Kunstrichtungen als gegen Nachahmungen westlicher Stilformen, die sich nur im Sinn artistischer Spielereien betätigen. Wichtig scheint schließlich der Schlußsatz einer Deklaration: »In der Anerkennung der Tradition in der Kunst und auf dem Grund einer modernen Weltanschauung schaffen wir diesen Stil des heroischen Realismus als Fundament zum Weltgebäude der Kunst der Zukunft, der Kunst einer Gesellschaft, die keine Klassen kennt.« Faktisch erschöpfen sich die Künstler der Assoziation in der Darstellung alles dessen, was mit der Staatsform und dem Land aufs engste zusammenhängt. Die Formmittel entspringen einem Naturalismus, der klar und eindeutig übersehen werden kann. Man kann auch annehmen, daß nichts Neues im rein künstlerischen Interesse geschaffen worden ist. Viel wichtiger jedoch ist die Beobachtung, daß sich hier ein Gesundungsprozeß anbahnt, der vornehmlich soziologisch zu bewerten ist. Man strebt zur Einfachheit innerhalb der geistig übersättigten Welt, die wiederum als Symbol der trotz Schnellverkehr und

zivilisatorischer Hochblüte auseinanderfallenden kapitalistischen Organisation zu bewerten ist. Die Einfachheit aber sucht man bewußt in der Anknüpfung an das scheinbar trivial Nächstliegende, wie man sich ebenso gewöhnt die nächstliegenden Mittel zu gebrauchen. Damit aber wird die Kunst auf das zurückgeführt, was sie vor dem intellektuellen 19. und 20. Jahrhundert immer war: Dienerin und Fackelträgerin der zeitlich wirksamen Lebensidee. Diese Lebensidee steht heute ohne Zweifel an einem Punkt, wo sie in eine andere hinüberzuwechseln beginnt. Die Anzeichen glaubt man allgemein in gänzlich neuen, durch verschiedene Künstlermedien dargestellten Formprinzipien zu sehen. Vor dem neuen Realismus in Rußland bejaht man hingegen die selbstverständliche Bereitschaft zum zuständigen Blick ohne geistige oder formalistische Abschweifung. Daß die Mitglieder der Assoziation das Neue, werdende irrümlischerweise in dem bolschewistischen Gewaltregime sehen und diesem daher dienen, darf uns die Tatsache nicht übersehen lassen, daß hier unzweifelhaft ein Streben nach Gestaltung einer Lebensidee vorhanden ist.

Gesellschafts- karikatur

In *George Grosz' Spießerspiegel* /Dresden, Carl Reißner/, der 60 Bilder nach Zeichnungen George Grosz' enthält, sagt Walter Mehring einiges über den »Spießersbiologen«, wobei er die Ansicht vertritt, daß erst die Arbeiten George Grosz' in dieser Beziehung bahnbrechend gewesen seien. Sieht man sich die vorliegenden ersten beiden Bände der auf 9 Bände berechneten Sammlung graphischer Arbeiten *Honoré Daumiers*, herausgegeben von Hans Rothe /Leipzig, Paul List/, an, so erkennt man schon aus den Kapiteln Daumier und die Politik und Daumier und das Theater, daß diese Behauptung nicht aufrechterhalten werden kann. Keineswegs wird damit jedoch die künstlerische Bedeutung Grosz' unterschätzt oder als gering bewertet. Auch in diesem Spießerspiegel, der allerdings wenig neue Blätter enthält, zeigt sich seine außerordentliche Art. Wie er aus einem übersteigerten Wirklichkeitsdrang durch das Mittel einer scheinbar primitiven Zeichenkunst karikaturistische Glossen zu geben vermag, das bedeutet ein Künstlertum, das selbst das nicht geringe Format eines Thomas Theodor Heine übertrifft, und dem niemand große Bedeutung absprechen kann.

Ein anderes Moment muß indessen ebenfalls zur Wertung derartiger künstlerischer Erscheinungen herangezogen werden: ein menschlicher Zug, der aber natürlich nichts mit Sentimentalität oder vager Gefühlsduselei zu tun hat. So nur ist ein Weg aus der Sphäre des zeitlich Polemischen in die Freiheit möglich. In Grosz' Härte ist dieser, über das Thema hinausziehende Zug selten zu entdecken, wenigstens nicht von dem Blickpunkt unserer Zeitgenossen; ob die Zukunft sich anders entscheiden wird, ist schwer abzuschätzen. Erfahrungsgemäß hat es sich bisher gezeigt, daß der nur aus Hohn und Haß entspringende Darstellungsversuch auch bei höchster Künstlerschaft wenig Aussicht hat die Zukunft zu gewinnen. Gegenüber dem umfangreichen Werk Honoré Daumiers, der, in innerer Verwandtschaft mit Grosz, seine Zeit heftig attackierte, erhält man dagegen ein Blickfeld, das von gleicher Härte ist und trotzdem eines Zuges nicht entbehrt, der von der reinen Angriffslust in eine männlich sichere Monumentalität übergeht. Die Mitleidsgeste liegt ihm ebenso fern wie Grosz. Aber es zeigt sich, daß die geistigen und seelischen Grundlagen beider Künstler verschieden sind. Grosz zwingt sich zu einer Kälte und damit zu einer Stärke, die er innerlich nicht besitzt, wohl aber in jeder Beziehung besitzen möchte. Daumier dagegen hat absolut diese Stärke, die die Kälte für ihn wesensfremd macht. Trotzdem wirkt jedes seiner Blätter ungeheuer aggressiv und mündet in eine künstlerische Form, die eine scheinbar zeitliche Gebundenheit vergessen läßt, das zufällig Individuelle überwindet und ihn zu einem gewaltigen Darsteller eines Menschengeschlechts werden läßt, das bisher nicht war.

Bei Grosz wird man einwenden, daß er auch nicht zuletzt von seiner politischen Haltung bestimmt wird. Das geschieht sicher mit Recht und ist ein unangreifbarer Vorzug. Aber es bleibt der Anschein einer innerlich nicht gerechtfertigten Übersteigerung. Immerhin läßt sich auch bei ihm eine fortschreitende Entwicklung zu vitaler Fülle konstatieren, die nicht als beifälliges Kopfnicken zum Abrutschen in gewissermaßen bürgerliche Saturierung aufgefaßt sein möge. Sein Künstlertemperament wird bei weniger Hektik mehr Raum gewinnen. In seiner Einleitung zum *Spießerspiegel* schlägt er nicht polemisch darauf los sondern beschreibt einfach und zuständlich seine Entwicklung. Sie ist heute durchaus noch nicht abgeschlossen.

Illustration Der Pontosverlag in Freiburg im Breisgau hat unter dem Titel *Die Nonnen von*

Murano einen besonderen Teil der Memoiren Giacomo Casanovas herausgebracht, dessen Bedeutung in den farbigen Lithographien besteht, die *Rudolf Großmann* dazu beigesteuert hat. Auch abgesehen davon, daß gelegentlich 2 Lithos hinter einander geheftet sind, ist das Verhältnis von Text und begleitender Graphik überhaupt wenig proportional. Die Eigenart Großmanns wirkt stark nur in der graphischen Notiz, die ein Buch leicht berührt, im Einzelblatt und in der Porträtzeichnung, verflüchtigt sich aber, wenn, wie hier, eine mit der Sache zusammenhängende Paraphrasierung versucht wird. Dazu haben die Lithos zu wenig Gewicht, während sie vom Standpunkt der Improvisation, an die hier der Künstler wohl gedacht hat, nicht leicht und gleitend genug sind. Eine Einheit bleibt bei dem ganzen Buch jedenfalls aus, wenn auch einzelne Blätter ihren spezifischen Reiz haben.

Diese Einheit ist in einem Büchlein *Der Provinzler in der Großstadt* von *Paul Gavarni* sicher gewahrt, das der Verlag Hirth in München unter Zugrundelegung des Textes nach Pierre Durand durch Curt Morek hat besorgen lassen. Auch weil die Sache harmlos ist und wesentlich einer vergangenen Zeit angehört, zeigt es sich, daß die Einfügung der 57 Holzschnitte Gavarnis als Initialen und Textbegleitungen sinngerecht vorgenommen ist. Dem Ganzen ist typographische Vollendung nachzurühmen.

Der Volksverband der Bücherfreunde hat in schöner Ausstattung 8 Silhouetten aus dem Nachlaß *Varnhagen von Enses* durch Joachim Kirchner herausgeben und einleiten lassen (Berlin, Wegweiser-Verlag). Die Mappe präsentiert sich als eine schöne Bibliophilie, wenn es sich auch nicht leugnen läßt, daß die aufgewandte Mühe besser einem wichtigern Gegenstand hätte zugute kommen sollen. Doch zeigt sich in den Scherenschnitten eine freundliche Grazie.

Totenliste Am 16. Oktober 1925 starb in Oslo *Kristian Krohg*, 73 Jahre alt. Er war ein

Führer innerhalb der norwegischen Kunstbewegung, die am Ende des 19. Jahrhunderts im Zeichen sozialer Kämpfe stand: als Maler, als Agitator, Lehrer und Schriftsteller (sein Hauptwerk *Albertine*, 1882 geschrieben, hat, zusammen mit dem Bild im Wartezimmer des Polizeiarztes, das er gleichzeitig malte,

programmatische Bedeutung gehabt; noch 30 Jahre später erschien es in deutscher Übersetzung (Hamburg, Alfred Janssen/). Später wurde Krohg Direktor der Kunstakademie in Oslo.

Ein einst in ganz Europa berühmter Porträtmaler, *Heinrich von Angeli*, starb im Alter von 85 Jahren am 21. Oktober in Wien. Eine große Reihe von Fürstenporträts und historischen Gemälden bildet das Denkmal seiner Kunst.

Im November starb in Amsterdam *Anton Johan Derkinderen*, Leiter der Amsterdamer Reichsakademie der bildenden Künste, im Alter von 65 Jahren. Sein Verdienst lag in der Wiederbelebung der Monumentalmalerei in Holland. Vornehmlich wurde er durch H. P. Berlage, den Schöpfer der Börse in Amsterdam zur Anfertigung verschiedener Wandgemälde hinzugezogen.

Am 10. Januar 1926 endete durch Selbstmord der Kunsthändler *Paul Cassirer* in Berlin. Sein Name ist eng mit der Durchsetzung der impressionistischen Ideen in Deutschland verknüpft. Sein Elan war eine der Haupttriebkraft zur Gründung der Berliner Sezession, von der er sich allerdings später vollkommen zurückzog. Den nachimpressionistischen künstlerischen Ideen stand er etwas fremd gegenüber, doch hat er es verstanden sich als führender Kunsthändler zu behaupten. In einer soziologischen Betrachtung der modernen Kunst in Berlin dürfte Paul Cassirer, der sich auch als Schriftsteller und Theaterdirektor betätigt hat, einen besondern Platz einnehmen. Er ist 55 Jahre alt geworden.

Kurze Chronik Das Britische Museum in London hat eine Statuette erworben, die von den Archäologen als Darstellung des Sokrates betrachtet wird. Die 11 Zoll hohe, gut erhaltene Plastik wird für ein Werk aus der alexandrinischen Zeit gehalten und kann demnach erst 100 Jahre nach dem Tod des Philosophen geschaffen worden sein. ◊ In Venedig wurden 12 gotische Gobelins entdeckt, die die Unterschrift Jean Gossart tragen und vermutlich aus dem ganz frühen Quattrocento stammen. Die Wichtigkeit dieses Fundes beruht nicht nur auf der Schönheit dieser Gobelins sondern auch auf der Tatsache, daß bisher Italien am wenigsten für das Herstellungsland derartiger umfangreicher Gobelins galt. So eröffnen sich durch den Fund neue kunsthistorische Perspektiven. ◊ In der einstigen Stiftskirche von Unterlinden zu Kolmar wurden jetzt wieder die Meisterwerke der elsässischen

Kunst aufgestellt, die während des Krieges zum Teil nach München in Sicherheit gebracht worden waren, vor allem Grünewalds Isenheim Altar und Bilder aus dem Kreis Schongauers. Eine Tafel aus der Schongauerschen Passion, Christus mit Magdalena, ist inzwischen in München restauriert worden, und zwar, wie der Herausgeber des französischen Katalogs des Kolmarer Museums, Claude Champion, rühmend hervorhebt, mit außerordentlicher Sachkenntnis. ◊ Ein *Rubens*, eine Heilige Theresia, wurde von dem Berliner Kunstforscher Ludwig Burchard in einer ausländischen Kunstsammlung entdeckt. Es scheint, daß das Gemälde nach dem lebenden Vorbild in Antwerpen zur Feier der Seligsprechung der Heiligen Theresia im Jahr 1614 gemalt worden ist. In den Schwarzenbergischen Sammlungen in Wien war das Bild Ende des 17. Jahrhunderts mit verzeichnet, konnte später aber nicht mehr aufgefunden werden. ◊ Camille Huysmans, jetzt belgischer Kultusminister, hat das belgische Außenministerium auf den Gedanken gebracht bei den großen Gesandtschaften *Kunst-attachés* einzustellen. Ihre Tätigkeit soll in der Förderung des Verständnisses für die belgische Kunst, im Halten von Vorträgen, in der Veranstaltung von Ausstellungen und in der Unterstützung belgischer Künstler bestehen. ◊ Am 14. November 1925 wurde *Claude Monet*, der einzige Überlebende aus der berühmten Impressionistengeneration, 85 Jahre alt. Alle seine berühmten Gefährten sind vor ihm dahingegangen: Manet, Sisley, Pissarro, Fantin-Latour, Degas, Renoir. Über Monet ist heute nichts mehr zu sagen; wir wissen, daß seine neuen schöpferischen malerischen Ideen die Kunst der ganzen Welt befruchtet haben. Seine berühmten Gemälde haben fast alle Vorwürfe aus Paris oder der Umgegend von Paris: die Ufer der Seine, Pariser Boulevards; doch auch die Kathedrale von Rouen und Londoner Brücken hat er in der ihm eigenen Art festgehalten. ◊ Am 22. November wurde *Georg Dehio* 75 Jahre alt. Er repräsentiert die Art des vorzüglich historisch eingestellten Kunstbetrachters, als Gelehrter hat er durch sein ebenso umfangreiches wie tiefgründiges Werk Weltbedeutung erlangt. ◊ An seinem 80. Geburtstag, am 10. Dezember 1925, wurde *Wilhelm von Bode* zum Ehrenmitglied der Berliner Akademie ernannt. Ein Beschluß des Kultusministeriums die Büste Bodes im Kaiser Friedrich-Museum aufzustellen wurde von dem Gelehrten mit dem Hin-

weis darauf abgelehnt, daß seine Museumsprojekte nur in sehr kümmerlicher Form durchgeführt werden. ◊ Der Antipode Bodes, der Leiter des Städtischen Instituts und des Städtischen Museums in Frankfurt *Georg Swarzenski*, wurde am 11. Januar 60 Jahre alt. Für den Ausbau der eminent wichtigen Frankfurter Kunstsammlungen hat er sich in ebenso hervorragender Weise eingesetzt wie er seine museale Energie auch auf alle anderen Gebiete der Kunst richtete. ◊ In Frankfurt ist auch ein *Hans Thoma-Archiv* eingerichtet worden, das neben 40 Ölgemälden und zahlreichen Aquarellen Thomas auch das gesamte kritische Material über ihn enthält.

Literatur In Paul Westheims Monographie *Oskar Kokoschka* /Berlin, Paul Cassirer/, wird das künstlerische Werk des in seiner Art genialen und zugleich arbeitssamen Malers bis in die jüngste Gegenwart bildlich und textlich umschrieben. Der Text, als lebensvolle Deutung des Werks gedacht, enthält sich vager Lobhudelei und offenbart doch eine große und anerkennenswerte Anteilnahme. Die Ausstattung ist zu loben. ◊ Gleichfalls der Deutung einer künstlerischen Persönlichkeit widmet sich Erwin Poeschel mit der Schrift über *Augusto Giacometti* /Zürich, Rascher & Cie./ Ob er allerdings die Bedeutung dieses, etwas weichlich in musikalischen Farbstimmungen schwelgenden Westschweizers mit seinen meist gut fundierten Darlegungen nicht überschätzt, muß dahingestellt bleiben. Um so mehr, als die beigegebenen farbigen Reproduktionen höchstens einen äußerst kultivierten Maler, keineswegs aber einen von Eklektizismus freien Schöpfer vorweisen. ◊ Ein vom Klub der Jungen in Ljubljana ausgegebenes Heft gibt Kenntnis von 2 jungen slowenischen Künstlern *Fran* und *Tone Kralj*. Interessiert ihre malerische und bildhauerische Kunst auch als Ausdruck einer volklichen Eigenart, so sind ihre Produktionen, kritisch gesehen, symbolistische Übersteigerungen und ungebändigte Mystizismen. ◊ Als Neuauflage verdient *Karl Schefflers Paris* /Leipzig, Inselverlag/ schon deshalb höchste Beachtung, weil hier ein Mann, der im Krieg absolut deutsch, und nichts als deutsch, sein wollte, sich wieder mit jenen Eindrücken identifiziert, die er vor dem Krieg in Frankreichs Hauptstadt empfangen hat. Es wird durchaus kein Hymnus gesungen, doch ruhige Distanzierung, langsam wägende An-

schauung und klare Bejahung runden das Bild einer Stadt, die auch heute, trotz oder vielmehr bei verstärktem Tempo, ihre einzigartige Physiognomie beibehalten hat. Wichtig sind die Bemerkungen zur Psyche der französischen Kunst, die identisch ist mit der Psyche des französischen Volkes. Eine Bemerkung sei hervorgehoben, da sie andeutet, wo das Neue in Europa seinen Ursprungsort hat: »Das eben ist nun echt pariserisch: den Anstoß geben, das Neue wollen und es schaffen, anderen aber die Konsequenzen überlassen und nach vollbrachter Tat mit etwas steifer Würde konservativ sich zurückhalten. Wie die Pariser ihre politischen Revolutionen nie praktisch voll ausgenutzt und mehr für andere Völker als für sich experimentiert haben, so haben sie auch in der Kunst das Neue zu verschiedenen Malen genial geschaffen und sich vor der Abwandlung aller Möglichkeiten dann doch vornehm gescheut.« Die Äußerungen Schefflers über die Architektur und die Schätze der Museen sind dagegen mehr landläufig und wirken zum Teil etwas anspruchsvoll durch die Art der Fixierung; freilich findet sich auch hier manche Feststellung, in der die unmittelbare Empfänglichkeit des Betrachters das konventionelle Vorurteil verdrängt hat. Das Ganze ist ein Buch, dem man viele Leser wünscht; es ist gut sich mit seinem Gegenstand vertraut zu machen, denn das alte und stets neue Paris wird uns auch in Zukunft noch manche Überraschung bereiten. Da das Werk im Inselverlag erschienen ist, zeichnet es sich selbstverständlich durch schönen und klaren Druck und vorzügliche Reproduktion der ergreifenden Dinge aus, von denen der Text handelt.

◊ Lichtprobleme der bildenden Kunst erörtert *Artur Segal* /Berlin, Selbstverlag/. Mit Hilfe farbiger Reproduktionen seiner Gemälde weist er eine Gleichwertigkeit von Form, Farbe und Licht als neue künstlerische Aufgabe vor. Indem er zeigt, wie bisher das Licht hinter die beiden anderen Elemente zurückgestellt wurde, gibt er einen wichtigen Beitrag zu den Gestaltungsfragen der Gegenwart.

◊ Von Wichtigkeit ist auch eine von *El Lissitzky* und *Hans Arp* herausgegebene Publikation *Die Kunstisten* /Zürich, Eugen Rentsch/, als eine Zusammenstellung von 10 Richtungen innerhalb 10 Jahre. Ob die völlige Repräsentation geglückt ist, scheint fraglich. Die Bedeutung liegt in der spezifischen Zusammenstellung; sie gibt künstlerischen Ideen Ausdruck, die absolut neue, hirnlisch exzentrische Formgesetze suchen.

KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

Afghanistan Afghanistan ist einer der wenigen politisch noch wirklich unabhängigen Staaten Asiens. Das Land hat einen Flächeninhalt von 635 000 Quadratkilometern. Die Bevölkerung wurde im Jahr 1921 auf 6,4 Millionen geschätzt, was eine Dichtigkeit von 10 auf den Quadratkilometer ergeben würde. Das Land zerfällt in 4 Provinzen: Kabul, Kandahar, Herat und Afghanisch Turkestan. Größere Städte sind Kabul (Landeshauptstadt) mit etwa 150 000 und Kandahar und Mesar i Scherif mit je etwa 30 000 Einwohnern. Die Bevölkerung gehört, bis auf etwa 14 000 Juden, dem Islam an.

Afghanistan ist ein vollkommenes Binnenland. Es wird im Süden, Südosten und Osten von British Indien (Beludschistan respektive Nordwestliche Grenzprovinzen), im Norden von Russisch Turkestan (hauptsächlich Buchara) und im Westen von Persien (Provinzen Chorasam und Seistan) begrenzt. Wasserverbindung hat es durch den den Nordzipfel berührenden Amu Darja mit dem Aralsee. Im übrigen ist es ein abflußloses Gebiet. Der größte Teil des Landes ist Hochebene, die bis zu 2000 Meter Höhe aufsteigt. Im Nordosten wird es von dem Hindukusch erfüllt. An der ganzen Ostseite fällt es in mehreren großen Stufen sehr schnell zur Tiefebene des Indus ab. Das Land ist außerordentlich schwer für den Verkehr zugänglich. Die Bestrebungen der bisherigen Fürsten (Emire) es abzuschließen wurden von der Natur nachhaltig unterstützt. Im Südwesten enthält es eine Wüste von erheblicher Größe, ebenso im Süden. Der Gebirgsteil im Zentrum und Nordosten ist ebenfalls vegetationslose Steinwüste. Natürliche Verkehrswege gibt es so gut wie gar nicht. Schiffbare Flüsse sind nicht vorhanden. Im Land selbst existieren auch bisher keine Eisenbahnen. Dagegen haben die Engländer von Südosten her aus der Indusebene über Quetta eine Bahn an die afghanische Grenze bis nach New Chemen und von Osten her über Peshawar bis an den Chyberpaß gebaut und die andere Bahn neuerdings sogar über den Paß hinüber bis unmittelbar an den afghanischen Boden herangeführt. Ebenso haben die Russen ihre beiden nördlichen Eisenbahnverbindungen von Merw und von Buchara her bis an die afghanische Grenze geleitet. Und schließlich wird die ganze Südgrenze von Afghanistan von einer auf belud-

schischem Boden verlaufenden Bahn von Quetta nach der persisch-indischen Grenze umgangen. Wann es zu einer Durchführung der geplanten Eisenbahnbauten in Afghanistan selbst kommen wird, steht dahin.

Der seit 1919 regierende Emir hat die Absicht das Land möglichst schnell industriell zu entwickeln. Da er sich vor englischem und russischem Einfluß fürchtet, zieht er Ingenieure und Bergsachverständige aus anderen Ländern, darunter auch Deutsche, zu dieser Arbeit heran. Die Grundlage dafür soll der erhebliche Reichtum des Landes an Mineralien liefern. Dieser ist aber bisher noch nicht mit einwandfreier Sicherheit festgestellt. Man glaubt zwar, daß in Fortsetzung der persischen Erdölvorkommen Erdöl zu finden sein wird, aber erbohrt ist es bisher noch nicht. Dagegen ist an einzelnen Stellen das Vorkommen von Steinkohle bereits festgestellt. Von einem geregelten Abbau ist aber bisher schon deshalb nicht die Rede, weil die afghanische Bevölkerung an Bergarbeit absolut nicht gewöhnt ist. Ähnlich steht es mit den sicher festgestellten, in ungeheuren Mengen vorkommenden reichen Eisenerzen am Hindukusch. Dieses Erz ist an sich im Tagebau zu gewinnen. Ebenso ist in der Nähe der Hauptstadt Kabul ein solches Eisenerzlager entdeckt, aber ehe die Kohlenförderung in Gang kommt, wird von einer stärkern Verhüttung nicht die Rede sein können. Andere Mineralien, deren Vorkommen festgestellt ist, und die in kleinen handwerksmäßigen Betrieben auch schon seit altersher abgebaut und verarbeitet werden, sind Erze von Kupfer und Blei, ferner Schwefel, Asbest, Glimmer, Edelsteine, Marmor und, an den Nebennarmen des Amu Darja, goldführende Schichten. Ob sich diese Vorkommen für moderne bergbauliche Ausbeutung im großen eignen, muß aber noch festgestellt werden. Am aussichtsreichsten erscheint, solange die Kohlenförderung noch nicht entwickelt ist, der Eisenerzbergbau, der immerhin gewisse Mengen auch mit den mangelhaften heute vorhandenen Verkehrsmitteln exportieren könnte, zumal es nicht aussichtslos sein dürfte die Täler vom Hindukusch zum Indusgebiet für Lastautomobile mit Raupenschleppern passierbar zu machen. Heute ist der größte Teil Afghanistans ein Gebiet außerordentlich extensiver Landwirtschaft. In der Gegend zwischen Kabul und Peshawar gibt es große natürliche Waldbestände, in denen Holz für den inländischen Verbrauch geschlagen wird. Forstwirtschaft in modernem Sinn

existiert natürlich noch gar nicht. An einigen Stellen ist auch intensive Viehzucht und Getreidebau (Weizen, Gerste, Südfrüchte, Zucht von Seidenraupen) vorhanden. Die Steppe dagegen dient nur als dürftiges Nahrungsgebiet für Herden von Schafen und Kamelen, die von nomadisierenden Volksstämmen gehalten werden. Die natürliche Eigenart des Landes läßt auch nicht erwarten, daß in absehbarer Zeit intensive Landwirtschaft in größerer Ausdehnung zustande kommen könnte.

Mineralienfunde In einer ganzen Reihe von Ländern sind in den letzten Jahren neue Mineralienlager entdeckt worden.

Diamanten sind auf der niederländisch-indischen Rieseninsel *Borneo* gefunden worden. Es handelt sich im wesentlichen um 2 Gebiete; einmal die im Westen der Insel liegende Landschaft *Landak*, sodann um die im Südosten liegende Provinz *Martapura*. Die Vorkommen sind geologisch ähnlich beschaffen wie die berühmten Diamantenvorkommen in *Transvaal*, und man nimmt deshalb an, daß planmäßiger bergmännischer Abbau sich auf die Dauer lohnen werde. Ein großer Teil der Diamanten ist sicherlich auch aus den ursprünglichen vulkanischen Vorkommen ausgewaschen und in die Flüsse geschwemmt worden. Ihre Ausbaggerung auf Diamanten wird sich vermutlich ebenfalls lohnen. Die Diamanten führenden Gebiete entfallen so gut wie ganz auf den holländischen Anteil an der Insel.

Ein anderes Land, in dem neuerdings wieder wertvolle Mineralien entdeckt worden sind, ist *Canada*. Zunächst einmal hat man in den beiden Provinzen *Ontario* und *Quebec* große Lager von Glimmer entdeckt, der für elektrotechnische Zwecke sehr stark benötigt wird, bisher aber in der ganzen Welt nur in verhältnismäßig kleinen und geologisch für den systematischen Abbau wenig günstig beschaffenen Lagern festgestellt war. In *Quebec* fand man auch ein großes Lager von Ocker, ferner ein ebenfalls außerordentlich großes Lager von Feldspat, der gleichfalls für die chemische Industrie neuerdings sehr wichtig geworden ist. Der Feldspat wird in der Hauptsache auf dem Wasserweg über den *Lorenzstrom* und die großen *Binnenseen* nach den *Vereinigten Staaten* exportiert. Zugleich sind in den letzten Jahren weitere erhebliche Lager von Blei- und Zinkerz entdeckt worden, so daß sich die Produktion gewaltig ge-

hoben hat. Die Verhüttung findet in der Hauptsache im Land selbst statt. Die Bleierzzeugung stieg von 1923 auf 1924 von 111 auf 176 Millionen, die Zinkproduktion von 60 auf 99 Millionen englische Pfund. Die Erze kommen fast ausschließlich in der Provinz Britisch Columbia an der Westküste Canadas vor, und zwar im allgemeinen in verhältnismäßig günstiger Lage zu den vorhandenen Verkehrslinien. 3% der gesamten Menge werden in einzelnen, schon länger in Abbau befindlichen Bergwerken der Provinz Quebec gefördert.

Klimakänderungen In Ecuador und Peru und im nördlichen Teil von Chile herrschen während des größten Teils des Jahres tropische Temperaturen. Gleichzeitig sind diese Länder sehr regenarm. Der durchschnittliche monatliche Regenfall beläuft sich auf weniger als 1 Zoll. Dies ist, wie man annimmt, die Folge einer kalten Strömung im Stillen Ozean, die von Westen kommend, ungefähr bei Coquimbo (30° südlicher Breite) die Küste erreicht, von dort nach Norden entlang geht und erst ungefähr bei Cap Blanco nahe der Grenze zwischen Peru und Ecuador auf 50° südlicher Breite wieder nach Westen in den Ozean abbiegt. Wegen der Trockenheit dieses Küstengebiets fehlt dort fast jede Vegetation. Dagegen kommen in Chile gerade infolge der Trockenheit große Lager von Natronsalpeter, Kochsalz und auf den vorgelagerten Inseln besonders Perus und Ecuadors große Mengen eingetrockneter tierischer Exkreme vor, die unter dem Namen Guano bekannt sind. Aus unbekanntem Gründen ist nun seit dem Anfang des Jahres 1925 jener kalte Strom größtenteils zurückgetreten. Statt dessen drang der warme Äquatorialstrom, der aus der Gegend der Karolinen kommt, mit seinem Nebenarm, der bisher im Golf von Panama endigte, in südlicher Richtung an der Küste Amerikas bis in den Süden Perus vor und brachte Ecuador und Peru starke, Monate lang anhaltende Regengüsse. In Ecuador verregnete die Kakao- und Steinnußernte völlig, in Peru traten durch die Regengüsse ungeheure Überschwemmungen ein. Sie zerstörten zum größten Teil die Stadt Truxillo und viele Verkehrseinrichtungen und vernichteten zahlreiche Pflanzungen. Die Guanomassen wurden aufgeweicht und zum Teil ins Meer gespült. Die Salpeterprovinzen Nordchiles wurden vorläufig noch nicht vom Regen erreicht.

Informationsmittel Eine außerordentliche Bereicherung bildet der große, im Auftrag der Londoner Times herausgegebene *Chambers of Commerce Atlas*, bearbeitet von George Philip and T. Swinborn Sheldrake /London, George Philip & Son/. Die beiden Hauptteile des Kartenwerks sind umfangreiche, mit hervorragender Technik in der Verwendung der Farben ausgeführte Darstellungen der Produktionsgebiete der wichtigsten Welthandelswaren und ökonomische Übersichtskarten der einzelnen Länder. Eine Fülle von graphisch-statistischen Darstellungen, systematisch für alle Länder durchgeführt, wird auf der Rückseite der 112 großen Kartenblätter gegeben. Erwähnt sei zum Beispiel die Behandlung der Weine. Hier wird zunächst eine Weltkarte gebracht, auf der die Produktion der einzelnen Gebiete an Wein, Rosinen, Korinthen und Hopfen zahlenmäßig eingezeichnet ist, und zwar für Wein in Stufen von 10 Millionen Gallonen, für Rosinen und Korinthen von 100 000 englischen Zentnern und für Hopfen von 10 000 englischen Zentnern. Detailkarten sind beigefügt von Neuseeland und Europa von Südenland und Norddeutschland bis Griechenland und Algerien; hier sind die Abstufungen in der graphischen Darstellung für Wein, Korinthen und Rosinen nur halb so groß wie auf der Hauptkarte. Ferner wird der Anteil der einzelnen Länder an der Weinproduktion für 1913 und 1922 graphisch dargestellt, ebenso die Weinein- und -ausfuhr der wichtigsten Länder und die Weinbezugsquellen Englands im Jahr 1922. Angegeben wird auch Jahresproduktion und -verbrauch der Hauptländer an Spirituosen und englische Bezugsquellen dafür, Jahresverbrauch und -produktion an Bier 1922 und schließlich Weltproduktion und Bezugsquellen Großbritanniens an Korinthen und Rosinen. Diese 18 Darstellungen füllen in geschickter Raumaussnutzung ein halbes Doppelblatt, zu dem auch noch eine ausführliche Texterläuterung gegeben ist. Für Südamerika sind nicht nur die Produktionsverhältnisse gezeichnet; es wird auch der Außenhandel Perus, Chiles, Uruguays, Brasiliens und Argentiniens graphisch dargestellt; hinzugefügt sind Spezialkarten des mittlern Südamerika, Ostbrasilien, Britisch Guyanas und der Falklandinseln. Auf der Rückseite stehen 34 graphische Zeichnungen des Außenhandels südamerikanischer Länder mit beigefügtem Zahlenwerk. Das Gesamtwerk stellt eine Lei-

stung allerersten Ranges dar. Der Atlas stellt die früheren großen Wirtschaftsatlanten Englands, zum Beispiel den großen Atlas von Bartholomew und Lyde, weit in den Schatten; in Deutschland besteht kein, ihm auch nur annähernd ebenbürtiges Werk.

Der Jahresbericht der British Cotton Growing Association für 1924 (Manchester, The Royal Exchange/ gibt eine sehr eingehende Darstellung der Entwicklung des Baumwollbaus im Britischen Reich, wobei Ägypten und Indien mehr nebensächlich, die anderen Gebiete um so ausgiebiger behandelt werden. Übersichtliche Zahlentabellen, zahlreiche technisch sehr gute Abbildungen und eine graphische Darstellung der Entwicklung des Baumwollbaus im Britischen Reich machen den Bericht zu einer Informationsquelle bester Art.

Einen sehr guten Einblick in die wirtschaftliche Lage und die Aussichten Canadas bietet die im Auftrag der Royal Bank of Canada in Montreal herausgegebene Denkschrift von Graham F. Towers Canada of the Future. Sie gibt die wichtigsten Zahlen über die Entwicklung der Volkswirtschaft Canadas in übersichtlichen Tabellen und erläutert sie kurz. Besonders behandelt werden unter anderem der Weizenbau, die Einwanderung, neue Industrien, die Wasserkräfte und Eisenbahnen; außerdem sind die einzelnen Provinzen Canadas in Spezialabschnitten behandelt. Ein paar hübsche Abbildungen vervollständigen die Darstellung. Die beigelegte Karte ist dagegen technisch recht primitiv.

Eine andere Bank, die Anglo-South-American Bank in London, gibt im Selbstverlag zu Propagandazwecken einen Atlas des Lateinischen Amerikas heraus (Commercial Atlas of Latin America), in der Hauptsache eine Reihe großer vielfarbiger Blätter enthaltend, die Produktion, Verkehr und Außenhandel Amerikas von Mexico ab südlich darstellen. Es wird mit großer Genauigkeit verfahren; so sind 67 verschiedene Produkte berücksichtigt worden. Eine in großem Maßstab gehaltene Spezialkarte des Panamakanals schließt das sehr empfehlenswerte Werk ab.

Totenliste

Anfang März 1925 starb in Bayreuth *Alfred Zimmermann*, 66 Jahre alt. Er machte sich zuerst durch eine Studie über den schlesischen Weberaufstand einen Namen; in ihr wurde zum erstenmal das Weberlied veröffentlicht, das dann Gerhart Hauptmann in sein Weberdrama

aufnahm. Damals war Zimmermann Beamter im Auswärtigen Amt. Er ging dann ins Kolonialamt über und arbeitete schließlich nur als Journalist und Schriftsteller für koloniale Fragen. Bekannt wurde sein Buch *Männer und Völker* (Berlin, Ullstein/).

In Wien starb, ebenfalls im März, der bekannte Afrikaforscher *Heinrich Oscar Lenz*, im Alter von 77 Jahren. Er war Naturwissenschaftler, wurde dann Beamter der Wiener Geologischen Reichsanstalt und nahm 1874 bis 1877 an der von Güffeldt geleiteten Loangoexpedition teil, und zwar im Auftrag der Deutschen Afrikanischen Gesellschaft. 1879 unternahm er eine selbständige Forschungsreise nach Afrika. In den achtziger Jahren leitete Lenz die österreichische Kongoexpedition.

Am 12. Mai starb *Sir Alfred Milner* an der Schlafkrankheit. Er war ursprünglich Journalist, kam dann in die englische Kolonialverwaltung. Als Gouverneur von Südafrika gab er die Einwanderung chinesischer Kulis in die Bergbaugelände frei und trat für die Verstaatlichung von Eisenbahnen und Bergbauten ein. Anfangs Liberaler, machte er später die Chamberlainsche Unionspolitik mit. Er war ein bitterer Feind der Deutschen; zum guten Teil ist es ihm zuzuschreiben, daß nach dem Krieg Deutschland sämtliche Kolonien genommen wurden (siehe auch die Rundschau Außenpolitik, 1925 Seite 565).

Am 9. Juni starb im Alter von 81 Jahren *Sir Arthur MacDonnell*, der vom Jahr 1866 an im englischen Kolonialdienst tätig war. Von 1887 an war er nach einander Sekretär des Innern bei der indischen Regierung, Oberkommissar für Burma und die Zentralprovinzen, Stellvertretender Gouverneur von Bengalen, Mitglied des Obersten Rats für Indien und seit 1895 Stellvertretender Gouverneur der Vereinigten Provinzen. 1902 verließ er Indien. Von dieser Zeit an war er in der irischen Verwaltung tätig. Er hat sich vor allem das Verdienst erworben den Kampf gegen die Hungersnöte großzügig organisiert zu haben.

Am 20. August starb im Alter von 79 Jahren *Sir George Goldin*, der Gründer Nigeriens und eine der Hauptstützen der britischafrikanischen Kolonialpolitik weit über die Grenzen Westafrikas hinaus. Ende November starb im Alter von 47 Jahren der Forschungsreisende *Oskar Iden-Zeller*, der hauptsächlich in Sibirien gearbeitet und namentlich in den letzten Jahren vor dem Krieg Bedeutendes geleistet hat.

Kurze Chronik Die gewaltige Kautschuk-
teuerung hat dazu geführt,
daß in Ostafrika die *Kaut-
schukplantagen*, die in den letzten 2
Jahrzehnten zugrundegegangen waren,
wieder in Gang kommen. So sind im
Hinterland des (früher deutschostafri-
kanischen) Hafens Tanga 5 solche Pflan-
zungen mit einer Fläche von rund 5000
Hektar (nur zur Hälfte bepflanzt) wieder
in Betrieb genommen worden. Für die
Einführung des Kautschukanbaus in
dem westafrikanischen Freistaat Liberia
sind 100 Millionen Dollars Kapital von
der Pneumatikindustrie in Akron in den
Vereinigten Staaten aufgebracht worden.
In Britisch Hinterindien ist die Beschrän-
kung der Kautschukproduktion aufgeho-
ben worden. Gleichzeitig ist das britische
Kautschukmonopol durch Erwerb des
größten Kautschukplantagenkonzerns in
Niederländisch Indien durch englische
Hand verstärkt worden. Die angekauften
Plantagen förderten im vorigen Jahr 3
Millionen englische Pfund Kautschuk
und ferner 400 000 Pfund Tee sowie er-
hebliche Mengen Kopra, Palmöl und
Kaffee. Eine bisher noch nicht beplante
Reservefläche von 13 000 Acres wurde
mit erworben. \diamond Als Deutsch Neuguinea
an das Britische Reich überging, behielt
sich die englische Regierung die Aus-
beutung der *Phosphatlager* auf der Insel
Nauru vor. Die British Phosphate Com-
mission führt die Arbeiten aus. Die Aus-
beute betrug im Jahr 1924 360 000 Ton-
nen, von denen 47 % nach Australien
und 11 % nach Neuseeland gingen. Der
Wert der Lager einschließlich der Ein-
richtungen wird auf 3,2 Millionen Pfund
Sterling geschätzt; der Reingewinn be-
trug 90 000 Pfund, so daß sich das Kapi-
tal also mit nicht ganz 3 % verzinst.
 \diamond Im frühern Deutsch Ostafrika wurden
in der im Nordwesten gelegenen Land-
schaft Ruanda *Diamanten* entdeckt. Das
Vorkommen liegt in der Mitte zwischen
dem Victoriasee und dem Kiwusee; es
fällt zu ungefähr gleichen Teilen auf
den heute belgischen und englischen
Besitz. In der Südafrikanischen Union
ist die Diamantengewinnung gestiegen.
Während 1923 2 053 094 Karat im Wert
von rund 6 Millionen Pfund Sterling ge-
wonnen wurden, waren es 1924 2 440 397
Karat im Wert von rund 8 Millionen
Pfund. \diamond Zum Nachfolger des Gene-
rals Sarraill als Gouverneur von Fran-
zösisch Syrien ist der bekannte verständ-
igungsfreundliche Publizist *Henri de
Jouvenel*, der Abkömmling einer bedeu-
tenden französischen Politiker- und
Schriftstellerfamilie, ernannt worden. \diamond

Auf den Lehrstuhl für Auslandskunde,
Auslandspolitik und Kolonialwissen-
schaft, der an der Universität Frank-
furt errichtet ist, den ersten in diesem
Fach, ist *Otto Koebner* berufen worden.
Koebner war bisher akademischer Leh-
rer für Kolonialrecht an der Berliner
Universität und früher Vortragender
Rat im Reichsmarineamt und im Reichs-
amt des Innern. Er ist seit 1904 Mit-
glied des Institut Colonial International
und beteiligte sich unter anderm auch
an der Arbeit für das Sammelwerk *Les
lois organiques des colonies* /1906/.

Literatur Eine sehr lebendige, manch-
mal etwas überschwengliche
Beschreibung der ersten ge-
lungenen Durchquerung der Sahara, von
Tuggurt in Algerien nach Timbuktu am
Niger, im Automobil, lieferten die beiden
Führer der Expedition, *Georges Marie
Haardt* und *Louis Audouin-Dubreuil*, in
ihrem Buch *Le Raid Citroën* /Paris, Plon-
Nourrit/. Das Buch ist mit ausgezeichnet
anschaulichen Abbildungen reich ver-
sehen und enthält eine sehr gute Karte.
Die für den Fortschritt der Kolonisations-
arbeit in allen Gegenden prinzipiell sehr
wichtige Expedition war von dem fran-
zösischen Automobilfabrikanten André
Citroën ausgerüstet und finanziert, der
auch ein hübsches Vorwort zu dem Buch
geschrieben hat. Die Fahrt dauerte auf
dem Hinweg 20 Tage, die Rückfahrt ver-
lief bedeutend schneller. Die Automobile
waren als leichte, schnell laufende Rau-
penschlepper für den Wüstenverkehr be-
sonders gebaut.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Flottenkritik In einem Ausschuß des
Reichstags geht der Kampf
zwischen Dittmann und Brü-
ninghaus um die alte deutsche Flotte, um
Reichpietsch und seine Kameraden, um
den 9. November 1918 und die Ereig-
nisse des Jahres 1917, geht der Streit
um Weltanschauungen. Hie Arbeiter,
Soldat und Bauer, dort Offizier, Staats-
anwalt, Geheimrat, Kabinettt. Wer weiß
überhaupt noch, wie es in der so heiß
umstrittenen Flotte von einst aussah?
Wer kannte Menschen, Schiffe, Ideen,
Ziele, die man sich einst gesteckt, wem
sind die Namen noch geläufig, die früher
schicksalhaft die Marine lenkten, viel-
leicht die Marine selbst waren? Wer
ist Müller, wer Ingenohl, wer Koester,
Pohl, und wie sie alle hießen, die mit
der Flotte von einst verkrüppelt sind?

Wem es ernst darum zu tun ist einen Einblick, nicht objektiv sondern durch eine sehr kritische Brille betrachtet, in die von Tirpitz geschaffene deutsche Flotte zu tun, der kann sich diesen Einblick mit dem Buch *Lothar Persius: Menschen und Schiffe in der Kaiserlichen Flotte* /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ verschaffen. Man muß vor der Lektüre wissen, daß Persius wohl der von seinen früheren Kameraden meist angefeindete Offizier aus der wilhelminischen Flotte ist. Er entstammte einer Beamtenfamilie und trat mit Passion, aber ohne persönliche Fühlung zur Flotte, in den Seesdienst. Seine Wege durch die Marine waren nicht außergewöhnlich, aber auch nicht ungünstig. Nachdem er im Ausland Kommandant eines alten kleinen Kreuzers geworden, kehrte er in die Heimat zurück, wurde Vorstand des Munitionsdepots in Diedrichsdorf bei Kiel. Nach kurzer Zeit wurde er wegen einer Inkorrektheit bei schriftstellerischer Betätigung pensioniert. Zweifellos geschah dies unter konstruierten Umständen und mußte Persius sehr verletzen. Ob seine Gereiztheit erst von da datiert, ist jetzt schwer festzustellen, gesteigert ist sie zweifellos worden.

Der Hauptwert der Aufzeichnungen Persius' besteht darin, daß sie ohne jede Rücksicht auf irgendwen die Dinge in der Vorkriegsmarine zeichnen, wie man sie oft ahnte, aber durch den Begeisterungsnebel nicht sehen konnte, den einige hysterische Marineschriftsteller machten. Die Liebe zum Meer, zum Seemannshandwerk in Zehntausende von Knabenherzen zu versenken war eine schöne Aufgabe für hochdenkende Männer. Aber eine noch schönere Aufgabe wäre es gewesen die Flotte so zu schaffen, daß sie von selbst Werbemittel wurde. Sie ist es aber nicht gewesen. Denn darin hat Persius unbedingt recht, daß die sozialen Zustände auf den Kaiserlichen Schiffen oft nicht schön gewesen sind. Diese Konstatierung gilt freilich auch nur cum grano salis. Mancher wird das Gegenteil erlebt haben und wird es beeden können, und es soll ihm diese freundliche Erinnerung auch nicht bestritten werden. Es ist durchaus zu verstehen, daß die Seeoffiziere den Kameraden Persius ablehnten, der sich oft sicher nicht taktvoll, über sie stellte, sich besser und tugendsamer dünkte. In seinem Buch steht sehr, sehr wenig über sein Verhältnis zu seinen Leuten. Man hat Persius nach dem Krieg in den Blättern der Bünde hin und her gehetzt, kein gutes Wort an ihm gelassen, ja

auch die Deckoffiziere und Mannschaften haben ihm was am Zeug geflickt. Persius war ein Photograph, der, wohl schon früh der Begeisterung entkleidet, kalt die Schiffe und die Menschen sah und auf seinen Platten für spätere Kritik festhielt. Zweifellos hat er die ursprüngliche Schöpfung Tirpitz' geliebt. Sonst hätte er sich nicht schon auf der Presse dem Eintritt ermogelt; solche Opfer bringt man nur einer geliebten Sache. Aber später verflóg die Wärme. In der alten Marine konnte man sich in der Ära Müller nur halten, wenn man sich selber aufgab. Ätzend scharf sind die Schilderungen der Offiziere, die sich aus Messe- und Sonderzulagen die Bankkonten zusammensparten, sind die Zeichnungen der Vorgesetzten, die sich von den Handwerkern unter den Matrosen etwas zusammenbasteln ließen. Ganz wie es im Krieg auch geschah. Scharf geißelt Persius das Benehmen der Auslandskommandanten und auch der jüngeren Offiziere, scharf trifft seine Feder die Verschwendung, die er häufig sah, neben dem Geiz, der wieder an anderer Stelle sein Wesen trieb. Alles, was er schreibt, wäre ungleich wirkungsvoller, wenn seine eigene Person sich mehr Sympathie zu erwerben verstünde. Seine Feinde von heute behaupten, daß er nie einen Freund besaß. Man wird nicht warm für einen Helden, der sich selbst so verzeichnet, den man nicht fein, nicht überlegen empfindet, selbst nicht nach der eigenen Schilderung, die doch, bei allem Willen zur Objektivität, subjektiv ist.

Persius fing publizistisch ganz recht an und ist heute bei der gemäßigten Linken angelangt, ohne sich aber, soweit man weiß, für den Gedanken einer kontinental-europäischen Flotte eingesetzt zu haben. Da auch ein Kontinentaleuropa eine Flotte haben muß, wird wohl auch einst die Kritik Persius' für den Aufbau einer solchen Flotte fruchtbar werden, denn er weiß zumindest, was an der sonst so wohl durchdachten Schöpfung des Vorkriegstirpitz fehlte. Es mag ein eigenartiges Gefühl für ihn sein durch das Trümmerfeld zu gehen, das die Flotte heute ist, und sehen zu müssen, daß der gleiche Tirpitz, der einst wirklich ein Schöpfer war, sich selbst karikiert, um die entschwundene Popularität wieder zu materialisieren. Persius hat keine je besessen. Bekannt machen kann ihn das scharfe Buch zweifellos. Besser noch wäre es, wenn er selbst ganz zurückträte und die Tatsachen allein wirken ließe. Hartmuth Merleker